

1 DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern
2 2. Tagung des 7. Landesparteitages
3 6. März 2021, Stadthalle Rostock

A 1

4
5
6
7
8

Einreicher: Landesvorstand

9 **Das ist links!**

10
11

12 **Zukunftsprogramm**
13 **für Mecklenburg-Vorpommern**

14

15 **zur**

16 **Landtagswahl am 26. September 2021**

17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30

DIE LINKE.
MECKLENBURG-VORPOMMERN

31
32

33	
34	Gliederung
35	
36	1. Einleitung
37	2. Bildung
38	3. Hochschule
39	4. Arbeit
40	5. Armut
41	6. Gleichwertige Lebensverhältnisse
42	7. Soziales
43	8. Demokratie und Vielfalt
44	9. Gleichstellung
45	10. Inklusiver Gesellschaft
46	11. Digitalisierung
47	12. Klima, Energie und Verkehr
48	13. Landwirtschaft, Umwelt und Naturschutz
49	14. Gesundheit
50	15. Sport
51	16. Kultur
52	17. Wirtschaft
53	18. Bauen, Wohnen und Landesentwicklung
54	19. Innen
55	20. Kommunales
56	21. Justiz
57	22. Haushalt und Finanzen
58	23. Schlussbemerkungen

59 1. Einleitung

60

61 Was ist eigentlich links?

62

63 Bevor wir unseren zukünftigen linken Weg beschreiben, müssen wir auf die vergangenen letzten
64 Monate zurückblicken, die für uns alle große Entbehrungen mit sich brachten und unser Leben
65 bis heute belasten. Uns alle treibt die Frage um: Wann kommt endlich unser Leben zu uns
66 zurück, wann können wir unsere Familie endlich wieder umarmen? Nun sehnen wir uns nach
67 Alltäglichem - nach dem Grillabend mit Freunden und nach Kaffee und Kuchen bei den
68 Großeltern. Unsere Kinder wollen zusammen lernen und spielen.

69

70 Doch sind wir zufrieden, wenn wieder alles so wird, wie es einmal war? Nein. Wir wollen unser
71 Land verändern. Wir wollen bessere Arbeit, bessere Gesundheitsversorgung, bessere Bildung.
72 Wir wollen ein besseres Leben. Denn zurück zu alten Zuständen in M-V würde bedeuten, dass
73 weiterhin hunderttausende Unterrichtsstunden ausfallen. Als Eltern, Großeltern und Lehrkräfte
74 spüren wir den Unmut über die Zustände an den Schulen und gleichzeitig die Ratlosigkeit der
75 Landesregierung. Tausende Lehrkräfte fehlen, die Lehramtsausbildung ist nicht gut genug und
76 eine enorm hohe Zahl von Studienabbrechern verschlimmert das Problem. Der
77 Bildungsaufstand der LINKEN M-V fordert zahlreiche Verbesserungen, die endlich umgesetzt
78 werden müssen. Wir haben viel zu tun und es wird Zeit, dass alle Kinder und Jugendliche in
79 Mecklenburg-Vorpommern dieselben Bildungschancen haben, unabhängig vom Wohnort und
80 dem Einkommen ihrer Eltern.

81

82 Ein Zurück zu früheren Zuständen wollen wir nicht, denn wir müssen endlich raus aus dem
83 Lohnkeller. In Mecklenburg-Vorpommern sind viele Löhne zu niedrig und der Mindestlohn reicht
84 eben nicht, um im Alter vor der Armutsfalle geschützt zu sein. Schon jetzt erleben wir, dass
85 immer mehr ältere Einwohnerinnen und Einwohner arm sind, auch weil Menschen in den
86 ostdeutschen Bundesländern viel zu lange als billige Arbeitskräfte abgestempelt wurden. Harte
87 Arbeit muss fair entlohnt werden, überall, auch in M-V!

88

89 Wir wollen nicht zurück zu einem Land, in dem jedes dritte Kind von Armut betroffen oder von
90 ihr bedroht ist. Sie bekommen nicht genug zu essen, sind häufiger krank, ihre Kleidung passt
91 oft nicht zum Wetter, sie verzichten auf Ausflüge, Taschengeld oder Hobbys. Eltern, die keine
92 Arbeit haben oder zu wenig verdienen, fällt es schwer, ihre Kinder gut zu versorgen. Diese
93 Zustände akzeptieren wir nicht! Wir kämpfen seit vielen Jahren gegen Kinderarmut und haben
94 konkrete Ideen, wie wir unsere Jüngsten stärken und schützen können.

95 Die Krise hat in vielen Bereichen schmerzhaft aufgezeigt, was alles falsch läuft.

96 Schluss mit „Weiter so“!

97

98 Die LINKE. M-V hat in den vergangenen Jahren viele Vorschläge für ein besseres Leben im Land
99 gemacht. Wir wollen für Sie ein besseres Leben. Es geht um Sie.

100

101 Das ist links!

102 2. Bildung

103

104 Wie wichtig Bildung für das ganz persönliche Leben ist, war noch nie so deutlich erkennbar wie
105 gegenwärtig. Bildung ist die Voraussetzung, den vielfältigen Herausforderungen zu begegnen.
106 Bildung ist die Voraussetzung, um das eigene Leben in die Hand zu nehmen. Wenn wir wollen,
107 dass junge Menschen ihre Ziele und Träume verwirklichen, sie hier Familien gründen und ihren
108 beruflichen Weg gehen, so braucht es einer „Klasse Bildung!“.

109

110 Die Krise hat die Folgen der verfehlten Bildungspolitik der vergangenen anderthalb Jahrzehnte
111 schonungslos offengelegt. Es fehlt an Lehrer*innen. Jahr für Jahr fallen mehr als
112 250.000 Unterrichtsstunden komplett aus. Berufsschulstandorte sind existenziell gefährdet.
113 Die so notwendige Digitalisierung an den Schulen hinkt meilenweit hinter den Erfordernissen
114 her.

115

116 Für DIE LINKE. M-V hat Bildung in den kommenden Jahren oberste Priorität. Wir wollen viel.
117 Aber wir werden uns auf das Wichtigste konzentrieren:

118

119 Klasse Schulen

120 Dort, wo Schulen sind, ist das Leben. Schule ist der einzige Ort, den alle Kinder und Jugendliche
121 besuchen. Deshalb muss Schule alles für alle bieten können.

122

123 Wir wollen

- 124 - ein Schulbauprogramm in Höhe von einer Milliarde Euro auflegen. Damit wird der
125 Sanierungsstau an den Schulen endlich beendet.
- 126 - eine Senkung der Schülermindestzahlen in den Jahrgangsstufen 1 von 20 auf 15
127 Schüler*innen und in der Jahrgangsstufe 5 von 36 auf 30 Schüler*innen. So gelingt es,
128 Schulstandorte vor allem im ländlichen Raum zu erhalten.
- 129 - ein kostenloses warmes Mittagessen nach den Standards der Deutschen Gesellschaft
130 für Ernährung für alle Schüler*innen an allen Schulen.

131

132 Klasse Unterricht

133 Nicht das Kind muss in die Schule passen, sondern die Schule muss für das Kind passend
134 gemacht werden.

135

136 Wir wollen

- 137 - maximal 25 Schüler*innen in einer Klasse - um bessere Lehrbedingungen zu schaffen
- 138 - eine zusätzliche Lehrkraft einstellen (pro 200 Schüler*innen) - um Kernkompetenzen
139 der Schüler*innen in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch zu stärken und zu
140 fördern.
- 141 - die zehnjährige Schulpflicht einführen.
- 142 - die Kontingentstundentafel und den Wahlpflichtunterricht abschaffen - um den
143 Unterricht in den Fächern Geschichte und Geografie zu stärken.

- 144 - zur festen Stundenzuweisung pro Schüler*in zurückkehren - um den vollständigen
145 Unterricht zu garantieren.
146 - ein Vertretungsbudgets einführen (1 Stunde pro Lehrkraft) - um Unterrichtsausfall zu
147 verringern.
148 - die Kopfnoten abschaffen - um ungerechte Leistungsbewertung zu verhindern (Leistung
149 kann zensiert werden, Verhalten nicht).

150

151 Klasse Lehrkräfte

152 Weder die Schüler*innen noch die Eltern dürfen den Lehrermangel ausbaden, sondern sie sind
153 da, um Schüler*innen zu unterrichten, zu fördern und zu betreuen.

154

155 Wir wollen

- 156 - eine zusätzliche Lehrkraft an jeder Schule einstellen - um Schüler*innen gezielt und
157 individuell zu fördern.
158 - die Wochenarbeitszeit von 27 auf 25 Stunden reduzieren - um die Arbeitsbelastung
159 wieder auf ein erträgliches Maß zu senken und Lehrkräfte in den Schulen zu halten.
160 - Lebensarbeitszeitkonten einführen - um Mehrarbeit von der ersten Überstunde an
161 auszugleichen.
162 - das Lehramtsstudium reformieren – um das Studium auf Lehramt wieder zu einem
163 Lehrerstudium zu machen.
164 - einen Vorbereitungsdienst für Seiteneinsteiger*innen - um ihnen das Handwerkszeug
165 für den Unterricht mit Kindern und Jugendlichen zu geben.

166

167 Klasse Schulleitungen

168 Schulleitungen sind nicht dazu da, unbesetzt zu sein. Ihrer ganz besonderen Rolle als
169 Schnittstelle im Schulsystem muss endlich Rechnung getragen werden.

170

171 Wir wollen

- 172 - angemessene Zulagen für Mitglieder von Schulleitungen - um Funktionsstellen mit
173 zusätzlichen Aufgaben wieder attraktiver zu machen.
174 - drei zusätzliche Anrechnungsstunden für Schulleitungen - um Zeit für Leitungsaufgaben
175 zu schaffen.
176 - einen weiteren Stellvertreter des Schulleiters an größeren Schulen einführen - um die
177 steigenden Aufgaben der Schulleitungen auf mehrere Schultern zu verteilen und so
178 Entlastung zu schaffen.

179

180 Klasse Berufsausbildung

181 Azubis sollen nicht durch das ganze Land reisen, sie sollen einen Beruf erlernen.

182

183 Wir wollen

- 184 - zusätzliche Ausbildungskapazitäten an öffentlichen Berufsschulen für Berufe mit hohem
185 Fachkräftebedarf sowie Übernahme des Schulgeldes an privaten Berufsschulen.
186 - Landeschülergeld für vollzeitschulische Ausbildungsberufe.

- 187 - eigenständige Berufsschulen im ländlichen Raum.
188 - Klassenbildung an Berufsschulen ab 15 Schüler*innen.
189 - Klassengröße an Berufsschulen von maximal 26 Schüler*innen.
190 - kostenfreie Fahrten zu den Berufsschulen und Übernahme der Unterkunftskosten bei
191 auswärtiger Unterbringung.

192

193 Digitalisierung Schule

194 Nur jede fünfte Schule verfügt über einen Breitbandanschluss von 30 Mbit/s und mehr. Es
195 fehlen digitale Endgeräte für Lehrer*innen oder Schüler*innen. Mehr als die Hälfte der
196 öffentlichen Schulen können keine Lernplattform nutzen. Die Nutzung der Lernplattform
197 „itslearning“ ist für die Schulen freiwillig. Ein Überblick über die ansonsten von Schulen
198 genutzten Plattformen und Systeme besteht nicht. Derzeit wird durch die Schulträger, je nach
199 finanzieller Lage, unterschiedlichste Hardware angeschafft. Zentrale Richtlinien, Vorgaben bzw.
200 Empfehlungen für die Ausstattungen von Schulen mit IT-Technik gibt es nicht.

201

202 Wir wollen

- 203 - eine einheitliche Lernplattform. Digitale Endgeräte müssen für alle Lehrenden und
204 Lernenden zur Verfügung stehen.

205

206 Eine landesweit einheitliche Lernplattform, verpflichtend für alle Schulen, wird zentral durch
207 einen Dienstleister betreut. Diese Lernplattform wird vom Ministerium mit grundlegenden
208 digitalen Lerninhalten, entsprechend der Lehrpläne für alle Fächer und Klassenstufen,
209 ausgestattet. Gleichzeitig muss es für die Schulen möglich sein, eigene Lerninhalte einzustellen
210 und zu verwenden.

211

212 Wir wollen,

- 213 - dass digitale Endgeräte landesweit einheitlich für alle Schüler*innen sowie für
214 Lehrkräfte kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Diese Endgeräte, z. B. Tablets, sind
215 geeignet für die Nutzung der Lernplattform. Die Kosten für die Anschaffung der Geräte
216 teilen sich Land und Kommunen. Die Kosten der zentralen Infrastruktur trägt das Land.

217

218 Jugendberufsagenturen flächendeckend im Land etablieren

219 Der Übergang zwischen Schule und Beruf ist nicht immer einfach. Jugendberufsagenturen
220 sollen die Integrationschancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowohl in der
221 Arbeitswelt als auch in der Gesellschaft verbessern. Ihnen liegt die Idee zugrunde, die
222 Kompetenzen der zuständigen Institutionen enger zu verzahnen und zu koordinieren. Junge
223 Menschen sollen möglichst aus einer Hand betreut und unterstützt werden.
224 Jugendberufsagenturen arbeiten in dezentraler Verantwortung und setzen ihre
225 Handlungsschwerpunkte entsprechend der regionalen Handlungsbedarfen.

226

227 Wir wollen:

- 228 - diese Einrichtungen flächendeckend im Land etablieren, um die Jugendlichen möglichst
229 dicht an ihren Lernorten zu erreichen und gezielte Hilfs- und Beratungsangebote

230 unterbreiten zu können. Mit Blick auf die speziellen Erfordernisse eines Flächenlandes
231 kann dabei auch eine mobile, aufsuchende Beratung notwendig sein.

232 - eine Landeskoordinierungsstelle, die den Prozess unterstützt sowie den Austausch und
233 die Vernetzung der Akteure vorantreibt.

234

235 Produktionsschulen dauerhaft sichern

236 Nicht alle jungen Menschen schaffen den Start ins Berufsleben aus eigener Kraft. Ob Ärger in
237 der Familie, Schulden oder Erkrankungen, dafür kann es viele Gründe geben. Die klassische
238 Schulausbildung reicht dann nicht mehr aus. In solchen Fällen haben sich die
239 Produktionsschulen in den vergangenen Jahren bewährt. Mit einem alternativen,
240 produktionsorientierten Ansatz und festen Regeln haben sie vielen jungen Menschen den Weg
241 in die Ausbildung und Arbeit geebnet.

242

243 Wir wollen

244 - dieses besondere und bewährte Angebot der Jugendberufshilfe daher dauerhaft
245 sichern. Ein Produktionsschulgesetz ist dazu der geeignete Ansatz.

246

247 Schülerfirmen stärker in den Fokus rücken

248 Eigene Ideen umsetzen, im Team arbeiten und an Herausforderungen wachsen - in
249 Schülerfirmen erwerben junge Leute wichtige Kompetenzen, um eigenverantwortlich zu
250 handeln. Darüber hinaus begreifen sie spielerisch wirtschaftliche Zusammenhänge und
251 entwickeln Unternehmergeist. In einem Land wie Mecklenburg-Vorpommern, indem kleine und
252 mittelständische Unternehmen prägend sind, ist dies von besonderer Bedeutung.

253

254 Wir wollen

255 - Schülerfirmen wieder stärker fördern und zurück ins öffentliche Bewusstsein holen.
256 Unser Ziel sind 50 neue Schülerfirmen.

257 - regelmäßige Wettbewerbe für Schülerfirmen durchführen, bei denen die besten
258 Beispiele bekannt gemacht und besonders innovative Ideen prämiert werden.

259

260 Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung besser unterstützen

261 Das Handwerk in Mecklenburg-Vorpommern ist geprägt durch kleine und mittlere
262 Unternehmen. Diese verfügen nicht immer über die wirtschaftlichen und technischen
263 Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte, qualifizierte Ausbildung. Die überbetriebliche
264 Lehrlingsunterweisung ist daher ein wichtiger Baustein im Dualen System der Berufsbildung
265 unseres Landes. Sie erhöht die Ausbildungsbeteiligung von Klein- und Kleinstunternehmen und
266 leistet einen Beitrag zur hohen Qualität der Ausbildung. Die Finanzierung erfolgt durch den
267 Bund, das Land und die Ausbildungsbetriebe.

268

269 Wir wollen

270 - das Engagement des Landes verstärken, um einen Beitrag zur Fachkräftesicherung im
271 Land zu leisten.

272

273 Berufsschulen fit für die Zukunft machen

274 Die duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell. Die Verknüpfung von Theorie in der Berufsschule
275 und Praxis im Ausbildungsbetrieb sichert die Ausbildung der dringend benötigten
276 Nachwuchskräfte. Damit dies so bleibt und neue Herausforderungen wie die Digitalisierung in
277 Wirtschaft und Verwaltung bewältigt werden können, brauchen wir massive Investitionen. Viele
278 Berufsschulen müssen technisch und baulich ertüchtigt werden. Zudem werden in einem
279 Flächenland wie M-V mit schwierigen Bedingungen im ÖPNV und SPNV günstige
280 Übernachtungsmöglichkeiten für Berufsschüler*innen am Berufsschulstandort benötigt.

281

282 Wir wollen

- 283 - die Investitionsbedarfe erfassen und ein Programm auflegen, das dabei hilft, den
284 Investitionsstau der letzten Jahre schrittweise zu beseitigen, die personelle Ausstattung
285 zu verbessern und den personellen Nachwuchs zu sichern.

286

287 Mindestausbildungsvergütung in der Praxis durchsetzen

288 Die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung war ein logischer Schritt. Auch
289 Auszubildende benötigen zur Finanzierung ihres Lebensunterhaltes und den mit der
290 Berufsausbildung verbundenen Kosten eine angemessene und faire Ausbildungsvergütung. Im
291 Berufsbildungsgesetz wurde festgelegt, dass dies gewährleistet ist, wenn die
292 Mindestausbildungsvergütung mindestens 80 Prozent der branchenüblichen tariflichen
293 Vergütung beträgt. Zahlen die Betriebe weniger, ist dies rechtswidrig.

294

295 Wir wollen

- 296 - ein aktuell gehaltenes Tarifregister des Landes, das die jeweiligen Daten vor
297 Ausbildungsbeginn zur Verfügung stellt, damit die zuständigen Kammern die
298 Ausbildungsverträge rechtssicher auf die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen
299 überprüfen können.

300

301

302 3. Hochschulen

303

304 Mecklenburg-Vorpommern hat gute Universitäten, Hoch- und Fachhochschulen. In Forschung
305 und Lehre braucht keine von diesen ihr Licht unter den Scheffel zu stellen. Die Studienplätze
306 bei uns im Norden sind weltweit begehrt. Und doch drängen wir ganz entschieden auf eine
307 Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Lehrkräften wie der Studierenden.

308

309 Wir wollen

- 310 - Hochschulen, die das Geld bekommen, was sie brauchen. Die Abhängigkeit von
311 Drittmitteln muss beendet werden.
- 312 - eine Neuregelung des BAföG über den Bundesrat anstreben (elternunabhängig,
313 auskömmlich, ohne Rückzahlung, längere/flexiblere Bezugsdauer).
- 314 - gute Arbeit an den Hochschulen (Wissenschaftszeitarbeitsgesetz, Dauerstellen für
315 Daueraufgaben)

- 316 - Verwaltungsgebühren abschaffen.
317 - die Studentenwerke finanziell besser ausstatten (ca. 1.000 Wohnheimplätze fehlen).
318 - die Digitalisierung voranbringen. Das betrifft die Infrastruktur, die Zahl der Planstellen
319 in der IT, die Schulung des Lehrpersonals in digitalen Lernformen und vieles andere
320 mehr.
321 - in die Gebäude und Anlagen investieren. Neubau und Sanierung brauchen mehr
322 Investition, schnelle Entscheidungen und zügige Umsetzung.
323 - eine bessere Nachwuchsförderung. Sie ist eine Dauerbaustelle in unserer
324 Hochschullandschaft.
325 - die Demokratisierung der Hochschulen. Gleichstellung und Parität stehen auf unserer
326 Agenda ganz vorn. Besonderen Wert legen wir auf die Zivilklausel. Forschung und Lehre
327 müssen sich militärischer Einflussnahme und Nutzung verweigern.
328 - die Landeshauptstadt Schwerin bei ihren Bemühungen, z.B. durch Kooperation mit der
329 Fachhochschule Wismar, Standort einer staatlichen Hochschule zu werden,
330 unterstützen.

331

332 Digitalisierung Hochschule

333

334 Die Universitäten und Hochschulen des Landes sind auf einem sehr unterschiedlichen Stand in
335 Sachen Digitalisierung. Das reicht von der vergleichsweise gut ausgestatteten und
336 technikaffinen Hochschule Wismar, die in der Pandemie nach Selbstauskunft nur geringe bis
337 gar keine Probleme bei der Realisierung digitaler Lehrformate hat, bis zur Rostocker
338 Hochschule für Musik und Theater, deren Lehrangebot in weiten Teilen schlicht nicht
339 digitalisierbar ist und die auch nicht über so einfache Tools wie einen Onlinebelegungsplan zur
340 Vergabe von Proberaumzeiten verfügt. Auch wenn 40 Millionen Euro für die Digitalisierung der
341 Hochschulen zur Verfügung stehen, ist völlig unklar, wofür das Geld ausgegeben werden soll,
342 wie es verteilt wird und welche Prioritäten gesetzt werden sollten.

343

344 Wir wollen

- 345 - eine Strategie erarbeiten, wie die Digitalisierung der Hochschulen schnell
346 vorangetrieben werden kann. Es braucht eine klare Bestandsaufnahme in allen
347 Fachbereichen der Hochschulen. Was ist an digitalen Lehrmöglichkeiten, Hardware,
348 Software, Zertifikaten etc. vorhanden und wer übernimmt die Betreuung der IT? Dazu
349 ist eine Arbeitsgruppe notwendig, die die jeweiligen Fachbereiche abfragt und einen
350 Masterplan erarbeitet. Das ist deswegen notwendig, weil einige Fachbereiche
351 überhaupt nicht über die fachliche Expertise verfügen, um Bedarfe und den damit
352 verbundenen Aufwand einschätzen zu können. Im Anschluss braucht es ein
353 Finanzierungskonzept für die Umsetzung der Digitalisierung.

354

355

356

357

358

359 4. Arbeit

360

361 Der globale Wandel, Digitalisierung, das Auslaufen alter Technologien und das Durchsetzen der
362 Neuen stellen unsere Gesellschaft und jeden Einzelnen vor große Herausforderungen. Die
363 LINKE steht dafür, dass dieser Wandel sozial gestaltet wird. Die Chancen des Neuen ergreifen
364 und die Risiken des Verschwindens des Alten gesellschaftlich, sozial abzusichern, das ist der
365 Kern unserer Politik.

366

367 Wir wollen

368 - Arbeitsplätze erhalten und Voraussetzungen für neue schaffen.

369

370 Innovationen fördern

371 In Mecklenburg-Vorpommern gibt es viele Potentiale für neue Arbeitsplätze, ganz besonders in
372 innovativen Bereichen der Gesundheitswirtschaft, des Einsatzes der Wasserstofftechnologie,
373 der Kultur- und Kreativwirtschaft oder im Bereich der Industrie.

374

375 Wir wollen

376 - durch eine gezielte Innovationsförderung jungen Unternehmen beim Start helfen und
377 so dazu beitragen, den ökologischen und digitalen Wandel sozial zu gestalten.

378 - deutlich mehr als bislang die Forschung und Entwicklung an den Universitäten und
379 Hochschulen mit klein- und mittelständischen Unternehmen verbinden. Hier muss
380 landesseitige Engagements her, sei es in Form von (auch zeitweiligen) Beteiligungen bei
381 gleichzeitigem Halten von Patentrechten.

382

383 Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

384 Die Coronakrise hat dazu geführt, dass die Arbeitslosenzahlen steigen. Dies sorgt auch dafür,
385 dass es Langzeitarbeitslose schwerer haben, wieder am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Vor
386 diesem Hintergrund muss sich das Land wieder stärker arbeitsmarktpolitisch engagieren.

387

388 Wir wollen

389 - die noch bestehenden Beschäftigungsgesellschaften als Träger sinnvoller,
390 arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen sichern. Bewährte Instrumente, wie die
391 Integrationsprojekte des Landes müssen dauerhaft so ausgestaltet werden, dass auch
392 kleinere Träger die notwendigen Eigenanteile aufbringen können.

393 - über einen Ko-Finanzierungsfonds Arbeitsmarktinstrumente des Bundes flankieren und
394 so mehr Menschen in Mecklenburg-Vorpommern soziale Teilhabe durch Arbeit
395 ermöglichen.

396

397 M-V soll ein Land der Guten Arbeit werden

398 Wir stehen daher zu den Prinzipien Guter Arbeit. Arbeitsplätze sollen sicher sein. Arbeit soll der
399 Gesundheit der Beschäftigten nicht schaden. Erwerbs- und Privatleben müssen miteinander
400 vereinbar sein. Die Sicherung des Fachkräftebedarfs wird nach übereinstimmenden Aussagen
401 von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften eine zentrale Herausforderung der

402 kommenden Jahre sein. Ob Jugendliche nach Abschluss von Ausbildung und Studium
403 hierzulande ins Berufsleben starten oder ihr Glück anderswo suchen, hängt entscheidend
404 davon ab, welche Perspektiven ihnen geboten werden. Dies gilt gleichermaßen für das
405 Vorhaben, ehemalige Landeskinder zurückzugewinnen oder Pendler für einen Arbeitsplatz im
406 Land zu begeistern. Gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne spielen dabei eine Schlüsselrolle.
407 Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West sowie für Frauen und Männer.
408 Leiharbeit, Minijobs, Befristungen und Teilzeit haben zugenommen und untergraben das
409 Normalarbeitsverhältnis. Aktuell wird jedes zweite neue Arbeitsverhältnis im Land nur befristet
410 geschlossen. Die Hälfte der Leiharbeiter im Land erhält einen Lohn unterhalb der ostdeutschen
411 Niedriglohnschwelle. Immer mehr Beschäftigte gehen zusätzlich zum Haupterwerb noch einem
412 Minijob nach.

413

414 Wir wollen

- 415 - sichere Arbeitsplätze nach den Prinzipien Gute Arbeit. Arbeit soll der Gesundheit der
416 Beschäftigten nicht schaden. Erwerbs- und Privatleben müssen miteinander vereinbar
417 sein.

418

419 Hartz IV abschaffen und durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzen

420 Das Recht auf eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe und auf ein Leben ohne
421 Armut ist ein Grundrecht. Dieses Grundrecht wird durch die Hartz IV-Gesetzgebung verletzt.
422 Zwar hat der gemeinsame Kampf mit Arbeitsloseninitiativen, Gewerkschaften und
423 Sozialverbänden dazu geführt, dass die Sanktionspraxis abgemildert wurde. Es bleibt jedoch
424 inakzeptabel, dass durch Sanktionen das Existenzminimum unterschritten werden kann.
425 Zudem werden die Regelsätze immer noch künstlich kleingerechnet. Das hat zur Folge, dass
426 viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern in Armut leben müssen und sozial ausgegrenzt
427 werden. Hartz IV mit seinem bürokratischen Sanktionssystem und mit seinem falschen
428 Hilfeansatz kann die Probleme der Betroffenen nicht lösen.

429

430 Wir wollen

- 431 - die Abschaffung der Sanktionen.
- 432 - eine Anhebung der Regelsätze.
- 433 - eine sanktionsfreie Mindestsicherung.

434

435 Betriebliche Mitbestimmung stärken

436 Betriebsräte können die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten wesentlich verbessern. Ob
437 Arbeitszeit oder Überstunden, Fort- und Weiterbildung oder Prämien, auf viele Dinge können
438 sie Einfluss nehmen. Zudem sorgen sie dafür, dass Beschäftigte nicht aufgrund ihrer ethnischen
439 Herkunft, des Geschlechts, der Religion, einer Behinderung oder des Alters diskriminiert
440 werden. Kündigungen sind ohne ihre Anhörung unwirksam.

441 Bei Umstrukturierung, Personalabbau oder Schließung handeln Betriebsräte einen
442 Interessenausgleich und Sozialplan aus, um Nachteile für die Betroffenen auszugleichen. Bei
443 uns sind sie noch zu selten anzutreffen. Nur neun Prozent der Unternehmen haben einen
444 Betriebsrat, nur 38 Prozent der Beschäftigten arbeiten in einem solchen.

445 Wir wollen

- 446 - die Gründung von Betriebsräten in kleinen und mittelständischen Unternehmen
447 gesetzlich erleichtern und Initiatoren sowie Betriebsräte besser schützen. Wir wollen
448 hierzu eine Bundesratsinitiative anstoßen. Betriebsräte brauchen mehr zwingende
449 Mitbestimmungsrechte bei der Personalausstattung, der Weiterbildung oder der
450 Arbeitsorganisation.
- 451 - die Arbeit von Betriebsräten in Mecklenburg-Vorpommern stärker würdigen. Ein
452 „Betriebsrätetag M-V“, in dessen Rahmen auch ein „Betriebsrätepreis“ für besonders
453 engagierte und erfolgreiche Kolleginnen und Kollegen vergeben wird, soll dazu einen
454 wichtigen Beitrag leisten.

455

456 Arbeitsschutz wieder höhere Priorität einräumen

457 Die Corona Krise hat erneut eklatante Mängel in Sachen Arbeitsschutz offenbart. Anfänglich
458 fehlte es in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen an Schutzausrüstung und
459 Desinfektionsmitteln. Wirksamer Arbeitsschutz funktioniert nicht ohne wirksame Kontrolle. Der
460 Personalabbau bei der dafür zuständigen Behörde hat dazu geführt, dass statistisch nur noch
461 alle 20 Jahre ein Arbeitsschutzinspekteur die betrieblichen Gegebenheiten kontrolliert. Diesen
462 Trend wollen wir umkehren.

463

464 Wir wollen

- 465 - die Ausbildungskapazitäten im Arbeitsschutz erhöhen und die Personalausstattung
466 wieder verbessern.

467-

468 Betriebliche Gesundheitsvorsorge verbessern

469 Die Arbeitswelt verändert sich rasant. Ständige Erreichbarkeit, Leistungs- und Zeitdruck sind
470 Alltag für viele Beschäftigte. Zudem müssen sie immer länger arbeiten, bevor sie in Rente gehen
471 können. Daher kommt einer guten betrieblichen Gesundheitsvorsorge besondere Bedeutung
472 zu. Bereits im Unternehmen befindliche ältere Experten möglichst lange zu halten und damit
473 auch einen Wissenstransfer an die jüngeren Beschäftigten zu ermöglichen, ist ein wesentlicher
474 Beitrag zur Fachkräftesicherung. Die kleinteilige Unternehmensstruktur im Land stellt dabei
475 eine große Herausforderung dar.

476

477 Wir wollen

- 478 - daher an die guten Erfahrungen mit der AG Netz anknüpfen, um auch Klein- und
479 Kleinstbetriebe in die Lage zu versetzen, wirkungsvolle Maßnahmen für die dauerhafte
480 Gesunderhaltung ihrer Beschäftigten zu treffen. Ein Präventionspreis M-V soll Best
481 Practice Beispiele bekannt machen und weitere Unternehmen dazu motivieren, sich
482 gleichermaßen zu engagieren.

483

484

485

486

487

488 5. Armut

489

490 Armut wird von der Regierung immer wieder ausgeblendet oder verharmlost. Armut ist nicht
491 nur entwürdigend für die Betroffenen und beschämend für uns alle. Armut und soziale
492 Ungleichheit ist, das ist durch ebenso viele Studien wie praktische Erfahrungen belegt, eines
493 der größten Entwicklungshemmnisse jeder Wirtschaft. Es ist also moralisch wie wirtschaftlich
494 ein Gebot der Vernunft, die Armut als Massenphänomen in Mecklenburg-Vorpommern
495 mittelfristig zu beseitigen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger ist unser Ziel!

496 Wenn die Corona-Pandemie medizinisch unter Kontrolle ist, dann stellt sich die Frage, wer das
497 alles bezahlen soll. Die Erfahrung von Generationen deckt sich mit unserer Analyse: Es sollen
498 wieder einmal die „Kleinen Leute“ die Zeche bezahlen.

499

500 Wir wollen

501 - uns mit allen Mitteln im Landtag und auf den Straßen und Plätzen dafür einsetzen, dass
502 die Krise nicht von der Verkäuferin, sondern von den Millionären gezahlt wird. Dazu sind
503 wir zu jedem demokratischen Bündnis bereit.

504

505 Hauptursache ist Einkommensarmut. Hauptursache für Kinderarmut sind Einkommensarmut
506 der Eltern und die Umstände, in denen Familien leben. Genau darum treten wir für gute Arbeit
507 und gegen Arbeitslosigkeit ein. Auskömmliche Einkommen für alle in jeder Lebenssituation, das
508 muss für uns sein.

509

510 Im Fokus der Armutsbekämpfung:

511

512 Kinder- und Jugendarmut

513 Kinderarmut ist in Mecklenburg-Vorpommern nach wie vor ein großes Problem. Nahezu jedes
514 dritte Kind und Jugendlicher lebt in M-V in Armut oder ist von Armut gefährdet. Seit Jahren
515 gelingt es der Landesregierung nicht, die Zahl der von Armut betroffenen oder gefährdeten
516 Kinder und Jugendliche deutlich zu senken. Die Corona-Krise hat ihre Situation weiter
517 verschärft - sie bekamen kein Mittagessen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket bei
518 geschlossenen Schulen und Kitas. Einmal mehr zeigt sich, dass das Hartz IV-System für die
519 Kinder und Jugendlichen versagte.

520

521 Wir wollen

522 - eine Kindergrundsicherung. Kinder sind keine kleinen Arbeitslosen. Sie haben eigene
523 Bedürfnisse und Nöte. Reduzierte Hartz-IV-Regelsätze werden dem nicht gerecht, schon
524 gar nicht in der Corona-Krise. Wir fordern eine bedarfsgerechte Kindergrundsicherung
525 für alle Kinder.

526 - eine Kinderkarte in Höhe von 50 Euro monatlich für alle Kinder ab 6 Jahre bis 16 Jahre,
527 um damit Mitgliedschaften in Sportvereinen oder Theaterbesuche unabhängig vom
528 Geldbeutel der Eltern zu ermöglichen. Alle Kinder sollen den gleichen Zugang zu Kultur,
529 Bildung und Sport haben.

530

531 6. Gleichwertige Lebensverhältnisse

532

533 Der mit dem Grundgesetz formulierte Anspruch, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen,
534 ist noch immer unerfüllt. Das gilt auch für den Unterschied zwischen Ost und West. Es
535 schmerzt, festzustellen, dass unser Land in vielen Bereichen des Lebens Schlusslicht unter den
536 Bundesländern ist. Wir haben die geringsten Löhne, das schwächste Wirtschaftswachstum, die
537 wenigsten Patentanmeldungen, die meisten Jugendlichen ohne Abschluss. Auch das sind
538 traurige Belege für eine verfehlte Regierungspolitik hierzulande.

539 Wir machen uns natürlich keine Illusionen: Vieles wird von der Bundespolitik bestimmt. Aber
540 eben nicht alles. Wir erwarten, dass das Land seine zur Verfügung stehenden Mittel, zügig nutzt.
541 Dazu haben wir einen Aktionsplan entwickelt.

542

543 Wir wollen:

544 - die nach Ost und West getrennten Tarifgebiete auflösen, um aus dem Lohnkeller heraus
545 zu kommen.

546 - die Digitalisierung schon wegen des noch immer stockenden Breitbandausbaus mit
547 Hochdruck und nach Schwerpunktbereichen (Schule, Forschung und Wirtschaft)
548 vorantreiben.

549 - die kommunalen Wohnungsunternehmen stärken und von alten Schulden entlasten.
550 Wegen der unterschiedlichen Situation auf dem Wohnungsmarkt - einer zunehmenden
551 Wohnungsknappheit in den Zentren steht vermehrter Leerstand im ländlichen Raum
552 gegenüber - wollen wir den völlig unzureichenden Öffentlichen Personennahverkehr
553 attraktiver machen, indem Strecken wieder in Betrieb genommen und ein „Mobi-Pass“
554 eingerichtet wird.

555 - für die Entwicklung ländlicher Regionen eine gesonderte Förderung. Hiermit sollen der
556 Zugang zu Bildung und Kultur, zu medizinischer Versorgung und die Schaffung
557 bedarfsgerechter Verkehrsangebote erreicht werden.

558 - Chancengleichheit und Entwicklungsperspektiven von Frauen, um der höchsten
559 Abbrecherquote bei Auszubildenden und Studierenden entgegenzuwirken. Wir
560 benötigen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, ganz gleich, ob sie von Männern oder
561 Frauen geleistet wird. Eine der Voraussetzungen hierfür ist aus unserer Sicht, dass
562 zukünftig auch in kleinen und mittleren Unternehmen verbindliche Regelungen zur
563 Überprüfung und Transparenz der Gehaltsstrukturen in den Betrieben gelten.

564 - die Anerkennung von Lebensleistungen unabhängig von der geographischen Herkunft.
565 Deshalb drängen wir darauf, die Rentengerechtigkeit nicht erst im Jahr 2025
566 herzustellen und die bei der Überführung des DDR-Rentenrechts in bundesdeutsches
567 Recht Ungerechtigkeiten und politisch motivierten Unrechtstatbestände unverzüglich
568 zu korrigieren.

569 - das Wirken der Treuhand auch nach mehr als 30 Jahren nach der Wende aufarbeiten.

570

571

572

573

574 7. Soziales

575

576 Arbeit mit und für Kinder und Jugendliche

577 Arbeit mit und für Kinder und Jugendliche ist derzeit eine vermeintlich freiwillige Aufgabe der
578 Kommunen. Sparzwänge wirken sich bei freiwilligen Aufgaben immer zuerst aus. Die
579 Finanzierung dieser Arbeit war bei den grundsätzlich finanziell klammen Kommunen in der
580 Vergangenheit immer ein Problem. Durch die Corona-Pandemie und wegfallende
581 Steuereinnahmen wird sich deren Haushaltslage weiter verschärfen. Diese Arbeit darf aber
582 nicht Sparzwängen zum Opfer fallen. Sie ist eine Investition in die Zukunft, die sich immer
583 rentiert. Geld, das hier eingespart werden soll, zahlt die Gesellschaft in Zukunft vielfach höher
584 zurück.

585

586 Wir wollen

- 587 - Arbeit mit und für Kinder und Jugendliche zur kommunalen Pflichtaufgabe machen.
- 588 - in der Landesverfassung das Recht für Kinder und Jugendliche auf Beteiligung
- 589 verankern.

590

591 Kinder- und Jugendarbeit ist grundsätzlich zwar kommunale Angelegenheit, das Land hat hier
592 aber einen Förderauftrag. Die Landesförderung für die Kinder- und Jugendarbeit hat sich seit
593 über 20 Jahren kaum erhöht. Faktisch hat sich die Landesförderung durch veränderte
594 Verbraucherpreise und dem daraus resultierenden Kaufkraftverlust des Geldes sogar um ein
595 Viertel verringert. Auf der anderen Seite sind die Problemlagen in der Kinder- und Jugendarbeit
596 deutlich größer geworden und werden sich nach der Corona- Krise weiter verschärfen.
597 Gewaltbereitschaft und Verrohung, auch unter Kindern und Jugendlichen, haben in den letzten
598 Jahren erheblich zugenommen. Suchtproblematiken, auch in den Elternhäusern, sind größer als
599 noch vor 20 Jahren.

600

601 Wir wollen

- 602 - die Landesförderung für die Kinder- und Jugendarbeit deutlich erhöhen, damit
- 603 Mitarbeiter der Kinder- und Jugendarbeit den Kindern und Jugendlichen bedarfsgerecht
- 604 unterstützend zur Seite stehen.

605

606 Für eine starke Kindertagesförderung

607 Mit dem neuen Kindertagesförderungsgesetz wurde nicht nur die Elternbeitragsfreiheit
608 eingeführt, es wurden den Erzieherinnen und Erziehern zusätzliche Aufgaben übertragen. Eine
609 stärkere Inanspruchnahme der Kindertagesförderung und zusätzliche Aufgaben haben zu
610 einem Sinken der Qualität geführt.

611

612 Wir wollen

- 613 - nach der Einführung der Elternbeitragsfreiheit auch einen kostenfreien und in den
- 614 Ferien ganztägigen Hort.
- 615 - eine bessere Qualität der Kindertagesförderung, damit jedes Kind gleichermaßen gut
- 616 gebildet werden kann. Der Personalschlüssel muss landesweit geregelt und verbessert

617 werden. Und längerfristig muss sich die Fachkraft-Kind-Relation in Krippe, Kindergarten
618 und Hort verbessern. Deutschlandweit sind wir mit den jetzigen Fachkraft-Kind-
619 Schlüsseln Schlusslicht. Vor allem die Kinder aus armutsgefährdeten Familien sind von
620 klein auf von guter Bildung ausgeschlossen.

- 621 - einen landesweiten Mindestpersonalschlüssel sowie eine verbesserte Fachkraft-Kind-
622 Relation. Die Ausbildungsplatzplanung ist diesen Bedarfen anzupassen.
- 623 - langfristig eine Vollverpflegung für alle Kinder in der Kita.

624

625 Tagespflegepersonen sind gerade für 0-3-Jährige eine gute Alternative zu den
626 Kindertagesstätten. Schlechte Bezahlung derer und Personalmangel bei den Erziehern führt
627 dazu, dass sie aufgrund der unattraktiven Arbeitsbedingungen ganz aufgeben oder in Kitas
628 gehen. Damit würde dieses wichtige Angebot in Zukunft wegfallen. Das Wunsch- und Wahlrecht
629 der Eltern wäre stark eingeschränkt.

630

631 Wir wollen

- 632 - die wichtige Arbeit der Tagespflegepersonen durch eine landeseinheitliche Orientierung
633 bei den Personal- und Sachkosten sichern.

634

635 Schulsozialarbeit

636 Schulsozialarbeit ist ein wichtiger Teil der Jugendsozialarbeit am Standort Schule. Aktuell kann
637 sie ihre volle Wirksamkeit nicht entfalten, da die Einzelheiten nicht gesetzlich geregelt sind.
638 Grundsätzliche Standards wie Qualifikation und Personalschlüssel müssen klar definiert sein.

639

640 Wir wollen

- 641 - die Schulsozialarbeit gesetzlich verankern.
- 642 - ein Landesprogramm Schulsozialarbeit, um sie zu sichern und von den Vorgaben des
643 europäischen Sozialfonds abzulösen.
- 644 - einen Schulsozialarbeiter an jeder Schule.
- 645 - mit den kommunalen Landesverbänden eine Strategie erarbeiten, wie
646 Jugendsozialarbeit auch zukünftig abgesichert werden kann.
- 647 - mehr Sozialpädagogen ausbilden.

648

649 Kinderschutz

650 In Mecklenburg-Vorpommern werden bundesweit überdurchschnittlich viele Kinder und
651 Jugendlichen Opfer von sexuellem und körperlichem Missbrauch. Seit Jahren steigen die Zahlen
652 die Zahlen Bisherige Maßnahmen brachten nicht die gewünschten Erfolge.

653

654 Wir wollen

- 655 - einen Kinderbeauftragten, der die Rechte der Kinder auf allen Ebenen durchsetzt und
656 schützt.

657

658

659

660 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

661 Kinder und Jugendlichen muss die Beteiligung in allen sie betreffenden Angelegenheiten
662 ermöglicht werden. Viel zu oft wird über ihren Kopf hinweg entschieden. Nach Artikel 14 Absatz
663 4 Satz 2 der Landesverfassung haben Land, Gemeinden und Kreise die Teilhabe von Kindern
664 und Jugendlichen an der Gesellschaft zu fördern. Diesem Staatsziel wird nicht in ausreichendem
665 Maße nachgekommen. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen dient ihrem
666 gesellschaftlichen Lern- und Integrationsprozess und ihrer Mitwirkung bei demokratischen
667 Entwicklungen und Entscheidungsprozessen.

668

669 Wir wollen

670 - ein Beteiligungskonzept mit dem Ziel erarbeiten, das Kindern und Jugendlichen
671 Teilnahme, Teilhabe, Mitgestaltung, Mitbestimmung und Interessenvertretung
672 ermöglicht.

673

674 Die Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommerns sieht keine Altersgrenze bei
675 Landtagswahlen vor. Die im Landes- und Kommunalwahlgesetz eingezogene Grenze von 18
676 Jahren ist willkürlich und nicht stichhaltig begründet. Plausible Gründe für den Ausschluss von
677 16- und 17-Jährigen vom aktiven Wahlrecht bei Landtagswahlen konnten in zahlreichen
678 Landtagsdebatten nicht vorgebracht werden. Andere Bundesländer wie Brandenburg,
679 Schleswig-Holstein und Bremen haben gute Erfahrungen mit dieser Beteiligung gemacht. Auch
680 16-Jährige besitzen die nötige Reife und das Verantwortungsbewusstsein, auf Landesebene
681 mitentscheiden zu können.

682

683 Wir wollen

684 - deshalb ein aktives Wahlrecht ab dem 16. Lebensjahr.

685

686 Kinder und Jugendliche müssen frühzeitig in demokratische Diskussions- und
687 Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Insbesondere auf kommunaler Ebene werden
688 viele für sie unmittelbar greifbare Entscheidungen getroffen. Zwar bestehen hier bisher bereits
689 Beteiligungsmöglichkeiten, diese sind jedoch nicht zwingend.

690

691 Wir wollen

692 - die Kommunalverfassung dahingehend ändern, dass Wege zur Beteiligung von Kindern
693 und Jugendlichen in allen sie betreffenden Angelegenheiten gefunden werden.

694

695 Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig auch in der Kinder- und Jugendarbeit digitale
696 Angebote sind. Aber auch außerhalb einer Pandemielage tragen sie zu einer erheblichen
697 Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten in diesem Bereich bei. Hierfür ist zunächst die
698 Anschaffung der entsprechenden Soft- und Hardware nötig.

699

700

701

702

703 Wir wollen

- 704 - die technische Ausstattung der Jugendverbände verbessern. Es fehlt vielen Mitgliedern
705 des Landesjugendringes an Soft- und Hardwareausstattungen. Die erforderlichen Mittel
706 belaufen sich auf 250.000,- Euro.

707

708 Soziale Grundrechte stärken

709 Ein aktiver, starker Sozialstaat sichert solidarisch und durch individuelle Rechtsansprüche die
710 Lebensrisiken ab. Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig dies ist. Die
711 Daseinsfürsorge muss für alle erschwinglich sein und in hoher Qualität gesichert werden. Wenn
712 der Wohlstand gerecht verteilt wird, ist dies machbar. Wir wollen uns auf Bundes- und
713 Landesebene dafür einsetzen, die Grundrechte auf Arbeit, Bildung, Wohnen, gesundheitliche
714 Versorgung und soziokulturelle Existenzsicherung zu stärken.

715

716 Mehr Teilhabe durch eine verbesserte soziokulturelle Infrastruktur sichern

717 Ein lebenswertes, zukunftsfähiges Land Mecklenburg-Vorpommern braucht ein stabiles,
718 bedarfsgerechtes, flächendeckendes und erreichbares Netz an Beratungsstellen für alle
719 Lebenslagen, das mit landesweit einheitlichen Standards arbeitet. Stadtteilzentren und
720 Mehrgenerationenhäuser ermöglichen den niedrighschwelligen Zugang zu Kultur, sozialen
721 Kontakten, Bildung und Freizeitangeboten. Auch die sozialen Hilfeprojekte, wie Tafelausgaben,
722 Möbelbörsen und Kleiderkammern etc., werden von uns unterstützt, solange es ihrer bedarf.
723 Die Bürokratie für diese dauerhaften Angebote ist durch mehrjährige Finanzierungszusagen
724 abzubauen.

725 Die Freie Wohlfahrt ist eine wichtige Säule des Sozialstaates. Deshalb werden die Träger der
726 Freien Wohlfahrtspflege auf der Grundlage des Sozialrechts der Bundesrepublik Deutschland
727 sowie der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern gefördert und bei der Erfüllung
728 ihrer Aufgaben unterstützt. Diesen Grundsatz bekräftigen wir.

729

730 Wir wollen

- 731 - Transparenz in der Finanzierung der Freien Wohlfahrtspflege und faire Entlohnung der
732 Beschäftigten.
- 733 - aufbauend auf den Erfahrungen anderer Bundesländer sowie des Bundes eine
734 kontinuierliche Sozialberichterstattung, zu der auch ein Armuts- und Reichtumsbericht
735 gehört. Eine geschlechterdifferenzierte Sozialberichterstattung bildet eine wesentliche
736 Grundlage für die Analyse der Lebenswirklichkeit und die Ableitung notwendigen
737 Handelns.

738

739 Pflege darf nicht Armut bedeuten

740 Laut Prognosen wird die Zahl der Pflegebedürftigen in Mecklenburg-Vorpommern von mehr als
741 100.000 Personen bis zum Jahr 2035 noch einmal um mindestens die Hälfte ansteigen.

742

743 Wir wollen

- 744 - eine nachhaltige Pflegepersonalbedarfsplanung.
- 745 - deutlich bessere Arbeits- und Rahmenbedingungen in der Pflege.

746 - eine dauerhaft angemessene Entlohnung der Beschäftigten.

747

748 Mecklenburg-Vorpommern soll für Pflegepersonal, pflegende Angehörige sowie für seine
749 Pflegebedürftigen ein attraktives und verlässliches System vorhalten.

750

751 Wir wollen,

752 - dass die Eigenanteile in Pflegeeinrichtungen deutlich gesenkt und begrenzt werden.

753 - eine solidarische Pflegevollversicherung, die die pflegebedingten Kosten vollständig
754 übernimmt.

755 - dass die Investitionskosten, die über Eigenanteile finanziert werden, nicht länger von
756 den Pflegebedürftigen getragen werden.

757

758 Das Land soll hierfür im Rahmen der bereits vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten die
759 Kosten übernehmen. Wir sagen: Eine Rente muss für die Eigenbeteiligung an den Kosten im
760 Pflegeheim ausreichen und es muss selbstverständlich auch noch Geld zur eigenen
761 Verwendung übrigbleiben! Die Pflege von pflegebedürftigen Menschen wird von mehreren
762 Säulen getragen. Neben den ambulanten, teilstationären und stationären Pflegeangeboten und
763 Leistungen ist die Pflege durch Angehörige und nahestehende Personen in der eigenen
764 Häuslichkeit ein wichtiger Grundpfeiler.

765

766 Wir wollen

767 - eine stärkere Unterstützung durch ineinandergreifende Entlastungsangebote. Pflege
768 darf nicht Armut bedeuten. Allen pflegenden Angehörigen und nahestehenden
769 Personen sollen Lohnersatzleistungen als Ausgleich für die Mehrbelastungen und
770 Einkommenseinbußen in Zeiten der Pflege gezahlt werden.

771

772 Digitalisierung Pflege

773 Mecklenburg-Vorpommern verfügt über rund 400 stationäre Pflegeeinrichtungen. Hinzu
774 kommen Einrichtungen des betreuten Wohnens für Senior*innen und Menschen mit
775 Behinderungen. Die Bewohner*innen und deren Angehörige wünschen sich mehr
776 Möglichkeiten, untereinander und miteinander kommunizieren zu können. Außerdem brauchen
777 Pflegeeinrichtungen viel mehr Unterstützung, um Arbeitsabläufe und Arbeitsorganisation zu
778 digitalisieren. Das kann Zeit sparen und das Personal entlasten, um mehr Freiraum für die
779 Betreuung zu haben.

780

781 In den kommenden Jahren werden mit uns Bewohner*innen von Einrichtungen in die Lage
782 versetzt, digitale Angebote wahrzunehmen. Pflegeeinrichtungen benötigen auch angesichts des
783 Fachkräftemangels einen Digitalisierungsschub.

784

785 Wir wollen

786 - dafür zunächst 8 Millionen Euro bereitstellen. Jede stationäre Pflegeeinrichtung hätte
787 somit einen fünfstelligen Betrag zur Verfügung. Weitere notwendige finanzielle Mittel

788 für die Umsetzung der Digitalisierung sind im nächsten Doppelhaushalt zu
789 berücksichtigen.

790

791 Ältere Menschen öffnen sich digitalen Angeboten, wenn ihnen geholfen wird. Beispiel: Wenn
792 eine 86-Jährige noch nie ein Smartphone in der Hand hielt, kann sie damit allein nicht viel
793 anfangen. Wenn ihr jedoch gezeigt wird, dass und wie sie tagesaktuelle Fotos und Videos ihrer
794 Lieben anschauen und direkt von Angesicht zu Angesicht kommunizieren kann, findet sie
795 schnell Begeisterung für neue Medien.

796

797 Rente

798 Arbeitsbiografien mit Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung und niedrige Löhne führen in
799 Mecklenburg-Vorpommern zu einer besorgniserregenden Entwicklung beim Thema Rente.
800 Altersarmut ist leider oft genug schon Realität, wird sich jedoch noch weiter ausbreiten.

801 Zwar wurden einige wenige Leistungsverbesserungen auf den Weg gebracht, doch an der
802 grundsätzlichen rentenpolitischen Weichenstellung seit 2001 hält die Bundesregierung fest.

803 Viele Entscheidungen der Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte haben zu einer
804 Aushöhlung des Rentensystems geführt. Zudem gibt es dreißig Jahre nach der deutschen
805 Einheit immer noch keine Gleichberechtigung bei der Rente in Ost und West.

806

807 Wir wollen,

808 - dass die Ostrenten endlich auf das Westniveau angeglichen werden - ohne die
809 Höherwertung, wegen immer noch niedrigerer Löhne im Osten, abzuschaffen.

810 - dass die Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung endlich beseitigt werden. Bei der
811 Rentenüberleitung gab es für zahlreiche Personengruppen aus der DDR keine oder
812 keine befriedigende Lösung. Beispielsweise erhalten diejenigen, die in der DDR
813 geschieden wurden, mit der Rentenüberleitung keinen rentenrechtlichen
814 Versorgungsausgleich, wie es in den alten Bundesländern üblich war. Diejenigen, die in
815 der DDR in Zusatzversorgungssysteme eingezahlt haben, erhalten ebenfalls keine
816 zusätzlichen, den Beitragszahlungen entsprechenden Rentenansprüche. Auch hier
817 muss Gerechtigkeit zwischen Ost und West hergestellt werden.

818

819 Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden. Das Sicherungsniveau muss wieder auf
820 mindestens 53 Prozent des bisherigen Durchschnittseinkommens angehoben werden und
821 Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen wieder paritätisch an der Finanzierung beteiligt werden.

822

823 Wir wollen

824 - flexible Übergänge vom Arbeitsleben in die Rente ab dem 65. Lebensjahr - alle
825 Anhebungen des Renteneintrittsalters sind Rentenkürzungen.

826 - einen würdevollen und die soziale Teilhabe sichernden Mindeststandard in der
827 gesetzlichen Rente. Deshalb setzen wir uns für eine solidarische Mindestrente von
828 1.200,- Euro netto ein.

829

830 Zur Finanzierung der gesetzlichen Rente müssen alle Erwerbseinkommen in die
831 Rentenversicherung eingehen – auch die von Selbständigen, Beamt*innen und Politiker*innen.
832 Die Beitragsbemessungsgrenze ist aufzuheben. Nicht zuletzt braucht es heute gute Arbeit mit
833 guten Löhnen, um die Einzahlung in die Rentenkassen zu gewährleisten.

834

835 Menschen in Not helfen

836 Der Anstieg weltweiter Krisenherde, Kriege, humanitäre und ökologische Katastrophen führen
837 dazu, dass Menschen aus allen Teilen der Welt zunehmend Aufnahme und Schutz in Europa
838 suchen. DIE LINKE. M-V steht aus humanitärer Verantwortung zum Grundrecht auf Asyl. Wir
839 treten für eine menschenwürdige Unterbringung, umfassende Unterstützung bei der
840 Integration, gesellschaftliche Teilhabe und Rechte, für selbstbestimmtes Leben ein.

841

842 Wir wollen

843 - dass die Leib und Leben gefährdende Abschiebep Praxis in Kriegs- und Krisengebiete
844 umgehend beendet wird. Besonders unbegleitete minderjährige Flüchtlinge genießen
845 unseren besonderen Schutz und Unterstützung. Die UN-Kinderrechtskonvention gilt
846 uneingeschränkt für alle Kinder und Jugendliche.

847

848 Integration ist gegenseitige Annäherung

849 Integration ist ein wechselseitiger Prozess der gesellschaftlichen Annäherung von
850 Aufnahmegesellschaft und Zugewanderten. Je zügiger die Integration erfolgt, desto schneller
851 können die Zugewanderten ein selbstbestimmtes, unabhängiges Leben inmitten unserer
852 Gesellschaft führen. Weltoffenheit und Willkommenskultur sind Voraussetzung, um den
853 Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, einen guten Start in M-V zu bieten. Gleichzeitig ist es
854 erforderlich, dass die Zuwanderer kulturelle Unterschiede zu ihren Herkunftsländern
855 akzeptieren.

856

857 Wir wollen

858 - die Integration als Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche begreifen und gestalten.
859 Dazu gehören die Beratung und Betreuung zur bestmöglichen Orientierung, der
860 sanktionsfreie Zugang zum Arbeitsmarkt einschließlich der umfassenden Anerkennung
861 von Berufsabschlüssen, die sprachliche Integration durch einen frühestmöglichen
862 Zugang zu Sprachkursen und die gezielte Förderung der Kinder und Jugendlichen in den
863 Kindertageseinrichtungen und Schulen, die Teilhabe an Kultur und Sport.

864

865 Dezentrale Unterbringung und Betreuung

866 DIE LINKE. M-V setzt sich für eine dezentrale Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge und
867 Zugewanderten ein. „Ausreisezentren“ lehnen wir ab, Erstaufnahmeeinrichtungen fernab
868 jeglicher Anbindung an das öffentliche Leben sind zu schließen.

869

870 Wir wollen

871 - die Kommunen bei der Sicherstellung von Wohnmöglichkeiten unterstützen, Strukturen
872 der Flüchtlingshilfe und migrantische Selbsthilfeorganisationen stärken. Menschen, die

873 sich in der Flüchtlingshilfe engagieren, bedürfen einer besonderen Unterstützung,
874 Anerkennung und Schutz vor Repressalien oder Bedrohungen durch ausländerfeindliche
875 und rechtsextreme Strukturen und Personen.

876
877

878 8. Demokratie und Vielfalt

879

880 Demokratie ist ein Staatsfundamentalprinzip der Bundesrepublik Deutschland. Alle
881 Staatsgewalt soll vom Volke ausgehen. Das Demokratieprinzip ist deshalb stets zu achten und
882 zu fördern. Für parlamentarische Verfahren bedeutet das zunächst die Herstellung einer
883 bestmöglichen Transparenz. Das Volk muss sich ein Bild von dem Handeln und den fachlichen
884 Fähigkeiten seiner gewählten Volksvertreter im Parlament und den dortigen Abläufen und
885 Geschehnissen machen können. Abgeschottete Prozesse untergraben das Vertrauen in die
886 Politik und fördern Politikverdrossenheit. Parlamentarische Verfahren müssen deshalb
887 weitestgehend öffentlich ablaufen. Aber auch die direktdemokratischen
888 Einwirkungsmöglichkeiten müssen gestärkt werden. Noch immer sind die Quoren für
889 Volksbegehren und Volksentscheide viel zu hoch. Realistisch bestehen kaum Erfolgchancen
890 für diese Elemente der direkten Demokratie. Obwohl Grundgesetz und Landesverfassung
891 Abstimmungen und Wahlen gleichberechtigt nebeneinanderstellen, sind die Hürden für aus
892 dem Volk heraus initiierte Gesetzgebungsverfahren unverhältnismäßig hoch.

893

894 Wir wollen

- 895 - mehr Transparenz bei parlamentarischen Verfahren, insbesondere grundsätzlich
- 896 öffentliche beratende Ausschüsse.
- 897 - die Quoren für Volksbegehren auf 70.000 Wahlberechtigte und für Volksentscheide auf
- 898 ein Fünftel der Wahlberechtigten absenken.

899

900 Rechtsextremismus und Rassismus bekämpfen

901 Rechtsextremismus und Rassismus sind eine wachsende Bedrohung für die gesamte
902 Gesellschaft. Die Hetze und Angriffe gegen Menschen, Institutionen sowie Gegenstände
903 werden immer aggressiver. Deshalb dürfen alle demokratischen Kräfte nicht nachlassen, dem
904 Rechtsextremismus gemeinsam die Stirn zu bieten.

905 Nationalistische, rassistische, homo- und xenophobe sowie andere menschenfeindliche
906 Einstellungen breiten sich weiter in unserer Gesellschaft aus. Gegenstrategien erfordern Zeit
907 und Geduld. In erster Linie müssen inklusive, integrative Angebote geschaffen werden, die ein
908 Miteinander in der Gesellschaft ermöglichen.

909

910 Wir wollen

- 911 - den „Handlungsrahmen Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“ für eine
- 912 wirksame Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen, rechtspopulistischen und
- 913 rassistischen Erscheinungen fortschreiben. Die Regionalzentren für demokratische
- 914 Kultur waren und sind für uns wichtige Kooperationspartner. Ihr Erhalt sowie ihre
- 915 personelle und finanzielle Stärkung sind für uns unverzichtbar.

916 - weiterhin alle Initiativen, Aktionsbündnisse und Netzwerke unterstützen, die sich für die
917 Stärkung der Zivilgesellschaft und für Demokratie und Toleranz einsetzen. Gemeinsam
918 mit ihnen wollen wir gegen Rechtsextremismus kämpfen und um die Unterstützung der
919 Bevölkerung werben.

920

921 Für DIE LINKE. M-V steht der Betroffenenenschutz, also Maßnahmen zur Vorbeugung von
922 Straftaten, ebenso wie die Begleitung der Betroffenen von Straftaten in rechtlicher,
923 psychologischer und sonstiger Hinsicht, an vorderster Stelle. Wir werden Netzwerke, in denen
924 sich Betroffene zusammenschließen, sowie ehrenamtliche Mitwirkung beim sogenannten
925 Täter-Opfer-Ausgleich und beim Opferschutz unterstützen.

926

927 Wir wollen

928 - LOBBI e.V., der Betroffenen nazistischer Gewalt seit Jahren unverzichtbare Hilfe leistet,
929 und die Regionalzentren für demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern
930 institutionell unterstützen. Dazu gehören eine Verstärkung der Förderung, mehr
931 Personalstellen und eine Erweiterung der Arbeitszeiten. Aussteiger*innen aus
932 rechtsextremistischen Kreisen werden wir unterstützen, indem diese von erfahrenen
933 Fachleuten, wie beispielsweise von EXIT-Deutschland, begleitet werden.

934

935 Lehren aus der Vergangenheit ziehen: Demokratie verteidigen

936 Eine demokratische Erinnerungskultur als Bestandteil der kulturellen und politischen Bildung
937 ist wesentlich für die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft. Die Auseinandersetzung mit und
938 das Gedenken an die Verbrechen der historischen Nazis und die Millionen Opfer in den Jahren
939 1933 bis 1945 darf nicht nachlassen. Dabei begreift DIE LINKE. M-V antifaschistische Kultur
940 als Befreiungskultur. Sie ist grundlegend im Kampf gegen alte und neue Nazi-Bestrebungen.

941

942 Wir wollen

943 - politische Bildung stärken und den Etat deutlich erhöhen und dynamisieren. Dabei
944 müssen sowohl die historischen Wurzeln als auch die aktuellen Entwicklungen
945 niedrigschwellig, altersgerecht und kontinuierlich aufgegriffen werden: für Kinder und
946 Jugendliche, für Mitarbeitende in Verwaltungen und für die breite Öffentlichkeit.
947 - die Verbrechen des NSU-Netzwerkes weiterhin konsequent aufklären und notwendige
948 Lehren daraus ziehen.

949

950 Demokratie und Digitalisierung

951 In M-V leben glücklicherweise viele Menschen, die sich informieren wollen, sich einbringen und
952 mitgestalten möchten. Die Zauberwörter heißen Beteiligung und Teilhabe am gesellschaftlichen
953 und politischen Leben. Doch wenn Busse und Bahnen nicht fahren, die Wege weit sind oder die
954 Möglichkeiten des Mitmachens aufgrund verschiedener Probleme eingeschränkt sind, wird das
955 Internet immer wichtiger. Vereine, Gewerkschaften, Initiativen und die Politik selbst stehen vor
956 der großen Herausforderung, online präsent zu sein, transparent zu handeln, leicht verständlich
957 zu informieren und ein Mitgestalten möglich zu machen. Ein gut ausgebautes Netz, leicht zu
958 handhabende und bekannte Online-Angebote und eine dafür notwendige Medienbildung fehlen.

959 Die Landesregierung unterstützt Kreise, Kommunen, Vertretungen und andere Akteure, ihre
960 Angebote und ihr Handeln online zu präsentieren und digitale Beteiligungsformate zu
961 entwickeln. Die Landesregierung muss auch als Lehre aus der Krise begreifen, dass
962 demokratische Beteiligung online möglich gemacht werden muss. Im Rahmen einer
963 Digitalisierungsstrategie für M-V wird ein Schwerpunkt im Bereich Demokratie und Beteiligung
964 gesetzt.

965

966 Wir wollen

967 - gute Förderprogramme, um alle Akteure dabei zu unterstützen, digitale Angebote
968 einzurichten, aufeinander abzustimmen, zu vernetzen und zielgruppenspezifisch
969 auszurichten. Auch die andauernde Betreuung dieser Angebote kostet Geld,
970 beispielsweise für Personal. Zeitgleich muss die Medienbildung im Land gestärkt
971 werden, die Expert*innen der Medienkompetenzförderung brauchen ein vom Land
972 finanziertes Fachkräfteprogramm.

973

974

975 9. Gleichstellung

976

977 Die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie die Gleichstellung von Menschen egal
978 welcher sexuellen Orientierungen oder welchen Geschlechts ist ein hoher Anspruch, für den es
979 sich zu kämpfen lohnt. Ihm liegt die Überzeugung der Gleichwertigkeit aller Menschen zu
980 Grunde. Ein zutiefst humanistischer Ansatz, der für uns Grundlage allen politischen Denkens
981 und Handelns darstellt. Gleichstellungspolitik muss in Mecklenburg-Vorpommern wieder ein
982 selbstständiger Politikbereich werden, denn Gleichstellung ist und bleibt eine
983 Querschnittsaufgabe.

984

985 Wir wollen

986 - ein Land, in dem alle Menschen gleichberechtigt zusammenleben und an den
987 demokratischen Entscheidungen beteiligt werden – unabhängig von ihren individuellen
988 Fähigkeiten, ihrer körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft und sozialen Stellung, ihrem
989 Geschlecht, Alter oder ihrer sexuellen Orientierung. Eine inklusive Gesellschaft, in der
990 niemand ausgegrenzt wird - dafür treten wir an.

991

992 Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben

993 Gleichstellung der Geschlechter ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss als solche
994 auch in allen politischen Bereichen mitgedacht und in die politischen Handlungen eingebunden
995 sein. Auch in unserem Wahlprogramm findet sich Gleichstellung in allen Themenfeldern wieder.
996 Wir setzen uns ein für gleiche Rechte, gleichen Lohn und Mitbestimmung für alle Menschen.
997 Familie ist zu oft noch allein Frauensache. Die Folgen sind Doppelbelastung, schlechter
998 bezahlte (Teilzeit-)Jobs, zu wenig Rente und Altersarmut. In Zeiten von Krisen werden Defizite
999 in der Gleichstellung noch weiter verstärkt, weshalb sie zügig und grundsätzlich zu beseitigen
1000 sind.

1001

1002 Wir wollen

1003 - den beruflichen Wiedereinstieg nach der Schwangerschaft erleichtern, das Recht auf
1004 Rückkehr in Teilzeit- oder Vollbeschäftigung und familienfreundlichere
1005 Arbeitsbedingungen im gesamten Land.

1006 - insbesondere im Kampf gegen Armut Alleinerziehende stärken und die Vereinbarkeit
1007 von Familie und Beruf in Mecklenburg-Vorpommern verbessern. Das heißt, wir wollen
1008 flexiblere Arbeitszeiten und Arbeitszeitmodelle, die Möglichkeit, Führungspositionen
1009 auch in Teilzeit auszuüben und mehr Homeoffice fördern.

1010

1011 Wir drängen darauf, die Akzeptanz für Vielfalt zu stärken und ausbauen. Unsere Gesellschaft
1012 bietet Platz für die unterschiedlichsten Lebensentwürfe und Liebesweisen. Es spielt keine Rolle,
1013 wie Menschen ihr Leben gestalten, ob in der klassischen oder gleichgeschlechtlichen Paar- und
1014 Elternbeziehung oder in einer Patchworkfamilie.

1015

1016 Gleichheit bedeutet Gleichwertigkeit. Landespolitik muss auch an dieser Stelle Vorreiterin sein.
1017 Die Rahmenpläne und Lehrbücher in den Schulen ist auf die Überwindung von Stereotypen zu
1018 überprüfen, Genderkompetenz wird fester Bestandteil der Lehrer*innen- und
1019 Erzieher*innenausbildung, verpflichtende Fortbildung zur Überwindung von Stereotypen mind.
1020 einmal alle zwei Jahre, Kitakonzepte sollen das Ziel der Überwindung von
1021 Geschlechterstereotypen beinhalten und für die Heterogenität der Gesellschaft sensibilisieren.
1022 Für die Umsetzung des Landesaktionsplans für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und
1023 geschlechtlicher Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern fordern wir die auskömmliche finanzielle
1024 Untersetzung im Landeshaushalt. Für den Haushalt generell fordern wir eine
1025 geschlechtergerechte Haushaltsaufstellung.

1026

1027 Wir wollen

1028 - ein ganzheitliches gleichstellungspolitisches Programm.

1029 - eine sichere und auskömmliche Finanzierung der Frauen- und Gleichstellungsarbeit
1030 unabhängig von Fördergeldern.

1031 - keine sexistische Werbung im öffentlichen Raum.

1032 - eine auskömmliche Finanzierung der Beratungsstellen für häusliche Gewalt und für
1033 Täterberatungsstellen, und zwar flächendeckend.

1034 - ein Förderprogramm für barrierefreie Frauenschutzhäuser.

1035

1036 Ein gesonderter Absatz zur queeren Thematik ist für den Landesparteitag als Ergänzungsantrag
1037 angekündigt.

1038

1039

1040 10. Inklusives Gesellschaft

1041

1042 Selbstbestimmt leben in einem inklusiven Land

1043 Nach unserem politischen Verständnis ist Inklusion kein Sonderthema. Wir verstehen Inklusion
1044 als einen tiefgreifenden Prozess zum Abbau von gesellschaftlichen Ungleichheiten, der sich auf

1045 all die Menschen bezieht, die von Teilhabe ausgeschlossen und an den Rand der Gesellschaft
1046 gedrängt werden - Menschen mit Behinderungen, alte Menschen, Geflüchtete, Menschen mit
1047 anderen Glaubensbekenntnissen und viele mehr. Inklusion ist ein Menschenrecht, das
1048 Gegenteil zu Ausgrenzung und Diskriminierung. Sie eröffnet allen Menschen die Möglichkeit,
1049 überall im politischen, sozialen und kulturellen Leben nicht nur dabei zu sein, sondern es
1050 selbstbestimmt aktiv mitgestalten zu können.

1051
1052 Für Menschen mit Behinderungen gibt es besonders viele Diskriminierungen und strukturelle
1053 Zugangsbeschränkungen - auf dem Arbeitsmarkt, im Sozialraum, im Verkehr, in der Bildung
1054 sowie in der ehrenamtlichen und politischen Tätigkeit. Das wollen wir ändern und
1055 Doppelstrukturen in Bildung, Arbeit und Wohnen auflösen. DIE LINKE. M-V tritt für eine volle
1056 und wirksame Teilhabe aller Menschen mit Behinderungen ein. Grundvoraussetzung dafür ist
1057 die Schaffung von Barrierefreiheit – in baulicher, kommunikativer und struktureller Hinsicht.

1058
1059 Wir wollen

- 1060 - Barrierefreiheit, sowohl für den öffentlichen als auch den privatwirtschaftlichen
1061 Bereich als bindende Verpflichtung, wie es die abschließenden Bemerkungen des UN-
1062 Fachausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen fordern.
- 1063 - öffentliche Investitionen und Fördergelder zukünftig an das Kriterium der
1064 Barrierefreiheit binden. Barrierefreiheit muss zum Beispiel ein Zulassungskriterium bei
1065 Arztpraxen und medizinischen Einrichtungen sein. Umbaumaßnahmen müssen
1066 gefördert werden. Die gesundheitliche und pflegerische Betreuung muss wohnort- und
1067 patientennah sichergestellt und zur kommunalen Pflichtaufgabe gemacht werden.

1068
1069 Die vergangenen Monate in der Corona-Pandemie haben deutlich gezeigt: Das Bemühen um
1070 den Schutz der Menschen darf nicht zu deren Isolation führen. Wir brauchen eine verbindliche
1071 finanzielle Basisausstattung, aber auch das Bewusstsein darüber, dass Menschen - unabhängig
1072 von ihrem Alter und ihrer körperlichen und psychischen Verfassung - mitten in die Gesellschaft
1073 gehören. Solidarität schließt alle Menschen ein.

1074
1075 Wir werden nicht ruhen, bis unser Land das Recht aller Menschen auf Erziehung, Bildung und
1076 lebenslanges Lernen in einem inklusiven Bildungssystem auf allen Ebenen garantiert. Auf
1077 diesem Weg sind schrittweise Rahmenbedingungen für eine inklusive Arbeitswelt für alle
1078 Beschäftigten zu schaffen, getreu dem Grundsatz: »so wenig Sonderarbeitswelten wie möglich
1079 und so regulär wie möglich«. Werkstätten für Menschen mit Behinderungen müssen so, Stück
1080 für Stück, überflüssig werden.

1081
1082 Wir wollen

- 1083 - öffentliche Aufträge verstärkt an Betriebe mit einem hohen Schwerbehindertenanteil,
1084 an Integrationsunternehmen und Betriebe mit Integrationsabteilungen vergeben.
- 1085 - inklusive kommunale Wohnangebote entwickeln, die den individuellen Bedürfnissen der
1086 Menschen entsprechen. Das schließt ein, dass ältere und behinderte Menschen so

1087 lange wie gewünscht in ihrer eigenen Wohnung und im gewohnten Wohnumfeld bleiben
1088 können.

1089 - Mehrgenerationenhäusern fördern. Wir streiten für eine solidarische Gesellschaft, in der
1090 Menschen in Würde altern können.

1091

1092 Die Bundesrepublik Deutschland hat die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert und sich
1093 damit zur Einhaltung der Rechte von Menschen mit Behinderungen verpflichtet. Artikel 33
1094 Absatz 2 dieser Konvention fordert die unterzeichnenden Staaten auf, eine unabhängige Stelle
1095 einzurichten, die die Umsetzung der Konvention im eigenen Land kritisch begleitet.

1096

1097 Wir wollen,

1098 - dass das Land eine Monitoringstelle in Kooperation mit dem Deutschen Institut für
1099 Menschenrechte e. V. aufbaut. Diese Stelle soll auch prüfen, wie es um die Umsetzung
1100 der Konvention in unserem Land bestellt ist, welche positiven Ergebnisse bereits
1101 erreicht wurden und was es noch zu verbessern gilt.

1102

1103

1104 11. Digitalisierung

1105

1106 Corona - Und dann ein K(I)ickstart?!

1107 Die Corona-Krise bewies uns, wie wichtig digitale Technologien sind. Menschen bleiben in
1108 Kontakt, sie arbeiten zu Hause, organisieren Hilfen, verkaufen ihre Produkte online, verwalten
1109 behördliche Vorgänge, entwickeln neue Geschäftsmodelle und und und... Manche sprechen
1110 von einer Zwangsdigitalisierung, doch eben dieser Prozess ermöglicht einen Erkenntnisgewinn:
1111 Plötzlich werden Lücken im digitalen Netz ernstgenommen, Trödeleien der letzten Jahre bitter
1112 bereut. Die digitale Verwaltung, die Schule am Netz und das Lernen zu Hause, das digitale
1113 Geschäft - wären wir weiter, gäbe es weniger Kummer. Ob Universität, Schule, Business oder
1114 Behörde - nie zuvor wäre es wichtiger gewesen, überall eine funktionierende digitale
1115 Infrastruktur zu haben. Nun gibt es auch herausragende Musterbeispiele, die jetzt die Mühen
1116 der letzten Jahre ernten. Wer digital gut aufgestellt ist, kommt sicherer durch die Krise. Was
1117 wird uns diese Zeit, in der wir persönlich noch häufiger auf Bildschirme schauen, nun bringen?
1118 Wir hoffen, an einigen Stellen bleibt die Einsicht, schnell mehr tun zu müssen, um digital stark
1119 aufgestellt zu sein. Ein Beispiel: Es ist tragisch genug, wenn nun viele Menschen ALG II,
1120 Wohngeld oder die Wirtschaftshilfen beantragen müssen. Umso wichtiger ist eine schnelle und
1121 unbürokratische Antragstellung - online natürlich. In der Not dieser Tage mussten sich viele
1122 Behörden zügig umstellen.

1123

1124 Digitalisierungsstrategie

1125 Nur wer eine Strategie hat, kann Schwerpunkte setzen, Ziele definieren und öffentliche Mittel
1126 sinnvoll einsetzen. Von allem ein bisschen kann nicht richtig sein. Doch die Landesregierung
1127 hat mit der Digitalen Agenda M-V einen Maßnahmenplan vorgelegt, der eine Vielzahl an
1128 Einzelmaßnahmen enthält. Diese reichen vom Aufbau von öffentlichen WLAN-Hotspots, über
1129 eine Kinderschutz-App, der Einführung von digitalen Audioguides für Schlossgärten des Landes

1130 oder der Implementierung des Telenotarztes in Greifswald. So unterstützenswert diese
1131 Einzelprojekte sind, ist die digitale Agenda aber von einer tatsächlichen
1132 Digitalisierungsstrategie meilenweit entfernt.

1133

1134 Wir wollen

1135 - eine Strategie „Digitales M-V“. Diese ist mit der Wirtschaft, Wissenschaft und den
1136 Gewerkschaften zu erarbeiten.

1137

1138 Der neue Landtag muss entscheiden, wie eine Strategie erarbeitet wird und welche
1139 Schwerpunkte sie setzen muss. Und da es schnell gehen muss, wäre es sinnvoll, wenn das
1140 federführende Ministerium bereits existierende Gremien und weitere Akteure verbindet, um
1141 eine Strategie zu entwerfen. Eine Strategie, die kurz- und mittelfristige Ziele,
1142 Umsetzungsschritte, Zuständigkeiten, Zeithorizonte und Finanzierungsquellen für die
1143 Schwerpunktthemen der Digitalisierung beinhaltet. Für uns sind die Bereiche Bildung, Arbeit
1144 und Wirtschaft sowie die Digitalisierung der Verwaltung die Schwerpunkte der kommenden
1145 Jahre.

1146

1147 Breitbandausbau

1148 Die Wirtschaft sehnt sich nach schnellem Netz, die Einwohner*innen wollen nicht nur Netflix
1149 schauen oder online Spiele spielen, nein, sie wollen ihre Behördengänge erledigen, ihre Kinder
1150 bestens unterrichtet wissen und natürlich geht es auch darum, am Leben teilnehmen zu
1151 können. Die Anwendungen werden komplexer und die Datenmengen, die täglich durch die
1152 Leitungen gehen, werden Jahr für Jahr größer. Doch alles hat eine Grundvoraussetzung: Eine
1153 gute Internetleitung. Während die Bevölkerung in den größeren Städten die Wahl zwischen den
1154 Anbietern hat und sich eine Gigabit-Leitung gönnen kann, warten viele Menschen im ländlichen
1155 Raum bislang vergebens darauf. Schnelles Internet zur Daseinsvorsorge. Mecklenburg-
1156 Vorpommern hat 925 Millionen Bundesmittel für den Breitbandausbau erhalten. Mehr als 800
1157 Millionen Euro will das Land nochmals zur Kofinanzierung der Mittel einsetzen. Das sind in der
1158 Tat beeindruckende Zahlen. Allerdings geht der Ausbau nach wie vor schleppend voran.

1159

1160 Wir wollen

1161 - mehr Tempo beim Ausbau! Bis 2025 muss der Glasfaserausbau in M-V abgeschlossen
1162 sein. Bis dahin braucht es Lösungen für den ländlichen Raum.

1163

1164 Wie es gehen kann: Bundes- und Landesmittel müssen vollständig eingesetzt werden.
1165 Außerdem hat das eine Gesellschaft gegründet, die das Aufstellen eigener Funkmasten
1166 vorbereitet. Dafür benötigt man Grundstücke, die schnellstmöglich gefunden werden müssen.
1167 Aktuell müssten interessierte Kommunen selbst tätig werden und Anträge beim Bund stellen,
1168 um auf Grundlage der Planungen des Landes Funkmasten zu errichten. Zudem müssen die
1169 Kommunen auch die notwendige Beteiligung der Einwohner*innen sicherstellen. Doch auch
1170 das Land muss seinen Beitrag leisten, damit die Akzeptanz vor Ort geschaffen wird und
1171 finanzielle Hilfen bereitstehen.

1172

1173 Freifunk

1174 Freifunk-Initiativen sind in der Lage, einen Beitrag für die Gewährleistung einer
1175 Internetgrundversorgung zu leisten. Durch ehrenamtliche Arbeit werden kostenfreie und
1176 anonyme WLAN-Netzwerke (Hotspots) für die Einwohner*innen geschaffen. DIE LINKE
1177 unterstützt die Schaffung nicht kommerzieller und sicherer WLAN-Netzwerke.

1178 Seitens der Landesregierung fehlt die passende Förderung. Freifunkprojekte in landeseigenen
1179 öffentlichen Einrichtungen werden nicht in Erwägung gezogen. Kreise und Kommunen werden
1180 nicht über die Vorteile aufgeklärt.

1181

1182 Eine passende Förderung muss gefunden und die kommunale Ebene über die Vorteile
1183 aufgeklärt werden.

1184

1185 Wir wollen

1186 - die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, damit auch geeignete landeseigene
1187 Gebäude Freifunk nutzen können. Kreise und Kommunen sollen mit Hilfe des Städte-
1188 und Gemeindetages beraten und zum Mitmachen aufgerufen werden. Eine Kampagne
1189 zur Bewerbung entsprechender Initiativen kann helfen, Freifunker*innen bekannter zu
1190 machen und zur Teilnahme anzuregen. Förderprogramme für Projekte mit höheren
1191 Kosten und Sicherheitsstandards sind bereitzustellen.

1192

1193 E-Government

1194 Amtliche Anliegen digital von überall erledigen können, spart Zeit und Nerven. Angesichts der
1195 wenigen digitalisierten Strukturen von Verwaltung, Behörden und Ämtern klingt das jedoch
1196 nach Zukunftsmusik. Vor allem wenn man weiß, dass es etwa 6000 Verwaltungsleistungen gibt,
1197 die es dafür digitalisiert werden müssen. Derzeit ist es meist nur möglich, auf der Internetseite
1198 der Kommune das benötigte Formular in digitaler Form zu finden, zu downloaden und eventuell
1199 noch die Möglichkeit dieses zu bearbeiten. Spätestens am Unterschriftsfeld oder dem Bezahlen
1200 scheitert der digitale Traum bislang.

1201 Die Formulare müssen in ausgedruckter Form per Hand unterschrieben und dann über den Weg
1202 der Post oder mit persönlicher Erscheinung im Amt ankommen.

1203 Alle Verwaltungsdienstleistungen für die Bürger*innen werden digitalisiert und sollen
1204 größtenteils online abgewickelt werden können.

1205

1206 Das „MV-Serviceportal“ wurde bereits errichtet. Jetzt muss es schnell ausgebaut werden, damit
1207 dort alle Verwaltungsdienstleistungen online abgewickelt werden können. Der größte Teil der
1208 Verwaltungsdienstleistungen wird in den Kommunen umgesetzt. Die erste Aufgabe ist es, dass
1209 die bestehenden Verwaltungsabläufe nochmals optimiert werden. Denn ineffektive analoge
1210 Abläufe lediglich zu digitalisieren bringt keinen Fortschritt. Klar ist, dass die Digitalisierung der
1211 Verwaltung erhebliche Kosten verursachen wird.

1212

1213 Wir wollen

1214 - ein kommunales Investitionsprogramm unter anderem für eine einheitliche und neue
1215 Hard- und Software. Die Mitarbeiter*innen müssen bei der Digitalisierung

1216 mitgenommen werden. Hier braucht es Schulungs- und Fortbildungsangebote, um das
1217 Verwaltungspersonal fit für die neuen Prozesse zu machen und den Vorteil der
1218 Digitalisierung zu verdeutlichen.

1219

1220 Öffentliche WLAN-Netzwerke

1221 Neben einer schnellen Internetverbindung in den eigenen vier Wänden nimmt öffentliches
1222 WLAN eine immer größere Bedeutung im Alltag ein. An öffentlichen WLAN-Hotspots für
1223 Einwohner*innen oder auch Besucher*innen mangelt es an allen Ecken und Enden. Der Ausbau
1224 von öffentlichen WLAN-Hotspots in touristischen Hochburgen nimmt nur langsam Fahrt auf.
1225 Beim Ausbau in öffentlichen Gebäuden tut sich zu wenig. Gerade in öffentlichen Gebäuden des
1226 Landes, aber auch der Kommunen, die oft auch in den Stadtzentren gelegen sind, ist es sinnvoll
1227 freie WLAN-Netzwerke als öffentliche Daseinsvorsorge einer digitalen Infrastruktur anzubieten.

1228

1229 Wir wollen

1230 - öffentliche Gebäude mit Publikumsverkehr, touristische Hochburgen und sehr belebte
1231 Plätze bis 2023 mit WLAN-Hotspots ausstatten.

1232

1233 Es muss Gang und Gäbe sein, kostenlosen Zugang bei innerstädtischen weit verbreiteten
1234 Netzwerken anzubieten. Hotspots finden sich in öffentlichen Gebäuden, in Einkaufsmeilen, bei
1235 Sehenswürdigkeiten, in Kulturstätten, an Haltestellen und in Bus und Bahn. Ob einfach nur im
1236 Netz surfen, online mit Freunden chatten, flexibel nach aktuellen Veranstaltungen und
1237 Informationen schauen oder nach der nächsten Zugverbindung suchen – es ist
1238 selbstverständlich dies überall und kostenfrei zu erledigen. Unser Anspruch ist es, vor Ort
1239 öffentliche WLAN-Netzwerke kostenfrei und flächendeckend als Standard zu etablieren. Es ist
1240 notwendig eine Analyse vorzunehmen, wo die Einrichtung von öffentlichen WLAN-Hotspots
1241 sinnvoll ist. Nachdem klar ist, welche Gebäude oder Orte für das Angebot von öffentlichen
1242 WLAN-Hotspots geeignet sind, muss ein Landesprogramm auf den Weg gebracht werden, um
1243 das notwendige Geld für die Errichtung bereit zu stellen.

1244

1245

1246 12. Klima, Energie und Verkehr

1247

1248 Alle reden über das Klima - wir reden über Klimagerechtigkeit

1249 Klimawandel hat es immer gegeben. Über Zehntausende von Jahren hat sich die Temperatur
1250 auf der Erde um wenige Grad erhöht. Das Problem besteht in der Geschwindigkeit der aktuellen
1251 Veränderungen. Innerhalb von 100 Jahren ist die Temperatur um 1,5 Grad gestiegen. Die
1252 Auswirkungen treffen international und auch bei uns vor allem diejenigen, die am wenigsten
1253 Schuld daran haben bzw. nur wenige Möglichkeiten haben, ihr Leben klimagerecht zu gestalten.
1254 Das Klima und die Umwelt zu schützen, gehört zu den Schlüsselfragen für die Zukunft der
1255 Menschheit. Wir wollen mehr, wir wollen Klimagerechtigkeit. Bisher tragen die Privathaushalte
1256 sowie die kleineren und mittleren Unternehmen die Hauptlast der Kosten, während die große
1257 Industrie viele Möglichkeiten hat, sich davon zu befreien. DIE LINKE. M-V will die soziale
1258 Ausgestaltung der Energiewende.

1259
1260
1261
1262
1263
1264
1265
1266
1267
1268
1269
1270
1271
1272
1273
1274
1275
1276
1277
1278
1279
1280
1281
1282
1283
1284
1285
1286
1287
1288
1289
1290
1291
1292
1293
1294
1295
1296
1297
1298
1299
1300
1301

Wir wollen

- ein Klimaschutzgesetz, das konkrete Ziele festlegt: für den Ausstieg aus der atomaren und fossilen Energiewirtschaft, die Verkehrswende weg vom motorisierten Individualverkehr hin zum Ausbau von Bus und Bahn, die Wärmeversorgung mit erneuerbaren Quellen sowie klimagerechtes Bauen und Wohnen, die Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft. Die damit verbundenen Lasten müssen solidarisch verteilt werden.
- die Ausweisung von Windeignungsgebieten schnellstens abschließen, ohne die Beteiligung der Öffentlichkeit einzuschränken.
- eine Offensive für Photovoltaik auf Dachflächen, zuerst der öffentlichen Gebäude aller Ebenen.
- ein Gesetz zur solidarischen Finanzierung der Netzentgelte.
- die konsequente Umsetzung des Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetzes, um Gemeinden wieder handlungsfähig zu machen.
- Stromsperrern verbieten.
- auf Bundesebene die meisten Industrierabatte abschaffen, die Stromsteuer senken, die EEG-Umlage dauerhaft auf zwei Cent begrenzen, um den Strompreis dauerhaft zu senken.
- Wasserstoff aus erneuerbaren Quellen zu einem Zukunftsfeld für Mecklenburg-Vorpommern machen. Für Industrie und Gesellschaft, für die Wärmeversorgung und als Treibstoff bietet er enorme Chancen. Auch bei der Herstellung kann Mecklenburg-Vorpommern eine wichtige Rolle einnehmen. Dadurch entstehen wirtschaftliche Möglichkeiten, die zwingend genutzt werden sollten.

Wohin – Woher? Mobilität Für Alle ist machbar!

Ohne umweltfreundliche Verkehrswende sind Klimaschutzziele nicht zu erreichen. Vor allem aber ist Mobilität ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge und für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Mecklenburg-Vorpommern unverzichtbar. Wie komme ich kostengünstig in angemessener Zeit von A nach B, ist für viele Menschen im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern eine der wichtigsten Alltagsfragen.

Wir wollen,

- dass alle Dörfer und Städte in unserem Land gut zu erreichen sind. Für DIE LINKE. M-V haben dabei der Öffentliche Personenverkehr sowie die Einbindung des Rad- und Fußgängerverkehrs oberste Priorität. Man muss auch ohne eigenes Auto am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Dafür brauchen wir ein neues Mobilitätsgesetz, das den Verkehrssektor am Bedarf der Menschen ausrichtet und nicht nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten organisiert.

1302 Wir wollen

- 1303 - ein Netz des öffentlichen Personenverkehrs, das alle Landesteile erreicht und verbindet
- 1304 - mit der Bahn als Rückgrat, verknüpft mit Bus, Rufbus und Fahrrad.
- 1305 - ein Netz möglichst im Stundentakt, höchstens in den Randzeiten zweistündlich mit
- 1306 abgestimmten Fahrplänen.
- 1307 - jedes Dorf an dieses Netz anbinden.
- 1308 - mit einer Fahrkarte durchs ganze Land und brauchen dafür ein einfaches Tarif-,
- 1309 Auskunfts- und Fahrscheinsystem.
- 1310 - einen Landesverkehrsverbund, indem alle Partner kooperieren und unkompliziertes
- 1311 Umsteigen von einem Verkehrsmittel in ein anderes ermöglichen.
- 1312 - mehr Möglichkeiten der Fahrradmitnahme in Bussen und Bahnen.

1313

1314 Die Infrastruktur des Nahverkehrs muss diesen Anforderungen gemäß ausgebaut und
1315 angepasst werden.

1316

1317 Wir wollen

- 1318 - die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken für den Personen- und den Güterverkehr.
- 1319 - dass die Südbahn wieder durchgängig und regulär in Landesverantwortung fährt.
- 1320 - dass die nächsten Schritte zum Wiederaufbau der Darßbahn folgen.
- 1321 - die Südanbindung der Insel Usedom, wenn der Verkehrsinfarkt verhindert werden soll
- 1322 - die Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan ist unser Ziel.
- 1323 - dass die Bahnverbindung von Meyenburg bis Güstrow in Zusammenarbeit mit dem Land
- 1324 Brandenburg wieder aufgenommen wird. Sie ist auch geeignet als Teststrecke für
- 1325 innovative Zugantriebe.
- 1326 - uns weiterhin für eine gesetzlich verankerte Grundversorgung im Bahnfernverkehr
- 1327 einsetzen.

1328

1329 Radfahrer und Fußgänger sollen, ihrem Anteil am Verkehr entsprechend, gleichberechtigt mit
1330 den Autofahrern betrachtet werden. Verkehrsplanung muss deshalb die Belange der
1331 schwächeren Verkehrsteilnehmer stärker als bisher berücksichtigen. Der sonstige ÖPNV und
1332 Radverkehr müssen zur Pflichtaufgabe der Kommunen werden.

1333

1334 Wir wollen

- 1335 - ein landesweites Radnetz, das alle für das Rad geeigneten Wege und Straßen einbezieht
- 1336 und im Alltag sowie für zunehmende touristische Zwecke durchgängig und sicher
- 1337 nutzbar ist.
- 1338 - den Radwegbau landesweit koordinieren und am Zielnetz orientieren.
- 1339 - Rad- und Fußverkehr mit einem eigenen Referat im Verkehrsministerium in eine
- 1340 gleichberechtigte Position zum Autoverkehr bringen.
- 1341 - das Lückenschlussprogramm an Landesstraßen strategisch fortsetzen und ein
- 1342 Erhaltungsprogramm für Radfernwege verstetigen.
- 1343 - Radwege einheitlich und lückenlos beschildern.

- 1344 - Radabstellanlagen und Ladestationen für E-Bikes an Knotenpunkten errichten, um auch
1345 das Umsteigen in Bahn und Bus zu erleichtern, reale Informationen über das
1346 Radinfrastrukturnetz und dessen Zustand erfassen und auch online darstellen.
1347 - Austausch und Zusammenarbeit aller Ebenen zur Stärkung des Radverkehrs befördern.
1348

1349 Kostenfreier ÖPNV

1350 DIE LINKE. M-V will schrittweise den kostenfreien ÖPNV für alle erreichen. Zuerst sollen Kinder
1351 und Jugendliche freie Fahrt im Nahverkehr jederzeit und landesweit haben - in Schule,
1352 Ausbildung und Studium. Bundesfreiwilligendienstleistende und Teilnehmer*innen am
1353 Freiwilligen Ökologischen Jahr oder Freiwilligen Sozialen Jahr sollen ebenfalls davon profitieren.
1354 Danach müssen schrittweise andere Gruppen, wie Empfänger von Hartz IV, Grundsicherung
1355 und Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz von den Kosten befreit werden.
1356

1357 Ein solcher Ausbau des Öffentlichen Personenverkehrs kostet viel Geld. Wir sind uns bewusst,
1358 dass er deshalb nur schrittweise zu bewältigen ist. Obwohl Bund, Land und kommunale Ebene
1359 zusammen auch in unserem Land viel Geld für den Verkehrssektor aufbringen, ist das Ergebnis
1360 dürftig. In vielen Landesteilen ist öffentlicher Nahverkehr so unzureichend, dass ein Umsteigen
1361 vom Auto derzeit nicht möglich ist.
1362

1363 Wir wollen

- 1364 - die Kompetenzgrenzen für einzelne Sparten im Interesse von Synergien und größerer
1365 Effektivität des öffentlichen Verkehrs überwinden.
1366 - Bundesmittel für den Regionalbahnverkehr vollständig und zügig zur
1367 Angebotsverbesserung einsetzen.
1368 - Projekte für Infrastrukturverbesserungen eine Chance auf Förderung durch das
1369 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz des Bundes geben.
1370 - zu allererst den Finanzbedarf für den erforderlichen Ausbau des Nahverkehrs ermitteln
1371 und Ziele zur Umsetzung ableiten.
1372

1373

1374 13. Landwirtschaft, Umwelt und Naturschutz

1375

1376 Zufriedene Gesichter gibt es in der Landwirtschaft sehr wenige. Die Erzeuger fühlen sich
1377 gegängelt und zurückgesetzt. Die Erlöse für ihre Produkte sind unzureichend. Die Lage vieler
1378 Betriebe ist existenzbedrohend. Gleichzeitig reagieren die Landwirte oft auf Forderungen der
1379 Gesellschaft mit Ablehnung. Natur- und Tierschützer üben laut Kritik. Oft gerechtfertigt, aber
1380 andererseits auch fachlich falsch und sehr einseitig. Der Handel spielt seine Übermacht
1381 gnadenlos aus.

1382 Die gegenwärtige Weltagrarmarktorientierung zerstört Mensch und Natur. Die Agrarpolitik in
1383 der EU und in Deutschland reduziert die Landwirtschaft auf möglichst billige
1384 Warenproduktion.
1385

1386 Zeit für Veränderungen.

1387
1388 Für eine nachhaltige Landbewirtschaftung
1389
1390 DIE LINKE steht für Nachhaltigkeit in der Einheit von Ökonomie, Ökologie und Sozialem.
1391 Nachhaltige Landwirtschaft definiert sich vorrangig an gerechter Bodenpolitik, weiterer
1392 Ökologisierung der Wirtschaftsweise für Umwelt und Klima und mehr Tierschutz sowie
1393 Tierwohl. Sicherheit und Planbarkeit für landwirtschaftliche Betriebe. Gute Arbeit und gute
1394 Einkommen und gute Löhne für Betriebe und Beschäftigte.
1395
1396 Die Landwirtschaft prägt in besonderem Maße unser Land. Dabei muss ein konfliktarmes
1397 Neben- und Miteinander aller Produktionsformen ermöglicht werden. DIE LINKE will eine
1398 Landwirtschaft, deren Strukturen die Umwelt nicht überfordern.
1399
1400 Die Agrarwirtschaft des Landes ist die Basis für die Herstellung gesunder Nahrungsmittel,
1401 dient dem Umwelt- und Klimaschutz, der Pflege der Kulturlandschaft und sichert mit ihrer
1402 Vielfältigkeit das Einkommen der Landwirte und der in der Landwirtschaft Beschäftigten.
1403 Regionalität und Wertschöpfung vor Ort und Kreisläufe sind auszubauen. Die Möglichkeit der
1404 Erzeugung erneuerbarer Energien zur dezentralen Versorgung werden ausgebaut. Landwirte
1405 tragen eine hohe Verantwortung für den Schutz der Ressourcen Boden, Wasser und Luft.
1406
1407 DIE LINKE will entsprechend den natürlichen und ökonomischen Bedingungen eine
1408 Ausweitung des ökologischen Landbaus.
1409 Wir wollen eine bodengebundene Tierhaltung, die die regionalen Besonderheiten
1410 berücksichtigt und nicht ausschließlich auf Profit orientiert ist.
1411
1412 Das Eigentum an landwirtschaftlicher Nutzfläche darf nicht Gegenstand von Spekulationen
1413 sein. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass vor allem ortsansässigen Landwirten der Zugang zu
1414 Pacht und Eigentumsflächen zu bezahlbaren Preisen langfristig ermöglicht wird. Der Boden
1415 soll in die Hände derer, die ihn bewirtschaften und von den Erträgen leben wollen.
1416
1417 DIE LINKE. M-V setzt sich für einen Wechsel zu einem kooperativen Wirtschaftssystem mit
1418 regionaler Produktion, Verarbeitung und Vermarktung sowie Sicherung des Zugangs zum
1419 Boden für ortsansässige Agrarbetriebe ein.
1420
1421 Bei der Nachwuchsförderung, Fachkräftesicherung und Betriebsnachfolge fordert DIE LINKE
1422 mehr Unterstützung durch das Land. Außerdem müssen gerade in einem landwirtschaftlich
1423 geprägten Land wie Mecklenburg-Vorpommern auch die Lehr- und Forschungskapazitäten im
1424 anwendungsorientierten Agrar- und Umweltbereich erhalten und ausgebaut werden.
1425
1426 Wir wollen
1427
1428 Für sozialökologische Fördermaßnahmen
1429 - Betriebe, die zusätzliche ökologische oder andere gesellschaftlich erwünschte
1430 Leistungen erbringen. Betriebe mit einer strukturbedingten hohen
1431 Beschäftigungsquote müssen besonders gefördert werden.

- 1432 - dass das Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) bei Stallneubauten auf besonders
- 1433 tiergerechten Neu- und Umbau von Ställen beschränkt wird.
- 1434 - dass die Förderung von Technik für umweltgerechte Produktionsweisen aufgestockt
- 1435 wird. Beispielsweise Technik zur Ausbringung von Wirtschaftsdüngern oder für die
- 1436 mechanische Unkrautregulierung.
- 1437 - Die Auflage eines Programmes für die Vermarktung und Weiterverarbeitung von
- 1438 Produkten regional durch die landwirtschaftlichen Betriebe. Dabei soll die
- 1439 Verringerung der Diskrepanzen zwischen Erzeuger und Verbraucher mit im Fokus
- 1440 stehen.
- 1441 - Weidetierprämie.
- 1442 - konsequenten Herdenschutz für Weidetiere.

1443

1444 Für eine nachhaltige und regionale landwirtschaftliche Produktion

1445

- 1446 - Eintrag von Nährstoffen in die Umwelt schrittweise senken. Das Land bietet Beratung
- 1447 und Hilfestellung bei der Durchsetzung der neuen Düngeverordnung an. Das
- 1448 Messstellensysteme zur Erfassung der Einträge wird erweitert und folgt fachlichen
- 1449 Grundsätzen.
- 1450 - restriktiver Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Fokus auf Ernährungssicherheit und
- 1451 nicht auf betrieblichen Gewinn.
- 1452 - Maßnahmen gegen Bodenverdichtung.
- 1453 - Bodenhumus aufbauen.
- 1454 - Moorschutz und Renaturierung.
- 1455 - Anlegen von Hecken
- 1456 - Anbau einheimischer Eiweißpflanzen als Ersatz von Soja
- 1457 - Die Festlegung von Bestandsgrößen für die Nutztierhaltung orientiert sich an der zur
- 1458 Verfügung stehenden Fläche für die Futterbereitstellung und die Verwertung der
- 1459 Wirtschaftsdünger. Weit entfernte liegende Flächen von den Stallanlagen werden nicht
- 1460 berücksichtigt.
- 1461 - Verringerung Medikamenteneinsatz in der Tierhaltung
- 1462 - Zucht auf Robustheit
- 1463 - Begrenzung von Transportzeiten für lebende Nutztiere
- 1464 - Erarbeitung von generellen Obergrenzen in der Tierhaltung, um Überbeanspruchung
- 1465 der Dörfer zu reduzieren.
- 1466 - Ein Mitspracherecht der regionalen Bevölkerung und ihrer kommunalen Vertretungen
- 1467 ist bei Standortentscheidungen zu sichern.
- 1468 - Prüf- und Zulassungsverfahren für Haltungssysteme, Betäubungseinrichtungen beim
- 1469 Schlachten und Transporte für alle Nutztiere („Tierschutz-TÜV“) schaffen.
- 1470 - DIE LINKE will eine Änderung des Tierschutzgesetzes, um Eingriffe bei Tieren zur
- 1471 Anpassung an Haltungsbedingungen zu verbieten.

1472

1473 Für eine gerechte Bodenpolitik

1474

- 1475 - Änderung des Grundstücksverkehrsgesetzes und des Reichssiedlungsgesetzes des
- 1476 Bundes.

- 1477 - Wir wollen die Übernahme der ehemaligen volkseigenen landwirtschaftlichen
1478 Nutzflächen von der bundeseigenen Bodenverwertungs- und -verwaltung GmbH
1479 (BVVG) in Landeseigentum. Damit wollen wir die langfristige Verpachtung an
1480 nachhaltig produzierende Landwirte durchsetzen. Die Verpachungskriterien für
1481 landeseigene Agrarflächen sollen noch enger an Vorgaben für eine nachhaltige
1482 Wirtschaftsweise gebunden werden.
- 1483 - Verringerung von Versiegelung landwirtschaftlicher Nutzflächen.
- 1484 - Wir wollen ein Agrarstrukturgesetz für M-V auf den Weg bringen, das den Verkauf von
1485 Ackerland an nichtlandwirtschaftliche Investoren verhindert und ortsansässigen
1486 Landwirt*innen und Betrieben den Zugang zu Boden ermöglicht.
- 1487 - Wir wollen eine Änderung der Grunderwerbssteuer zur stärkeren Regulierung von
1488 sogenannten share deals (Möglichkeiten der Grunderwerbssteuerfreien Übernahme von
1489 Flächen).

1490

1491 Für eine nachhaltige Fischerei

1492 Die Berufs- und Freizeitfischerei hat in Mecklenburg-Vorpommern eine große Bedeutung. Die
1493 Berufsfischerei stellt in einem maritim geprägten und wasserreichen Bundesland wie
1494 Mecklenburg-Vorpommern traditionell einen bedeutenden Wirtschaftszweig dar. Diesen gilt es
1495 auch in Zukunft zu sichern. Die Fischhaltung in Aqua-Kulturen stellt einen wichtigen Beitrag zur
1496 Entlastung der wildlebenden Fischbestände dar. Auch für den Bereich der Fischerei gilt die
1497 Forderung nach tier-, umwelt- und klimagerechter Haltung und Fang. Die Bedeutung der
1498 Freizeitfischerei ist sehr vielschichtig. Der Landesanglerverband hat als größter anerkannter
1499 Naturschutzverband des Landes für den Naturschutz eine herausragende Bedeutung. Ebenso
1500 für sein soziales Engagement im Bereich Kinder und Jugend. Um dies zu erhalten, setzen wir
1501 uns für den Erhalt der Freizeitfischerei ein und lehnen die Privatisierung von Seen und
1502 Fließgewässern ab. Es muss zur Kenntnis genommen werden, dass die Hoch- und
1503 Küstenfischerei als relevanter Wirtschaftszweig nicht mehr existiert und nur wenige einzelne
1504 Küstenfischer übrig sind. Diese brauchen neben ihrer eigentlichen Tätigkeit weitere Aufgaben,
1505 die sie im Sinne des Natur- und Gewässerschutzes ausführen könnten oder
1506 Steuererleichterungen bei gleichzeitigen verbundenen Tätigkeiten in der Tourismusbranche.

1507

1508 Für naturnahen Waldumbau und Waldmehrung

1509 Der Wald, der in Mecklenburg-Vorpommern knapp ein Viertel der Landesfläche ausmacht, ist
1510 ein hohes Natur- und Kulturgut, dass allen zugänglich sein muss. Durch den Klimawandel, die
1511 Dürren und Waldbrände der letzten Jahre sind für DIE LINKE umfangreiche Maßnahmen zum
1512 Schutz, Erhalt und zur Mehrung unserer Wälder notwendig.

1513

1514 Wir wollen

- 1515 - einen naturnahen Waldumbau mit Anpassung an den Klimawandel.
- 1516 - eine nachhaltige Bewirtschaftung aller Waldflächen, unabhängig von den
1517 Eigentumsverhältnissen.
- 1518 - den öffentlichen Zugang zu unseren Wäldern sichern.

1519 - eine ausreichende personelle Ausstattung der Forstbetriebe, insbesondere der
1520 Landesforst und der Großschutzgebiete.

1521

1522 Die Landesforstanstalt M-V ist bundesweit eine der wenigen verbliebenen
1523 Einheitsforstverwaltungen und hat sich in dieser Gestalt als Garant für den Wald als öffentliches
1524 Gut mit besonderer Gemeinwohlverpflichtung bewährt. Sie wollen wir sichern.

1525

1526 Wir wollen

1527 - den Erhalt, die Stärkung und die Weiterentwicklung einer vorbildlich agierenden
1528 Einheitsforstverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern. Die Aktivitäten zur Förderung
1529 des Gesundheits- und Naturtourismus, wie auch zur Stärkung des ländlichen Raumes
1530 sind dabei zu intensivieren.

1531 - die Gemeinwohlwirkung der Landesforstanstalt fördern und neben den
1532 Wirtschaftsdaten in geeigneter Form bilanzieren.

1533 - Landeswaldflächen auch zukünftig nicht verkaufen.

1534 - eine waidgerechte Wildbewirtschaftung. Der Wolfsschutz muss im Einklang mit der
1535 Weidetierhaltung erfolgen.

1536

1537 Natur und Umwelt als Schatz verstehen und bewahren

1538 Umwelt und Natur gehören zu den größten Reichtümern unseres Landes. Sie zu schützen und
1539 für heute lebende und nachfolgende Generationen zu bewahren, ist für uns Verpflichtung.
1540 Naturparke, Nationalparke, Biosphärenreservate und andere geschützte Lebensräume sind
1541 Rückzugsgebiete für Pflanzen und wildlebende Tiere. Sie haben eine enorme Bedeutung für den
1542 Naturschutz, den Erhalt der biologischen Vielfalt und unserer Kulturlandschaft, aber ebenso für
1543 die regionale wirtschaftliche Entwicklung. Deshalb treten wir für einen fairen Ausgleich
1544 zwischen wirtschaftlichen Interessen, Erholung für die Menschen und Naturschutz ein. Hier
1545 bietet sich die Gelegenheit, Natur Natur sein zu lassen und mit dem Prinzip Schutz durch
1546 Nutzung zu verbinden.

1547

1548 Wir wollen

1549 - die Ausstattung der Großschutzgebiete, der Umweltverwaltung aller Ebenen mit
1550 Personal verstärken, damit sie ihre Aufgaben fach- und sachgerecht wahrnehmen
1551 können.

1552 - die finanziellen Ressourcen zum Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung
1553 vergrößern. Dabei ist die Nutzung digitaler Medien zu ermöglichen und zu verstärken.

1554 - eine verbesserte Wegweisung und Beschilderung, sowie die Ausstattung von
1555 Naturerlebnisorten mit Möblierung und Kunstobjekten.

1556 - die wissenschaftliche Begleitung von Natur- und Umweltschutzmaßnahmen durch die
1557 Hochschulen des Landes forcieren und perspektivisch in die Zielvereinbarungen mit den
1558 Universitäten Rostock und Greifswald aufnehmen.

1559 - ein Waldmehrungsprogramm für Mecklenburg-Vorpommern, das den Flächenanteil der
1560 Wälder bis 2030 auf den Bundesdurchschnitt von ca. 30 Prozent anhebt.

1561 - das Moorschutzprogramm deutlich ausweiten.

- 1562 - die sofortige Umsetzung des Bodenschutzprogramms Mecklenburg-Vorpommerns von
1563 2018 mit dem Ziel der Verbesserung der Bodenqualität und der Verhinderung von
1564 Bodenerosion.
- 1565 - ein Programm zur Verbesserung der Biodiversität in Mecklenburg-Vorpommern
1566 inklusive der Vernetzung und Verbindung von Schutzgebieten, Monitoring- und
1567 Managementprogrammen von geschützten Tierarten wie Wolf und Biber, wenn deren
1568 günstiger Erhaltungszustand erreicht ist.
- 1569 - ein Schutz der Oberflächengewässer, des Küstenmeeres und des Grundwassers in
1570 Mecklenburg-Vorpommern durch eine nachhaltigere Landbewirtschaftung mit
1571 geringerem Einsatz von Düngung und Pflanzenschutzmitteln inklusive des sofortigen
1572 Verbotes von Glyphosat und die deutliche Verringerung von Plastikmüllinträgen in die
1573 Umwelt.
- 1574 - Das Bewirtschaftungsverbot (Bauverbot, Verbot des Ausbringens von chemischen
1575 Stoffen und Gülle) im 7 m-Uferbereich muss wieder in das Landeswassergesetz (LWaG)
1576 aufgenommen werden.

1577

1578 Kleingärten unterstützen

1579 Kleingärten sind wichtig für die Erholung und haben in größeren Orten gerade während der
1580 Pandemie wieder eine größere und wichtige Bedeutung erlangt. Kleingärten sind aber vor allem
1581 grüne Lungen der Städte und auch für das Stadtklima von großer Bedeutung.

1582

1583 Wir wollen

- 1584 - Kleingärten und -anlagen erhalten und nicht als Bauland umnutzen.
1585 - Kleingärten und -anlagen auch in kleinen Städten gerade für junge Familien attraktiv
1586 machen und erreichen, dass sie für ältere Kleingartenfreunde zugänglich und nutzbar
1587 bleiben, indem Freizeit- und Erholung im Vordergrund stehen können.

1588

1589 Ausstattung der Verbraucherzentralen

1590 Die Digitalisierung macht auch vor der Verbraucherberatung nicht halt. Die Ausstattung der
1591 Verbraucherzentralen in Mecklenburg-Vorpommern mit Hard- und Software ist miserabel. Das
1592 muss sich dringend ändern, um eine zeitgemäße Verbraucherberatung anbieten zu können. Vor
1593 diesem Hintergrund ist die Finanzierung insgesamt zu überprüfen, ob der Anspruch an die
1594 Verbraucherzentralen mit der bisherigen Finanzierung erfüllt werden kann.

1595

1596 Wir wollen

- 1597 - einen zeitnahen Bezug der neuen Räumlichkeiten durch die Verbraucherzentrale
1598 Rostock aufgrund des baulichen Zustandes des Gebäudes Es muss gewährleistet
1599 werden, dass die Kosten für steigende Mieten und auch den Umzug bei der Finanzierung
1600 berücksichtigt werden.

1601

1602 Einführung einer Hygieneampel

1603 Wie es um die Hygiene im Lieblingsrestaurant oder dem Imbiss um die Ecke bestellt ist, bleibt
1604 den Verbraucher*innen bislang verborgen. Denn die Ergebnisse der amtlichen

1605 Lebensmittelkontrollen werden nicht veröffentlicht. Seit zehn Jahren wird über eine Einführung
1606 einer Hygieneampel in Deutschland diskutiert. Die Fakten belegen, dass mit der Einführung
1607 einer Hygieneampel die Qualität und Hygiene in den Unternehmen steigt. Verbraucher*innen
1608 können aufgrund von einer einfachen Grafik an der Eingangstür erkennen, ob es Mängel in der
1609 Hygiene gibt oder alles in bester Ordnung ist.

1610

1611 Wir wollen

- 1612 - zügig eine Landesregelung schaffen, wenn auch die neu gewählte Bundesregierung
1613 nicht kurzfristig eine bundesweite Regelung sorgt.

1614

1615

1616 14. Gesundheit

1617

1618 Gesundheitschancen für alle verbessern

1619 Gesundheit ist das höchste persönliche Gut. Wir stehen für eine Politik mit dem Anspruch, die
1620 Gesundheitschancen für alle Menschen und in allen Lebensphasen zu verbessern. Wir
1621 engagieren uns dafür, die Potentiale zur Bewahrung und Wiederherstellung von Gesundheit zu
1622 nutzen, damit Menschen länger und länger gesund leben.

1623 Für uns ist klar, dass diese Ambition sich nur in einem demokratischen Gesundheitswesen und
1624 auf Basis einer Solidarischen Bürgerversicherung als allgemeiner Kranken- und
1625 Pflegeversicherung sowie einer öffentlichen Gesundheitsversorgung verwirklichen lässt.

1626

1627 Die Leistungen des Gesundheitswesens sollen uneingeschränkt der bedarfsgerechten
1628 gesundheitlichen Versorgung aller im Land lebenden Menschen dienen. Sie müssen
1629 flächendeckend, wohnortnah, zeitnah und unabhängig von der sozialen Situation zur Verfügung
1630 stehen.

1631

1632 Wir wollen

1633

- 1634 - die Mitbestimmung von Versicherten und Patientenrechte stärken.
1635 DIE LINKE. M-V will, dass durch die Bereitstellung geeigneter Informationen der
1636 jeweiligen Ministerien die Versichertenrechte bekannt gemacht werden. Versicherte
1637 sollen durch eine aussagekräftigere Gesundheitsberichterstattung der Landesregierung
1638 auf die Versorgungssituation aufmerksam gemacht werden.

1639 Zur Stärkung der Patientenrechte soll es zukünftig eine
1640 Patientenbeteiligungsverordnung des Landes geben. In ihr sind unter anderem die
1641 Benennung von Patientenvertreter*innen zu regeln, ebenso die der verschiedenen
1642 Besuchskommissionen sowie die Patientenfürsprecher*innen an Kliniken. Die Schulung
1643 von Patientenvertretungen soll in Zukunft auch landesseitig gefördert werden. Im
1644 Interesse der Stärkung der Patientenrechte soll sowohl die Behörde des
1645 Bürgerbeauftragten als auch die des Datenschutzbeauftragten personell gestärkt
1646 werden.

1647

- 1648 - Vorrang für Prävention.
1649 Für DIE LINKE. M-V hat gesundheitliche Prävention Vorrang und wird in der kommenden
1650 Legislaturperiode einen besonderen Stellenwert in der Gesundheitspolitik erhalten.
1651 Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention werden als eigenständiger Bereich
1652 des Gesundheitswesens entwickelt. Die auf diesem Gebiet aktiven Initiativen, wie die
1653 Landesvereinigung Gesundheitsförderung oder das Aktionsbündnis Gesundheit werden
1654 massiv unterstützt. Beratungsstellen, wie die der Sucht- und Drogenberatung werden
1655 stärker als bislang für präventive Arbeit gefördert. Der Landesaktionsplan Gesundheit
1656 wird fortgeschrieben.
- 1657 DIE LINKE. M-V tritt dafür ein, die Impfbereitschaft als wesentlichen Moment
1658 gesundheitlicher Prävention zu stärken. Es wird angestrebt, die von der Ständigen
1659 Impfkommision des Robert Koch Instituts empfohlenen Impfquoten zur Erreichung
1660 einer sogenannten „Herdenimmunität“ in der Bevölkerung zu erreichen. Insbesondere
1661 beim medizinischen und nichtmedizinischen Personal im Gesundheitswesen wird auf
1662 eine hohe Impfquote orientiert. Für eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Impfstoffen
1663 soll das Land einen regelmäßig stattfindenden „Impfgipfel“ abhalten.
- 1664
1665 - den Schwerpunkt auf Kindergesundheit setzen.
1666 DIE LINKE. M-V sieht in der Kindergesundheit einen Schwerpunkt für die
1667 Gesundheitspolitik in der kommenden Wahlperiode. Die bestehenden
1668 Kindergesundheitsziele sind hinsichtlich ihrer Wirksamkeit zu analysieren. Auf dieser
1669 Grundlage sind die Kindergesundheitsziele zu überarbeiten.
- 1670
1671 - eine neuartige Versorgungsplanung.
1672 Gesundheitliche Versorgungsleistungen sind gegenwärtig reine Kapazitätsplanungen
1673 und beruhen auf einer völlig überkommenen Systematik. Demnach werden Arztsitze
1674 nach einer Richtlinie aufgeteilt und die Krankenhausplanung richtet sich maßgeblich
1675 nach Betten und Abteilungen.
1676 DIE LINKE. M-V will im Land eine neuartige Versorgungsplanung initiieren. Diese soll in
1677 Abkehr von einer getrennten Planung ambulanter und stationärer Leistungen zu einer
1678 sektorenübergreifenden Planung werden, bei der alleinig der tatsächliche Bedarf an
1679 medizinischen Leistungen die Grundlage bildet. Hinzu kommt, dass das Land in
1680 Versorgungsregionen strukturiert werden soll. Vorbild für die neue Struktur werden die
1681 in Zeiten der Bekämpfung der Corona-Pandemie gebildeten „Versorgungscluster“. Den
1682 Kern der jeweiligen Cluster bilden die in der Region befindlichen Krankenhäuser mit
1683 ihrem Leistungsspektrum als Maximalversorger, also Schwerin, Rostock, Greifswald
1684 und Neubrandenburg.
- 1685
1686 - Krankenhäuser in öffentliche Hand.
1687 Jüngste Entwicklungen haben bewiesen, dass die gesundheitliche Versorgung in Gefahr
1688 gerät, wenn Krankenhäuser als Renditeobjekte angesehen werden. Die Schließung von
1689 Abteilungen und die Reduzierung des Leistungsangebotes sind die Folge. Dieser
1690 Entwicklung muss Einhalt geboten werden. Ähnliches gilt für Medizinische

1691 Versorgungszentren. Sie sind mittlerweile begehrte Projekte für zahlungskräftige
1692 Investoren, die die Gesundheitswirtschaft für sich entdeckt haben.

1693 DIE LINKE. M-V setzt sich dafür ein, dass vormals privatisierte und von
1694 Aktiengesellschaften betriebene Krankenhäuser wieder in die öffentliche Hand
1695 überführt werden. Hierfür werden zwei Möglichkeiten genutzt. Entweder werden diese
1696 Krankenhäuser auf Grundlage entsprechender Beschlüsse der jeweiligen
1697 Kommunalvertretungen rekommunalisiert oder sie werden in einen zu gründenden
1698 Landeskrankenhausbetrieb überführt.

1699

1700 - den Öffentlichen Gesundheitsdienst weiter stärken.

1701 DIE LINKE. M-V will den Weg hin zu einem gestärkten Öffentlichen Gesundheitsdienst
1702 weiter beschreiten. Deshalb ist nach dem nunmehr Corona-Pandemie bedingten
1703 Personalaufwuchs in den Gesundheitsämtern die Situation neu zu bewerten und auf
1704 Basis einer Analyse festzulegen, mit welchen Maßnahmen der Öffentliche
1705 Gesundheitsdienst weiter zu stärken ist.

1706

1707 - Innovationen im Gesundheitswesen vorantreiben (Digitalisierungsoffensive).
1708 Aufgrund der erheblichen Chancen zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung,
1709 wie etwa der frühzeitigeren Erkennung von Erkrankungen oder durch angewandte
1710 Präzisionsmedizin, will DIE LINKE. M-V in der nächsten Wahlperiode eine
1711 Digitalisierungsoffensive im Gesundheitswesen.

1712

1713 Sie besteht aus vier Komponenten:

1714 ▪ 1. Qualitätsverbesserung und Effizienzsteigerung durch Ausbau digitaler
1715 Technik.

1716 ▪ 2. Auflösung des insularen Charakters digitaler Anwendungen durch
1717 Schaffung eines digitalen Ökosystems mittels Vernetzung digitaler
1718 Geräte und Systeme über die derzeitigen Sektoren der
1719 Gesundheitsversorgung hinweg.

1720 ▪ 3. Start-Up-Initiative zur Gründung von Unternehmen auf dem Gebiet der
1721 Digitalisierung im Gesundheitswesen.

1722 ▪ 4. Impulse für die Anwendung von Künstlicher Intelligenz und Cloud-
1723 Lösungen im Gesundheitswesen durch gezielte Projektförderung.

1724

1725 - Fachkräfte gewinnen und behalten – Gründung einer Hochschule für (neue)
1726 Gesundheitsberufe.

1727 Der Fachkräftemangel wird seit langem beklagt. Dass er angesichts der
1728 demographischen Entwicklung eintritt, ist kein Naturereignis, sondern Ergebnis einer
1729 verfehlten Politik. Die Corona-Pandemie hat wie unter einem Brennglas die Brisanz des
1730 Fehlens von Fachkräften noch einmal extrem verdeutlicht. Höchste Zeit zu handeln!

1731 DIE LINKE. M-V will die nächste Wahlperiode für ein Programm zur Rückgewinnung und
1732 Neugewinnung von Fachkräften der Gesundheitsberufe nutzen. Neben einer höheren
1733 Attraktivität durch verlässliche Perspektiven im Beruf, einer guten Bezahlung und einer

1734 Balance von Familie und Beruf soll mittels verschiedener Kampagnen für die
1735 Gesundheitsberufe geworben werden. Darüber hinaus spricht sich DIE LINKE. M-V für
1736 die Errichtung einer Hochschule für Gesundheitsberufe aus.
1737 Nicht nur, dass hier bislang nichtakademische Gesundheitsberufe akademisiert werden
1738 können, auch zu erwartende neue, mit der Digitalisierung des Gesundheitswesens
1739 einhergehende neue Gesundheitsberufe können hier mit einem Hochschulabschluss
1740 beendet werden.
1741
1742 - eine flächendeckende Gesundheitsversorgung.
1743 DIE LINKE. M-V tritt für die Erprobung zweier neuer Versorgungsmodelle ein. Zum einen
1744 soll durch eine wirksame Zusammenarbeit zwischen Akutkrankenhäusern und
1745 Kurzzeitpflege erreicht werden, dass den ungestillten Bedarfen bei der Kurzzeitpflege
1746 aufgrund von Verhinderungen üblicherweise pflegenden Personen Rechnung getragen
1747 werden und zugleich freie räumliche Kapazitäten an den Akutkrankenhäusern genutzt
1748 werden. Zum anderen sollen durch die verstärkte Anwendung arztentlastender
1749 Dienstleistungen (Schwester AGNES, VERHA u.a.) neue Möglichkeiten der
1750 gesundheitlichen Versorgung genutzt werden. Die Dienstleistenden können dabei an
1751 ambulante Arztpraxen ebenso angeschlossen sein wie an Medizinische
1752 Versorgungszentren oder Krankenhäuser.
1753
1754 - aus der Pandemie lernen - Risikokonzepte für Katastrophenfälle.
1755 Die Corona-Pandemie hat die Schwachstellen eines auf Kostenreduzierung, Effizienz
1756 und Gewinn getrimmten Gesundheitswesens deutlich werden lassen. Es fehlte an
1757 Schutzausrüstungen und Desinfektionsmitteln. Es fehlte an ausreichend Betten zur
1758 intensivmedizinischen Betreuung mit Beatmungsfunktion. Und es fehlte an Personal.
1759 All dies muss eine Lehre sein!
1760 DIE LINKE. M-V tritt dafür ein, dass neben der Behebung der genannten Defizite die
1761 Notfallkonzepte für Katastrophenfälle überarbeitet werden. Hinzu kommt ein
1762 Katastrophen-Controlling, mit dem sichergestellt werden soll, dass die im Ernstfall
1763 aufgetretenen Mängel unverzüglich behoben werden können. Davon abgesehen muss
1764 es eine Notfallreserve des Landes mit Schutzausrüstungen, Desinfektionsmitteln und
1765 weiteren für den Katastrophenfall notwendigen Utensilien geben. Auch sind
1766 Lieferketten mit im Katastrophenfall notwendigen Heil - und Hilfsmitteln so zu
1767 verändern, dass das denkbar Mögliche zur Abmilderung der Notsituation getan werden
1768 kann.
1769
1770 - die Notfallversorgung optimieren.
1771 Die Notfallversorgung erfolgt durch ambulante Bereitschaftsdienste, den
1772 Rettungsdienst, einschließlich der Luft- und Wasserrettung sowie die Klinikambulanzen
1773 und Notaufnahmen an den Krankenhäusern. Sie leisten eine erprobte,
1774 hochprofessionelle und anerkannte Arbeit.
1775 DIE LINKE. M-V will die Notfallversorgung weiter optimieren. Das Rettungsdienstgesetz
1776 ist weiterzuentwickeln. Die Rettungsdienstbereiche sind neu zu strukturieren. An

1777 Krankenhäusern mit Notfallversorgung sollen integrierte Notfallzentren entstehen. Je
1778 nach Behandlungsbedarf sollen Patientinnen und Patienten entweder direkt versorgt
1779 oder zur erforderlichen Versorgung weitergeleitet werden.

1780 - wirksam gegen verbreitete Erkrankungen vorgehen.

1781 DIE LINKE. M-V will durch gezielte Programme den weit verbreiteten Erkrankungen
1782 wirksam entgegentreten. Hierzu sollen in der kommenden Legislaturperiode die
1783 bestehenden Programme (z.B. gegen Diabetes) einer kritischen Bestandsaufnahme
1784 unterzogen werden. Im Ergebnis sollen diese fortgeschrieben bzw. neu entwickelt
1785 werden. Ziel ist es, ablesbar aus der Gesundheitsberichterstattung, die Zahl der
1786 Neuerkrankungen der genannten weitverbreiteten Erkrankungen zurückzudrängen.

1787

1788 - die Uni-Kliniken im Verbund zu Zentren der Spitzenmedizin weiterentwickeln.
1789 DIE LINKE. M-V will die Uni-Kliniken zu Zentren der Spitzenmedizin weiterentwickeln
1790 und setzt dabei auf einen Verbund beider Krankenhausstandorte. Zunächst soll in der
1791 kommenden Wahlperiode das CCC-Netzwerk für die Behandlung onkologische
1792 Erkrankungen zu einem Spitzenzentrum aufgebaut und betrieben werden. Weitere
1793 Zentren für Spitzenmedizin sollen folgen. Gradmesser sind jeweils die Benchmarks der
1794 Weltmarktführenden. Die Unikliniken sind zugleich die Kerne im Cluster der
1795 medizinischen Versorgung ihrer Region.

1796

1797 - ein neues Abrechnungssystem in der stationären medizinischen Versorgung.
1798 Seit 2004 werden die Leistungen in der stationären medizinischen Versorgung nach
1799 einem einheitlichen, standardisierten Verfahren abgerechnet. Es umfasst etwa 1.300
1800 Leistungen, die je nach Haupt- oder Nebendiagnose in einem sogenannten DRG-Katalog
1801 erfasst sind und jeweils nach einer Pauschale abgerechnet werden. Dieses DRG-System
1802 hat zu einer stetig wachsenden Ökonomisierung der Krankenhausversorgung geführt.
1803 Die Pauschalen sind je nach Erkrankung unterschiedlich hoch. Medizinische Leistungen
1804 in der Grund- und Regelversorgung, so z.B. in deren Kinder- und Jugendmedizin, sind
1805 oftmals nicht kostendeckend. Dies hat zur Folge, dass immer mehr dieser Abteilungen
1806 geschlossen werden. Das ist ein nicht haltbarer Zustand!

1807 DIE LINKE. M-V tritt für die Ersetzung des DRG-Systems durch ein neues System der
1808 Abrechnung stationärer medizinischer Leistungen ein. Dies muss auf Bundesebene
1809 geschehen. Bis ein durch Expert*innen zu erarbeitendes neues Abrechnungssystem zur
1810 Verfügung steht, sollte übergangsweise eine sogenannte Ist-Kosten-Abrechnung der
1811 jeweiligen medizinischen Leistungen vorgenommen werden.

1812

1813 - das Schulgeld für nichtakademische Berufe abschaffen.
1814 In zahlreichen nichtakademischen Berufen, wie etwa den Logopäden,
1815 Physiotherapeuten und anderen, müssen Auszubildende oftmals für die Ausbildung
1816 Schulgeld zahlen, und zwar dann, wenn sie diese Ausbildung an einer nichtstaatlichen
1817 Schule absolvieren. Das ist sozial ungerecht, stellt eine soziale Schranke bei der
1818 Ergreifung des Berufs dar und bewirkt, dass bei diesen Berufsbildern zusätzlich der
1819 Fachkräftemangel noch gravierender ist als eh schon abzusehen.

1820 DIE LINKE. M-V tritt für die uneingeschränkte Abschaffung des Schulgeldes für
1821 nichtakademische Berufe ein.
1822
1823 - ein Wahlrecht für Beamt*innen in der Gesetzlichen Krankenversicherung.
1824 Gemeinhin sind Beamt*innen hinsichtlich ihrer Gesundheitsversicherung privat
1825 versichert. Es ist jedoch möglich, dass sie sich für die Gesetzliche Krankenversicherung
1826 (GKV) entscheiden. Voraussetzung hierfür ist die Schaffung landesrechtlicher
1827 Grundlagen, die es ihnen ermöglicht, jeweils zwischen einer Privatversicherung (PKV)
1828 oder einer Gesetzlichen Krankenversicherung zu entscheiden. DIE LINKE. M-V setzt sich
1829 dafür ein, dass die Beamt*innen und Beamten zukünftig die Chance haben, sich
1830 zwischen GKV und PKV zu entscheiden.
1831
1832 - palliativmedizinische Angebote ausweiten und die Arbeit von Hospizen
1833 unterstützen.
1834 Palliativmedizinische Angebote und die Arbeit der Hospize sind unabdingbare
1835 Bestandteile einer guten medizinischen Versorgung. Sowohl die Enquetekommission
1836 „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ der 6. Legislaturperiode des Landtages MV
1837 als auch in der gegenwärtig arbeitenden Enquetekommission „Zukunft der
1838 medizinischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern“ wurde festgestellt, dass die
1839 Angebote für die Begleitung schwerstkranker und/oder sterbender Menschen noch
1840 Lücken aufweist. Auch haben die Hospize im Land trotz zunehmender Zahl und
1841 Bedeutung keine hauptamtliche Unterstützung gebende Koordinierungsgestelle.
1842 DIE LINKE. M-V tritt für die Errichtung und finanzielle Ausstattung einer
1843 Landesgeschäftsstelle ein, die die Hospiz- und Palliativarbeit in MV erforderlichenfalls
1844 koordiniert und fachlich unterstützt. Des Weiteren sollen in der kommenden
1845 Wahlperiode noch bestehende Lücken in der Palliativversorgung geschlossen werden.
1846
1847 - Hebammen fördern.
1848 Hebammen setzen sich für das gesundheitliche und emotionale Wohl von Frauen,
1849 Kindern und Familien und Lebensgemeinschaften ein und leisten damit einen
1850 bedeutenden Beitrag zur Gesundheitsförderung. Während sie selbst anderen in den
1851 Lebensphasen Familienplanung, Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett und Stillzeit mit
1852 Rat und Tat zur Seite stehen, sind sie selbst hinsichtlich der Ausübung ihres Berufes
1853 beständig existenziell gefährdet. Sei es durch nahezu unerschwingliche
1854 Versicherungszahlungen, sei es durch schwierige Rahmenbedingungen im beruflichen
1855 Alltag. So ist es nicht verwunderlich, dass ihre Zahl in Mecklenburg-Vorpommern
1856 beständig abgenommen hat und es im ganzen Land nur ein von Hebammen geführtes
1857 Geburtshaus gibt.
1858 DIE LINKE. M-V will, dass Hebammen als Fachfrauen in einem besonderen Bereich der
1859 gesundheitlichen Versorgung und familiären Betreuung und Begleitung gestärkt und
1860 unterstützt werden. Wie im Freistaat Bayern sollen Hebammen je nach Anzahl der
1861 betreuten Geburten und in Fragen der zu zahlenden Versicherungspolice Hilfen bzw.
1862 Förderungen vom Land bekommen. Auch sollen angesichts des deutlichen Rückgangs

1863 an Geburtstationen im Land die Errichtung und der Betrieb von Geburtshäusern im
1864 ländlichen Raum gefördert werden.

1865

1866 - die heimische Gesundheitswirtschaft fördern.

1867 Die LINKE weiß genau, welche Bedeutung die Gesundheitswirtschaft für unser Land hat.

1868 Hier wird ein erheblicher Teil der Wertschöpfung generiert, viele tausende Menschen

1869 finden in diesem Wirtschaftssektor ihre Arbeit und auch ihre Berufung. Wie in anderen

1870 Wirtschaftsbereichen ist es der Standpunkt der LINKEN, dass die Entwicklungen, die

1871 Umsetzung von Innovationen, Digitalisierung ganz vorn, sozial zu gestalten sein werden.

1872 Die wichtigsten Grundsätze unseres Verständnisses von Gesundheit, wie sie in diesem

1873 Kapitel des Wahlprogramms formuliert sind, legen wir unserer Förderpolitik der

1874 Gesundheitswirtschaft zugrunde.

1875

1876 Digitalisierung Gesundheit

1877 Ein Patient ist ein Mensch, kein Kunde. Digitale Angebote im Bereich der medizinischen und

1878 therapeutischen Versorgung dürfen nicht zuerst darauf ausgerichtet sein, mehr Geld zu sparen

1879 oder Patientendaten für wirtschaftliche Zwecke zu nutzen. Diese Gefahren müssen wir im Blick

1880 haben. Neben der digitalen Patientenakte und der Telemedizin bietet die Digitalisierung

1881 zahlreiche Chancen, die Behandlung und Begleitung von Patienten enorm zu verbessern.

1882 Krankheiten können früher erkannt und dadurch besser behandelt werden. Bevor das möglich

1883 ist, sind schnelles Internet und finanzielle Hilfen erforderlich.

1884 Mit der Digitalisierung in der Medizin können Menschen besser versorgt werden. Medizinisch

1885 besser versorgte Menschen leben länger. Forschung und Entwicklung müssen gefördert

1886 werden.

1887

1888 Wir wollen

1889 - die Anwendung der Digitalisierung in der Medizin zukünftig auf vier Aufgaben

1890 konzentrieren: Ärztinnen und Ärzte benötigen Technik und Technologie, um

1891 Erkrankungen zu entdecken, Diagnosen zu erstellen, Daten zu verarbeiten und

1892 Behandlungen zu verbessern. Die öffentliche Hand muss auf Grundlage einer Strategie

1893 die Forschung unterstützen und regionale Unternehmen fördern. Beispielsweise kann

1894 sich das Land an Start-Ups beteiligen.

1895

1896

1897 15. Sport

1898

1899 Sport ist im Alltag der Menschen allgegenwärtig und DIE LINKE. M-V betrachtet darum seine

1900 allseitige Förderung als wichtige Aufgabe der Politik. Sport verbindet viele verschiedene

1901 Mitglieder der Gesellschaft, fördert Integration und Inklusion, leistet einen bedeutenden Beitrag

1902 zur Gesundheitsvorsorge und Gesunderhaltung und ermöglicht Freude und Leistung. Er lehrt

1903 den Umgang mit dem eigenen Körper genauso wie den Umgang mit Sieg und Niederlage,

1904 Rücksichtnahme und Fairness.

1905 In Mecklenburg-Vorpommern sind über 260.000 Menschen in fast 1.900 Sportvereinen
1906 organisiert. Die Sportfamilie, u.a. unter dem Dach des Landessportbundes, ist die größte
1907 gesellschaftliche Struktur in Mecklenburg-Vorpommern. Zahlreiche Menschen treiben zudem
1908 individuell Sport, nutzen Angebote im Reha-Bereich oder von kommerziellen Anbietern, z.B. in
1909 Fitness-Studios. Sport lebt in den meisten Fällen vom Ehrenamt. Engagierte Übungsleiter*innen
1910 und Trainer*innen sind der Grundpfeiler im Breitensport. Vereine benötigen kostengünstige
1911 Nutzungsentgelte, Unterstützung bei der Finanzierung von Investitionen und
1912 Aufwandsentschädigungen. Die Förderung von Übungsleiter- und Trainerstellen muss erhöht
1913 werden und die Qualität in der Ausbildung gewährleistet sein. Das Sportförderungsgesetz hat sich
1914 bewährt, es ist bis zum 31.12.2022 in Kraft.

1915

1916 Wir wollen

- 1917 - eine inhaltliche Weiterentwicklung dieses Gesetzes, in dem es nicht nur um die
1918 jährlichen Fördersummen geht, sondern auch um eine landesseitige Förderung des
1919 Sportstättenbaus.

1920

1921 Barrieren und Ausgrenzungen im Sport müssen abgebaut werden. Hallengebühren oder zu hohe
1922 Vereinsbeiträge dürfen keine Hürde für das Sporttreiben sein. Dies hängt stark von der
1923 bedarfsgerechten Finanzausstattung der Kommunen ab.

1924

1925 Wir wollen

- 1926 - einen barrierefreien, naturverträglichen, dopingfreien Sport für alle.

1927

1928 Viele junge Menschen bewegen sich leider zu wenig. Auch ist der Zugang zu Sportangeboten
1929 oftmals für sie schwierig. Dabei ist die Förderung motorischer Fähigkeiten für sie so wichtig.
1930 Genauso wichtig ist es für Kinder und Jugendliche beim Sport das gemeinsame zu erleben und
1931 zu erfahren, dass Menschen unterschiedliche Fähigkeiten haben und wie wichtig ein fairer
1932 Umgang miteinander ist.

1933

1934 Wir wollen

- 1935 - landesweite Angebote im Breiten- und Freizeitsport und die Sanierung von
1936 Sportanlagen. Wer aktiv sein will, benötigt Hallen, Plätze und Nutzungszeiten.
- 1937 - ein Landesprogramm zur Kofinanzierung der Gebühren für Sportstätten. Vereine und
1938 Kommunen brauchen mehr Unterstützung.
- 1939 - ein Landesprogramm: „Jedes Kind lernt schwimmen“, um unabhängig von der
1940 finanziellen Situation der Eltern den Kindern nicht nur die sportliche Betätigung im
1941 Schwimmen zu ermöglichen, sondern auch um ihnen Sicherheit zu geben. Der
1942 Schwimmunterricht in der Schule muss durch volle Erstattung von Schwimmhallen- und
1943 Beförderungsgebühren durch das Land abgesichert werden.

1944

1945 Mecklenburg-Vorpommern soll weiterhin Heimat von Leistungs- und Spitzensport sein. Land
1946 und Bund müssen bei der Finanzierung von Sportstätten und Personal, vor allem in den
1947 olympischen Sportarten, mehr tun. Die Bundesstützpunkte im Land wollen wir erhalten. Wir

1948 sehen das Land in Verantwortung, den Bereich des Nachwuchsleistungssports, also des
1949 Bereichs aus dem auch die zukünftigen Olympioniken kommen werden, allseitig zu fördern. Das
1950 ist auch die sicherste Gewähr, dass die Bundesstützpunkte in unserem Land über das Jahr 2024
1951 hinaus Bestand haben.

1952

1953

1954 16. Kultur

1955

1956 Kultur bedeutet Leben

1957 Ob im Theater oder auf der Straße: Kultur prägt, wie wir miteinander leben. Sie beeinflusst, wer
1958 wir sind und wie wir denken, sie bildet uns und sie stützt unseren Zusammenhalt. Kultur ist kein
1959 Sahnehäubchen, sie gehört zu den Grundpfeilern unserer Demokratie.

1960 DIE LINKE. M-V steht für kulturelle Vielfalt und dafür, dass alle Menschen einen Zugang zu
1961 Kultur haben – unabhängig vom Geldbeutel oder vom Wohnort. Wir sind eine Partnerin für alle
1962 Kulturschaffenden, die in Mecklenburg-Vorpommern tätig sind.

1963 Die Finanzierung der kulturellen Vielfalt hat sich in den letzten Jahren verbessert. Doch die
1964 Pandemie hat bewiesen, wie sehr die Kultur leidet, wenn sie nicht stattfinden kann, wie sehr
1965 Kultur- und Kreativschaffende den öffentlichen Raum brauchen und der öffentliche Raum sie.
1966 Trotz eines Schutzfonds für Einrichtungen und Kulturschaffende sind nicht überall Hilfen
1967 angekommen. Zahlreiche Kreative kämpfen nach wie vor um ihre Existenz.

1968

1969 Wir wollen

1970 - uns dafür starkmachen, dass jedes Theater, alle Schauspielgruppen, die Museen und
1971 Galerien, die regionale Musikszene, alle Clubs und Festivals, jede Bibliothek und jedes
1972 Literaturhaus und vor allem alle freischaffenden Künstler*innen eine Zukunft
1973 haben. Eine linke Kulturpolitik sichert Vielfalt, Unabhängigkeit und Teilhabe.

1974

1975 Kultur ist überall

1976 Wo existieren kulturelle Angebote? Welche Einrichtungen und Akteure gibt es? Wie steht es um
1977 ihre Finanzen und mit welchen Herausforderungen haben sie zu kämpfen? Wer Kunst und Kultur
1978 stärken will, muss wissen, wie es um sie bestellt ist.

1979

1980 Wir wollen

1981 - einen regelmäßigen Kulturbericht des Landes. Nur auf Grundlage handfester Daten
1982 kann eine gute Kulturentwicklungsplanung sicherstellen, dass überall im Land Angebote
1983 existieren. Ein solcher Kulturbericht kann auch aufzeigen, wie wichtig inzwischen die
1984 Angebote der Soziokultur in Mecklenburg-Vorpommern geworden sind.

1985

1986 Kultur leitet. Aber wohin?

1987 Seit 2020 gibt es die kulturpolitischen Leitlinien für Mecklenburg-Vorpommern. Das Papier
1988 spricht viele Empfehlungen aus, wie das Land mit Kulturschaffenden arbeiten, sie unterstützen
1989 und die Kulturlandschaft stärken könnte. Für uns ist klar, die Leitlinien dürfen kein Papiertiger

- 1990 bleiben! Wir wollen gleich nach der Landtagswahl starten, um Schritt für Schritt die guten Ziele
1991 umzusetzen.
- 1992
- 1993 Kultur ist kreativ.
- 1994 Weit mehr als 20.000 Menschen arbeiten hierzulande in der Kultur- und Kreativwirtschaft.
- 1995 Einerseits werden Einrichtungen und Organisationen dem Kulturbereich zugeordnet,
1996 andererseits gibt es diejenigen, die der so genannten Kreativwirtschaft zugeordnet werden. Zu
1997 ihnen gehören auch Clubs und Livespielstätten, Festivals, die Veranstaltungsbranche,
1998 Grafiker*innen, Designer*innen, Architekt*innen, Software-Entwickler*innen und viele andere.
1999 Manchmal ist die Trennung schwierig, oft profitieren die Branchen voneinander. Wo fängt Kultur
2000 an, wo endet Wirtschaft?
- 2001
- 2002 Wir wollen
- 2003 - auf Landesebene mit den Vertreter*innen der Bereiche diskutieren, ob beispielsweise
2004 Clubs und Livespielstätten nicht eher Kulturstätten sind und somit auch anders
2005 unterstützt und abgesichert werden können. Aus unserer Sicht ist dieser Schritt längst
2006 überfällig.
- 2007 - die Kreativ- und Kulturschaffenden unterstützen, die sich in den vergangenen Jahren
2008 auch im ländlichen Raum zu einem Innovations- und Jobmotor entwickelt haben. Es
2009 entstehen nicht nur für junge, kreative Menschen Entfaltungs- und
2010 Einkommensmöglichkeiten, auch der Abwanderung aus dem ländlichen Raum kann so
2011 aktiv entgegenwirkt werden.
- 2012
- 2013 Kultur bildet.
- 2014 Wenn auf dem Lehrplan Goethes Faust steht, ist es ein tolles Erlebnis, wenn sich die
2015 Schüler*innen auch im Theater oder mithilfe anderer kultureller Angebote damit beschäftigen
2016 können, „...was die Welt im Innersten zusammenhält“. Wer ein Instrument spielen kann, wer
2017 tanzt und singt, wer dichtet oder schauspielert, wer sich in die Welt der Literatur vertieft,
2018 kurzum, wer kreativ ist, macht sich schlau, kommt mit Menschen zusammen und tut etwas
2019 Gutes für die eigene seelische und körperliche Gesundheit. Musik-, Tanz- und Kunstschulen,
2020 Galerien, Museen, Bibliotheken und Literaturhäuser leisten wichtige Bildungsarbeit, indem sie
2021 Kindern und Jugendlichen Kultur näherbringen.
- 2022 Sie vermitteln Wissen, sie informieren, sie organisieren einen Austausch und sie verbinden
2023 Menschen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Herkunft. Kultureinrichtungen
2024 bewahren und beleben historische Zeugnisse, ohne sie gehen Identität und kultureller
2025 Reichtum verloren.
- 2026
- 2027 Wir wollen
- 2028 - gerade Musikschulen und Kunstschulen mit einer weiterentwickelten Förderrichtlinie
2029 nachhaltig sichern und unterstützen. Dem künstlerischen Nachwuchs gilt besonderes
2030 Augenmerk. Die Förderung von Präsentationen, Stipendien und Nachwuchspreisen soll
2031 junge Künstler*innen unterstützen.
- 2032

- 2033 Kultur überlebt.
- 2034 In M-V wünschen sich viele Künstler*innen Unterstützung, um ihre Werke für die Zukunft zu
2035 sichern. Wenn ein kreativer Mensch stirbt, sind die Angehörigen oft überfordert mit der
2036 Aufgabe, den Nachlass zu organisieren. Was wird aus hunderten Plastiken, aus Gemälden,
2037 Skizzen, Fotografien? Museen und Galerien winken oft ab, weil sie gar nicht über ausreichend
2038 viel Ausstellungsfläche oder notwendige Archive verfügen.
- 2039 Bisher existiert eine ehrenamtliche Initiative in M-V, die sich engagiert, um Vor- und Nachlässe
2040 bemüht. Doch das Land darf sich nicht aus der Verantwortung stehlen.
- 2041
- 2042 Wir wollen
- 2043 - eine angemessene Ausstattungsvergütung für Bildende Künstler*innen in öffentlichen
2044 Räumen sowie die Bewahrung und Sicherung der Künstlernachlässe in M-V.
 - 2045 - eine Lösung finden, gemeinsam mit den Akteuren der Kunst- und Kulturszene, wie Vor-
2046 und Nachlässe in M-V begleitet und gesichert werden können.
- 2047
- 2048 Zum kulturellen Reichtum des Landes zählen Baudenkmäler, wie z.B. Schlösser, Herrenhäuser
2049 und Kirchen, aber auch Parkanlagen, Gärten und Friedhöfe. Das Denkmalschutzgesetz muss
2050 weiterentwickelt werden.
- 2051
- 2052 Wir wollen
- 2053 - einen aufgabengerechten Erhalt und Ausbau denkmalpflegerischer Strukturen
2054 einschließlich der notwendigen Personalausstattung.
- 2055
- 2056 Mecklenburg-Vorpommern ist im Besitz vielfältiger historischer und historisch bedeutsamer
2057 Zeitdokumente, die es zu bewahren gilt. Sie müssen gepflegt und der Allgemeinheit zugänglich
2058 gemacht werden. Die Spanne reicht dabei von handschriftlichen Urkunden über Druckwerke
2059 bis zum Schaffen heutiger Filmemacher*innen. Die Digitalisierung, Konservierung und der
2060 zeitgemäße Umgang mit diesen Zeugnissen sind eine Herausforderung und bedürfen der
2061 Unterstützung durch das Land.
- 2062
- 2063 Wir wollen
- 2064 - daher eine engere Zusammenarbeit des Landes mit den Kommunen fördern, um die
2065 Digitalisierung und den Substanzerhalt schriftlicher und audiovisueller Medien in
2066 unserem Land sicherzustellen und Kulturgutverluste zu vermeiden.
- 2067
- 2068 Zur angemessenen Aufbewahrung und Präsentation archäologischer Funde engagieren wir uns
2069 für die Errichtung eines Archäologischen Landesmuseums, das in Rostock entstehen soll. Die
2070 historischen Schätze des Landes brauchen endlich eine neue Heimstätte, die modern, digital
2071 und bestens ausgestattet ist. Die Corona-Krise darf nicht dazu führen, dass beispielsweise bei
2072 der Errichtung dieses Museums geknausert wird. Besonders wichtig sind Bildungsangebote für
2073 Jung und Alt, denn ein Landesarchäologiemuseum soll nicht nur Urlaubsgäste begeistern.
- 2074
- 2075

2076 Kultur ist Arbeit.
2077 ...und die muss so bezahlt werden, dass man auch davon leben kann. Für die Theater des
2078 Landes bedeutet das, dass mit der schrittweisen Rückkehr zum Flächentarif die Beschäftigten
2079 endlich wieder vernünftig bezahlt werden.
2080
2081 Wir wollen,
2082 - dass tatsächlich endlich Tarifgerechtigkeit an den Häusern umgesetzt wird.
2083
2084 Der große Bereich der Freien Kultur ist geprägt von mitunter sehr niedrigen Lohnstrukturen.
2085 Selbstaussbeutung gehört zur Tagesordnung. Kulturschaffende sowie zu ihnen gehörende
2086 Strukturen der Planung und Organisation schlagen sich mit begrenzten Mitteln durch, die oft
2087 nur an einzelne Projekte gebunden sind. Niedrige Löhne und Honorare müssen endlich zur
2088 Vergangenheit gehören. Eine Kulturförderung, die diesen Missstand beendet, ist jederzeit
2089 möglich.
2090
2091 Digitalisierung Kultur
2092 Mecklenburg-Vorpommern hat mit Blick auf die Digitalisierung in der Kultur schon Einiges
2093 erreicht. Netzwerke, Online-Angebote und Informationen stehen zur Verfügung. Ob
2094 Archäologie, Soziokultur oder Literatur - wo das Land nicht selbst mit einer Onlinepräsenz in
2095 Vorhand geht, sind es Vereine und Verbände, die Informationen zur Verfügung stellen. Aber:
2096 Die digitale Landesbibliothek hat bisher 11 Archive unter ihrem Dach, die kommunalen Archive
2097 fehlen. Hier muss etwas passieren, damit möglichst flächendeckend auch die Bestände der
2098 kommunalen Archive gesichert und vor allem digitalisiert werden. Nach wie vor lagern in den
2099 Museen, Depots und Archiven in M-V Ausstellungsstücke, die weltweit einmalig sind. Die
2100 Präsenzbestände, die in einem Museum zu bestaunen sind, stellen oft nur die Spitze des
2101 Eisberges dar. Das Thema kulturelle Bildung spielt beim Online-Auftritt des
2102 Bildungsministeriums keine Rolle. Digitale Kulturangebote werden zu wenig bis gar nicht
2103 gefördert.
2104
2105 Die Pandemie hat erneut bewiesen – Kultur fehlt, wenn sie nicht stattfindet. Alle Menschen
2106 haben ein Recht auf Kultur, unabhängig vom Alter und vom Wohnort. Kulturelle Angebote
2107 müssen digital und für alle vorhanden sein.
2108
2109 Wir wollen
2110 - ein Landesprogramm anschieben, um die kommunalen Archive unter das Dach der
2111 digitalen Landesbibliothek zu bringen.
2112 - die Digitalisierung von Ausstellungstücken und Archivalien erheblich forcieren und im
2113 virtuellen Landesmuseum veröffentlichen. Die Darstellung von Ausstellungstücken in
2114 360-Grad-Ansichten muss da, wo es sinnvoll ist, Standard werden.
2115 - auch beim Thema digitale Erlebbarkeit und Museumspädagogik Verbesserungen,
2116 gerade für Kinder und Jugendliche sind die aktuellen angebotenen Formate nicht reizvoll
2117 genug. Ein extra Förderprogramm kann digitale Angebote und Veranstaltungen von
2118 Kulturträgern fördern.

2119
2120
2121
2122
2123
2124
2125
2126
2127
2128
2129
2130
2131
2132
2133
2134
2135
2136
2137
2138
2139
2140
2141
2142
2143
2144
2145
2146
2147
2148
2149
2150
2151
2152
2153
2154
2155
2156
2157
2158
2159
2160

17. Wirtschaft

Landesvergabegesetz modernisieren

Mecklenburg-Vorpommern befindet sich nach wie vor im Lohnkeller. Nicht einmal jeder zweite Beschäftigte wird nach Tarif bezahlt. Das muss sich dringend ändern.

Wir wollen

- das Landesvergabegesetz weiterentwickeln. Unser Ziel ist es, dass bei öffentlichen Aufträgen endlich ein armutsfester Lohn gezahlt wird. Aufträge sollen nur noch an Unternehmen gegeben werden, die ihre Beschäftigten nach Tarif oder tarifgleich bezahlen, sofern der Bruttostundenlohn mindestens 13 Euro beträgt. Damit stellen wir sicher, dass die öffentliche Hand als Vorbild vorangeht, die Steigerung der Tarifbindung mit eigenen Mitteln forciert und Lohndumping entgegentritt. Die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand ist darüber hinaus auch bei der Inanspruchnahme von Dienstleistungen umzusetzen.
- endlich auch ökologische Kriterien bei der Auftragsvergabe berücksichtigen. Herstellungsbedingungen, Lieferketten und die Langlebigkeit von Produkten sollen stärker als bislang berücksichtigt werden. Kann-Regelungen sind zu streichen und durch klare Vorgaben und Verpflichtungen zu ersetzen
- Im Bereich des SPNV/ÖPNV wollen wir die Beschäftigten bei Betreiberwechseln künftig besser absichern. Deshalb fordern wir, dass Aufgabenträger ihre Auftragnehmer auf der Grundlage von Artikel 4 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 dazu verpflichten, den Arbeitnehmer*innen, die zuvor zur Erbringung der Dienste eingestellt wurden, ein Angebot zur Übernahme zu den bisherigen Arbeitsbedingungen zu unterbreiten.

Wirtschaftsförderung stärker an Tariflöhne knüpfen

Auch bei der Wirtschaftsförderung möchten wir die Tarifbindung stärken. Bislang werden lediglich große Unternehmen in die Pflicht genommen, Tariflöhne zu zahlen, wenn Fördermittel fließen.

Wir wollen

- diese Pflicht ausweiten. Investitionen von großen Unternehmen mit über 250 Beschäftigten sind bislang die Ausnahme in Mecklenburg-Vorpommern. Deshalb hat die bestehende Regelung bestenfalls symbolische Wirkung erzielt. Wir werden daher die Pflicht zur Zahlung von Tariflöhnen schrittweise ausweiten. Dabei sollen zunächst alle Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten nur noch Fördermittel erhalten, wenn sie ihren Beschäftigten Tariflöhne zahlen.
- Klein- und Kleinstunternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten mit einer gezielten Förderung unter die Arme greifen, um die Wertschöpfung zu erhöhen. Erst dann werden

2161 wir prüfen, inwieweit die Pflicht zur Zahlung von Tariflöhnen auch auf Unternehmen mit
2162 mehr als 10 Beschäftigten ausgeweitet werden kann.

2163 - die stärkere Nutzung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen.

2164

2165 Maritime Industrie

2166 Die maritime Industrie ist über die Werftstandorte hinaus prägend für Mecklenburg-
2167 Vorpommern. Tausende gut bezahlte und vielerorts tarifgebundene Industriearbeitsplätze sind
2168 wichtig für unser Land und die Beschäftigten.

2169

2170 Wir wollen

2171 - die Möglichkeit, auch künftig Schiffbaustandort zu sein, erhalten. Angesichts der mit
2172 Ausbruch der Corona-Krise entstandenen Probleme wird dazu die Unterstützung des
2173 Bundes notwendig sein. Für den Fall, dass nicht alle Werftstandorte erhalten werden
2174 können, werden wir kurzfristig Auffang- und Qualifizierungsmaßnahmen für betroffene
2175 Beschäftigte unterstützen. Darüber hinaus gilt es, jetzt Vorsorge zu treffen und
2176 industriepolitische Alternativkonzepte zu erarbeiten. Moderne Industrieparks an der
2177 Hafenkante könnten neue Impulse setzen und zukunftsfähige Arbeitsplätze bieten,
2178 wenn Werftstandorte aufgrund äußerer Einwirkungen, wie der Corona-Pandemie keine
2179 positive Entwicklungsperspektive mehr haben.

2180 - die Förderprogramme für die Zulieferunternehmen überprüfen und neugestalten, da
2181 derzeitige Programme aufgrund ihrer Bestimmungen vielfach ins Leere laufen. Das Ziel
2182 muss auch hier sein, dass künftig ein höherer Grad an tarifgebundener Beschäftigung
2183 erreicht wird. Dazu müssen die Unternehmen aber auch in die Lage versetzt werden,
2184 diese Löhne zu zahlen.

2185

2186 Mehr Qualität und gute Arbeitsbedingungen im Tourismus

2187 Mecklenburg-Vorpommern ist seit langem eines der beliebtesten Tourismusziele in
2188 Deutschland. Folglich sind viele Beschäftigte in der Branche tätig. Um die Spitzenposition zu
2189 verteidigen, braucht es neue Weichenstellungen. Nicht allein steigende Übernachtungszahlen
2190 sollten im Fokus stehen, sondern Investitionen in eine höhere Qualität der Beherbergung,
2191 Verköstigung und Unterhaltung sowie die Verlängerung der Saison. Nur so bleibt unser Land
2192 attraktiv für Touristen und die Branche für die so dringend benötigten Fachkräfte. Auch die
2193 Bezahlung letzterer muss sich verbessern. Niedrige Löhne und bis zu 10.000 Beschäftigte, die
2194 lediglich saisonal im Gastgewerbe beschäftigt werden, sprechen eine deutliche Sprache.

2195

2196 Wir wollen

2197 - die Tarifparteien ermuntern, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen, über Tarifverträge
2198 das Lohnniveau im Gastgewerbe anzuheben. Jegliche Versuche, das Arbeitszeitgesetz
2199 aufzuweichen, lehnen wir entschieden ab. Die tägliche Höchstarbeitszeit dient dem
2200 Arbeits- und Gesundheitsschutz der Beschäftigten. Ihre Abschaffung ist kein Beitrag zu
2201 attraktiveren Arbeitsbedingungen.

2202 - eine Bundesratsinitiative für ein Saisonkurzarbeitergeld im Tourismus initiieren,
2203 welches sich an den Regelungen der Baubranche orientiert. Darüber hinaus soll das

2204 Projekt Saisonzuschuss mit der Branche ausgewertet und neu aufgelegt werden. Ziel
2205 bleibt es, die Unternehmen in die Lage zu versetzen, saisonale Schwankungen besser
2206 auszugleichen und ihre Beschäftigten auch in der ganzjährig zu beschäftigen.
2207
2208 Beim Kinder- und Jugendtourismus wieder Vorreiter werden
2209 Wir treten dafür ein, dass jede und jeder die Möglichkeit haben muss, zu verreisen. Folgerichtig
2210 stellen Reisen für Familien, Alleinerziehende mit Kindern sowie Kinder- und Jugendreisen
2211 Schwerpunkte dar. Für Menschen mit Behinderungen muss eine umfassende Barrierefreiheit
2212 in der gesamten touristischen Kette zum Standard werden
2213
2214 Wir wollen
2215 - daher die Mittel für Familienreisen im Land erhöhen.
2216
2217 Mecklenburg-Vorpommern hat seine herausragende Stellung im Kinder- und Jugendtourismus
2218 eingebüßt. Ein jahrelanger Investitionsstau und die mangelnde Förderung, vor allem
2219 gemeinnütziger Einrichtungen, gingen zu Lasten der Konkurrenzfähigkeit und haben zu
2220 unzähligen Schließungen geführt.
2221
2222 Wir wollen
2223 - einen Masterplan erarbeiten, der die bestehenden Einrichtungen untersucht und den
2224 notwendigen baulichen Investitionsbedarf ermittelt. Ein mit der Branche abgestimmtes
2225 Investitionsprogramm soll dabei helfen, wieder Anschluss an aktuelle Standards zu
2226 finden.
2227 - eine Vernetzungsstelle für den Kinder- und Jugendtourismus schaffen und einen jährlich
2228 stattfindenden Branchentag etablieren.
2229
2230 Unternehmensgründungen und Betriebsnachfolgen
2231 Mecklenburg-Vorpommern gehört zu den Bundesländern mit dem geringsten
2232 Gründungsgeschehen. Um das zu ändern, braucht es ein gründerfreundliches Klima. Dazu
2233 gehört, dass Wirtschaft und Wissenschaft besser zusammengebracht werden. Ferner muss
2234 notwendiges Risikokapital unbürokratisch bereitgestellt werden. Einzelne Fonds dafür stehen
2235 auch in Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung, jedoch wird die Förderkulisse von den
2236 ansässigen Start-Ups als verbesserungswürdig bewertet. Deshalb gilt es, die vorhandenen
2237 Programme zu überprüfen und Hürden abzubauen.
2238
2239 Wir wollen
2240 - Innovationscamps als neues Format einführen, um die unterschiedlichen Gruppen
2241 zueinander zu bringen. Dies dient der besseren Vernetzung von bestehenden Start-Ups,
2242 der Wirtschaft im Land, der Wissenschaft und den Gründungswilligen mit innovativen
2243 Ideen. Bisher durchgeführte Tageskonferenzen erachten wir nicht als zielführend für ein
2244 intensives Kennenlernen und den gemeinsamen Austausch über konkrete
2245 Herausforderungen sowie die Erarbeitung von Lösungen.
2246

2247 Neben Existenzgründungen ist auch die Betriebsnachfolge ein zentrales Thema für
2248 Mecklenburg-Vorpommern. Viele tausend Unternehmen müssen in den nächsten Jahren einen
2249 Nachfolger finden oder verschwinden vom Markt.

2250

2251 Wir wollen

2252 - dass die Nachfolgezentrale ein seriöser und verlässlicher Ansprechpartner für
2253 Nachfolgesuchende und potentielle Nachfolger bleibt. Dazu ist es erforderlich, dass sie
2254 finanziell gut ausgestattet wird und keine Partnerschaften zur Finanzierung ihrer Arbeit
2255 mit Dritten eingehen muss. So soll das Angebot für alle Seiten kostenfrei bleiben, damit
2256 es ohne Hemmnisse in Anspruch genommen werden kann.

2257 - Eine personelle Aufstockung, um die Arbeit weiter zu professionalisieren und der
2258 Nachfolgezentrale zu ermöglichen, die steigenden Anforderungen zu bewältigen.

2259

2260 Arbeit 4.0 geht nur mit den Beschäftigten

2261 Computer oder von ihnen gesteuerte Maschinen können künftig die Tätigkeit, jedes fünften
2262 Beschäftigten in Mecklenburg-Vorpommern, annähernd ersetzen. Dabei gibt es
2263 branchenbezogen große Unterschiede. Im Hotel- und Gaststättengewerbe sowie im
2264 Gesundheits- und Sozialwesen sind die Möglichkeiten, menschliche Tätigkeiten zu ersetzen
2265 geringer, als im Verkehrssektor und in der Logistik. Hier müssen sich Beschäftigte mit
2266 einfachen Tätigkeiten darauf einstellen, Konkurrenz durch Computer zu bekommen, zum
2267 Beispiel in Gestalt von autonomen Fahrzeugen. Durch die Digitalisierung in der Arbeitswelt
2268 werden aber auch viele neue Jobs entstehen. Damit Beschäftigte diese dann auch ausfüllen
2269 können, muss der Fokus in Zukunft viel stärker als bislang auf die Themen Qualifizierung und
2270 Weiterbildung gerichtet werden.

2271

2272 Wir wollen,

2273 - dass Weiterbildung künftig denselben Stellenwert wie die Ausbildung bekommt.
2274 Anstrengungen, die darauf gerichtet sind, Arbeit und Lernen in den Unternehmen
2275 besser miteinander zu verzahnen, sind zu fördern und zu unterstützen.

2276 - die Wirksamkeit des Bildungsfreistellungsgesetzes überprüfen und bedarfsgerecht
2277 weiterentwickeln.

2278

2279 Die Beschäftigten sehen sich schon heute hohen Flexibilitätsanforderungen ausgesetzt. Der
2280 Informationsfluss hat sich verdichtet. Durch Homeoffice und ständige Erreichbarkeit auf
2281 Tablets und Smartphones vermischt sich Arbeit immer mehr mit dem Privatleben. All dies
2282 beeinflusst Gesundheit und Arbeitsfähigkeit. Wir wollen daher die Bemühungen unterstützen,
2283 die dabei helfen, die Arbeit der Zukunft besser zu gestalten, um psychische Fehlbelastungen zu
2284 vermeiden, Qualifizierung zu stärken und Arbeitszeit auch im Sinne der Beschäftigten zu
2285 flexibilisieren.

2286

2287 Wir wollen

2288 - das sozialpartnerschaftliche Projekt „M-V Works“ bekannter machen und weiterhin
2289 unterstützen. Die Begleitung von Digitalisierungsprojekten in Unternehmen, die sich mit

2290 der Gestaltung und Entwicklung von Arbeitsbeziehungen befassen, ist uns dabei ebenso
2291 wichtig, wie der Erfahrungsaustausch zwischen Beschäftigten, Betriebsräten und
2292 Führungskräften.

2293

2294 Mehr Wertschöpfung durch industrielle Entwicklung

2295 Mecklenburg-Vorpommern hat nach wie vor die geringste Industriedichte aller Flächenländer
2296 in Deutschland. Auch daraus resultiert ein geringes Lohnniveau im Land. Bisher wird
2297 Mecklenburg-Vorpommern national und international vorwiegend als Tourismus- und
2298 Gesundheitsland wahrgenommen. Doch der Nordosten kann mehr. Dafür ist es notwendig, das
2299 Landesmarketing stärker auf die wirtschaftlichen und infrastrukturellen Vorteile des Landes
2300 auszurichten, um den Standort für Industrieansiedlungen interessant zu machen. Um
2301 Innovationen zu nutzen, die Wertschöpfung und die Produktivität der Unternehmen erheblich
2302 zu steigern, braucht es eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik. Dafür ist eine umfassende
2303 Industriestrategie notwendig, die regelmäßig angepasst wird.

2304

2305 Wir wollen

2306 - daher gemeinsam mit den Sozialpartnern eine Industriestrategie erarbeiten und
2307 regelmäßig fortschreiben, um neue Impulse für die Ansiedlung innovativer
2308 Unternehmen zu schaffen und auf diesem Weg die Wertschöpfung und das Lohnniveau
2309 zu erhöhen.

2310

2311

2312 18. Bauen, Wohnen und Landesentwicklung

2313

2314 Es hat sich viel getan. Es wurde viel gebaut, saniert und verschönert. Städte und Dörfer
2315 erstrahlen im neuen Glanz. Dennoch bleibt viel zu tun. Der strukturelle und demografische
2316 Wandel halten an, Stadt- und Dorferneuerung sind und bleiben eine Daueraufgabe und die
2317 dauerhafte Sicherung bezahlbaren Wohnens als Grundrecht ist uns Verpflichtung.

2318

2319 Gleichwertige Lebensverhältnisse in M-V als Verfassungsgrundsatz

2320 Nach wie vor sind die Unterschiede in der Entwicklung und den Lebensverhältnissen zwischen
2321 den Landesteilen Mecklenburg und Vorpommern, dem Küsten- und Binnenland und zwischen
2322 Stadt und Land groß.

2323

2324 Wir wollen

2325 - gleiche Chancen und gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im ganzen
2326 Land erreichen. Dies betrifft den Zugang zu Kultur und Bildung, intakter Infrastruktur
2327 und öffentlichen Verkehrsangeboten sowie Arbeitsmöglichkeiten. Diesen Grundsatz
2328 wollen wir in der Landesverfassung verankern.

2329 - nach dem Grundsatz der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und
2330 Arbeitsbedingungen handeln. Bei Standortentscheidungen und der Vergabe öffentlicher
2331 Mittel ist zu berücksichtigen, ob diese dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse
2332 dienen.

- 2333 - strukturschwache Regionen besonders fördern.
2334 - Vorpommern weiterhin unterstützen bei der Zusammenarbeit und dem
2335 Zusammenwachsen mit der Metropolenregion Szczecin (Stettin) und den Ländern im
2336 Baltikum sowie das gelebte Miteinander in den Grenzregionen zu Polen weiter
2337 befördern.

2338

2339 Pulsierende Städte mit Charme

2340 Die größeren Städte des Landes entwickeln sich allesamt positiv. Jede Stadt hat ihre Eigenart,
2341 ihren eigenen Charme. Sie haben hohe Anziehungskraft als Wohn- und Arbeitsort oder als
2342 Besuchermagnet. Sie sind jeweils Wirtschaftsstandort sowie Kultur-, Bildungs-, Versorgungs-
2343 und Dienstleistungszentrum für die Region und auch das Land.

2344

2345 Wir wollen

- 2346 - die Entwicklung der Region Rostock als Regiopole und die stetige Weiterentwicklung
2347 der Stadt-Umland-Konzepte zum Vorteil der Regionen um die großen Städte weiter
2348 unterstützen.
2349 - die jeweiligen Besonderheiten und Stärken der Städte hervorheben, um Potenziale zu
2350 heben und ihre Alleinstellungsmerkmale weiter zu stärken.
2351 - einer Verödung von Innenstädten entgegenwirken und den Wandel im stationären
2352 Einzelhandel mit dem Ziel des Erhalts von Ladenlokalen und guter Aufenthaltsqualität
2353 mit Kultur, Gastronomie und Grün befördern. Dafür setzen wir uns für eine Anhebung
2354 der Bundesförderung bei der Städtebauförderung ein, die durch Landesmittel zu
2355 ergänzen ist.

2356

2357 Keine Region darf abgehängt werden

2358 Besonders strukturschwache Regionen wie die im Landesraumentwicklungsprogramm
2359 ausgewiesenen „ländlichen GestaltungsRäume“ brauchen weiterhin besondere Unterstützung.
2360 Dies betrifft die küstenfernen Räume, insbesondere in Vorpommern, aber auch im östlichen
2361 und zentralen Mecklenburg.

2362

2363 Wir wollen

- 2364 - mittels eines „Regionalbudgets für Strukturentwicklung“ die innerhalb dieser
2365 Gebietskulisse gelegenen Kommunen zusätzlich unterstützen. Vor Ort soll
2366 eigenverantwortlich bestimmt werden, wofür die Mittel eingesetzt werden. Es gilt
2367 beispielsweise regionale Potenziale zu erschließen, vorhandene Initiativen umzusetzen
2368 oder dauerhaft tragfähige Strukturen, insbesondere der Daseinsvorsorge, zu sichern.
2369 Das Regionalbudgets soll den Strategiefonds ersetzen und mit jährlich 50 Mio. Euro
2370 ausgestattet werden.
2371 - weiterhin und verstärkt ländliche Räume fördern und dafür alle Möglichkeiten der neuen
2372 EU-Förderperiode nutzen.

2373

2374

2375

2376 Städte und Dörfer erneuern und entwickeln
2377 Städte und Dörfer befinden sich in einem steten Wandlungsprozess. Besonders aufgrund des
2378 demografischen Wandels sowie anhaltender wirtschaftlicher Veränderungen bleiben
2379 Städtebauförderung und Dorferneuerung auch weiterhin eine Daueraufgabe. Sie haben nicht
2380 nur attraktive Ortsbilder zum Ziel, sondern wirken identitätsstiftend, verbessern die
2381 Lebensqualität und ermöglichen ein vitales Stadt- und Dorfleben. Leider erreicht die
2382 Städtebauförderung der Bund-Länder-Programme viele Orte in M-V nicht mehr.

2383

2384 Wir wollen

- 2385 - weiterhin die Kofinanzierung von Mitteln der Europäischen Union und des Bundes durch
2386 weitere Landesmittel sichern und den Einsatz von Landesmitteln für die Stadt- und
2387 Dorferneuerung auf gleichem Niveau fortführen.
- 2388 - erreichen, dass sich Einwohner*innen stärker in die Stadt- und Dorferneuerung und -
2389 entwicklung einbringen und sich engagieren. Sie wissen selbst am besten, was sie
2390 brauchen und wollen. Neue Kommunikationsstrategien und Formen der Beteiligung sind
2391 zu stärken.
- 2392 - ein Landesprogramm zur Städtebauförderung neu auflegen, das besonders in kleinen
2393 Städten und bei Einzelmaßnahmen wirken soll, dort wo die Bund-Länder-Programme
2394 der Städtebauförderung nicht oder unzureichend greifen. Es soll unbürokratisch
2395 zugänglich und flexibel nutzbar ist. Der Eigenmittelanteil soll max. 25 Prozent betragen.
- 2396 - den Flächenverbrauch reduzieren. Innerörtliche Entwicklung muss konsequent vor
2397 Außenentwicklung gehen. Bevor neue Flächen in Anspruch genommen werden, sollen
2398 Gebäude umgenutzt, Brachen wiederverwertet und bebaute Bereiche nachverdichtet
2399 werden. Bei Straßenbaumaßnahmen gilt der Grundsatz: Instandhaltung und -setzung
2400 vor Ausbau sowie Ausbau vor Neubau.

2401

2402 Baukultur macht unser Land einzigartig

2403 Das Land verfügt über einzigartige Zeugnisse der Baukultur. Baukultur ist identitätsstiftend und
2404 ist zunehmend wichtiger Wirtschaftsfaktor auch gerade in ländlichen Räumen.

2405

2406 Wir wollen

- 2407 - das baukulturelle Erbe erhalten, aber auch erreichen, dass baukulturelle Aspekte nicht
2408 nur bei bedeutenden historischen und modernen Bauvorhaben, sondern für alle
2409 Bauvorhaben selbstverständlich werden.
- 2410 - das Netzwerk Baukultur stärker unterstützen.

2411

2412 Stadt und Land - Hand in Hand

2413 Das zentrale Orte-System bildet ein Netz von Orten, die Aufgaben der Daseinsvorsorge und
2414 Versorgung mit Waren und Dienstleistungen in unterschiedlichem Maße auch für ihr Umland
2415 wahrnehmen. Die Mittel- und Oberzentren sind für die Entwicklung des gesamten Landes und
2416 der jeweiligen Region unverzichtbar. Je lebendiger und attraktiver, desto mehr strahlen sie in
2417 die Fläche aus. Die Grundzentren sind wichtige Ankerpunkte in den ländlichen Räumen und
2418 besonders zu stärken. Weil sich zunehmend Einzelhandel, Handwerk, Dienstleistungen und

2419 Banken zurückziehen, gilt es, grundlegende Daseinsvorsorge und Grundversorgung
2420 aufrechtzuerhalten. Möglichst adäquate - auch mobile und digitale - Angebote sind zu schaffen
2421 sowie alles zu unternehmen, um einen weiteren Funktionsverlust zu stoppen.

2422

2423

2424 Wir wollen

2425 - Grundzentren mindestens auf dem Niveau von 2020 beim Finanzausgleichsgesetz
2426 dauerhaft unterstützen und der Entwicklung von Kleinstädten besondere
2427 Aufmerksamkeit zukommen lassen.

2428 - Projekte, wie etwa das Kleinstadtforum beim Planungsverband Vorpommern, fördern
2429 und auf alle Planungsregionen ausdehnen.

2430 - Leerstandsmanagement sowie Initiativen „Jung kauft alt“ etablieren.

2431

2432 Die Sicherung eines flächendeckenden Grundangebotes an Daseinsvorsorge und Versorgung
2433 darf sich nicht an Verwaltungsgrenzen oder einer raumordnerisch erfolgten Zuordnung von
2434 Gemeinden zu zentralen Orten orientieren, sondern vornehmlich am Kriterium der
2435 Erreichbarkeit. Zumutbare Entfernungen und die Sicherung von Mobilität auch über flexible
2436 Bedienungsformen des öffentlichen Nahverkehrs sind auch angesichts einer älter werdenden
2437 Bevölkerung elementare Voraussetzungen für den Zugang und die Absicherung von
2438 Grundbedürfnissen. Wo es notwendig ist, sind Anlagen und Einrichtungen für Daseinsvorsorge
2439 und Versorgung zu bündeln. Insbesondere in den Kleinstädten der peripheren ländlichen
2440 Räume sind weitgehend selbst tragende Strukturen zu unterstützen. Gelingt es beispielsweise
2441 nicht, einen Nachfolger für die Hausarztpraxis oder den Laden zu finden, wollen wir die
2442 Gemeinden dabei unterstützen, die Grundversorgung gemeinsam zu organisieren. Mit der
2443 Zusammenarbeit zwischen den Kommunen bei der Daseinsvorsorge sollen die Gemeinden
2444 unter sich entscheiden, ob beispielsweise ein kommunales Hausarztzentrum mehrere
2445 Gemeinden zentral versorgt oder ein Arzt in mehreren Orten abwechselnd Sprechstunden
2446 abhält. Die Landesinitiative „Neue Dorfmitte“ wollen wir weiterführen und fördern.

2447

2448 Wohnen ist Grundrecht und ist dauerhaft zu sichern

2449 Bedarfsgerechter und bezahlbarer Wohnraum gehören für alle zu den grundlegend notwendigen
2450 Dingen des Lebens. Das eigene Zuhause und die häusliche Geborgenheit sind gerade in der
2451 Pandemie wichtiger denn je geworden. Niemand soll Angst haben, sich die eigenen vier Wände
2452 nicht mehr leisten zu können. Es gibt Orte in M-V, manchmal sind es nur einzelne Stadtteile, in
2453 denen die Mieten rasant angestiegen sind in den letzten Jahren. Familien, Alleinerziehende,
2454 Menschen mit geringen Einkommen und viele andere haben große Problem, bezahlbaren und
2455 geeigneten Wohnraum zu finden. Wenn Mieter*innen weit mehr als 30 Prozent des ihnen zur
2456 Verfügung stehenden Geldes für Wohnkosten – für Miete, Betriebskosten, Heizung, Strom -
2457 ausgeben müssen, bleibt ihnen zu wenig zum Leben. In Rostock, Greifswald und anderen
2458 Städten sowie in den touristischen Hochburgen ist es extrem schwierig geworden, bezahlbare
2459 vier Wände oder überhaupt Wohnraum zu finden. Mitarbeiter*innen der Hotellerie oder
2460 Gastronomie können nicht in den Orten wohnen, in denen sie arbeiten. Stattdessen müssen
2461 sie pendeln und weite Fahrtwege auf sich nehmen. Junge Leute, die in der Ausbildung sind oder

2462 studieren, zahlen immer mehr für teuren Wohnraum; wir wollen sie unterstützen; einen ersten
2463 Erfolg konnte DIE LINKE. M-V im Landtag erzielen, die Förderung studentischen Wohnraums
2464 wurde erleichtert. Auf der anderen Seite kämpfen Gemeinden im ländlichen Raum mit
2465 Leerstand und geraten Wohnungsunternehmen in wirtschaftliche Schieflage. Wo Wohnen
2466 unattraktiv und nicht mehr bedarfsgerecht ist sowie Infrastruktur fehlt, beschleunigt sich
2467 Abwanderung und die Abwärtsspirale strukturschwacher ländlicher Regionen.

2468 Die soziale Spaltung beim Wohnen ist in Mecklenburg-Vorpommern besonders krass. Wer viel
2469 Geld hat, wohnt dort, wer wenig Geld hat, wohnt hier – zumeist in der Platte. Arm und Reich
2470 leben nicht mehr zusammen. Eine Studie hat wieder bewiesen, dass sich die soziale Spaltung
2471 an Postleitzahlen oder Straßennamen ablesen lässt. Dazu kommt, dass Kinder nicht die
2472 gleichen Kitas oder Schulen besuchen, kulturelle Angebote nicht fair verteilt sind und auch
2473 Freizeiteinrichtungen nicht für alle Menschen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Diese
2474 Spaltung zu lindern oder sogar aufzuheben, ist ein Kraftakt über viele Jahre.

2475

2476 Wir wollen

2477 - die betroffenen Kommunen mit Landeshilfe unterstützen, denn viele Maßnahmen sind
2478 notwendig, um der Spaltung entgegen zu wirken, besondere Förderprojekte im Rahmen
2479 der sozialen Wohnraumförderung oder der Städtebauförderung müssen entwickelt
2480 werden.

2481 - die Zusammenarbeit, die im Rahmen des Projektes „Zukunft des Wohnens“ begonnen
2482 hat, muss weitergeführt werden.

2483

2484 Wohnen mit sozialen Mieten, angemessen, klima- und bedarfsgerecht

2485 Die soziale Sicherung des Wohnens beruht auf drei Säulen, die wir weiterhin stärken wollen.
2486 Das sind die soziale Wohnraumförderung, die Zahlung von Wohngeld und die Übernahme der
2487 Kosten für Unterkunft und Heizung. Für die soziale Wohnraumförderung sind die Länder
2488 verantwortlich. Die Landesregierung hat über Jahre jeweils 20 Mio. Euro jährlich Bundesmittel
2489 nicht fürs Wohnen eingesetzt, sondern anderweitig investiert. Der Bund hat schließlich
2490 entschieden, dass M-V deutlich weniger Geld für die soziale Wohnraumförderung erhält. Das
2491 ist bitter. In den letzten drei Jahren wurden lediglich 335 Wohnungen mit Landesunterstützung
2492 in M-V fertiggestellt. Zwei Jahrzehnte lang wurde der Neubau von Wohnungen überhaupt nicht
2493 gefördert. Unser Ziel bleibt es, dass angemessener Wohnraum nicht mehr als 30 Prozent des
2494 Haushaltsnettoeinkommens bei unter- und durchschnittlichem Einkommen kosten darf.

2495

2496 Wir wollen

2497 - uns dafür einsetzen, die Soziale Wohnraumförderung wieder auf breite Schichten der
2498 Bevölkerung auszurichten – mit deutlich mehr Mitteln auch vom Bund.

2499 - Der Ersatzneubau soll förderfähig werden, wenn der Wohnungsbestand nur mit
2500 unverhältnismäßig hohem Aufwand barrierefrei umgebaut und energetisch saniert
2501 werden könnte.

2502

2503

2504

2505 Selbstbestimmtes Wohnen in jedem Alter

2506 Die Bevölkerung in M-V wird immer älter. Wer älter wird oder erkrankt, hat es schwer genug.

2507 Wenn man dann noch Angst um die eigene Wohnung haben muss, weil sie zu teuer ist oder

2508 nicht mehr geeignet, entsteht eine sehr belastende Situation.

2509

2510 Wir wollen

2511 - dass jeder Mensch selbst entscheiden kann, wo und mit wem er leben möchte –
2512 gegebenenfalls mit gemeindenahen Unterstützungsdiensten oder persönlicher
2513 Assistenz.

2514 - den Anteil barrierefreier Wohnungen deutlich erhöhen - ob Aufzüge, Treppenlifte oder
2515 andere Lösungen, die Barrieren abbauen – die Wohnraumförderung muss solche Hilfen
2516 immer möglich machen.

2517 - Angebote für Beratungsstellen zur barrierefreien Wohnraumanpassung flächendeckend
2518 auf den Weg bringen.

2519 - gemeinschafts- und generationsübergreifende solidarische Wohnformen fördern. Für
2520 neue Wohnformen wollen wir die Menschen gewinnen. Hierzu werden wir
2521 Förderprogramm auflegen.

2522 - die Landesbauordnung und möglichst auch die Musterbauordnung dahingehend
2523 ändern, dass die Einhaltung der Vorschriften zur Barrierefreiheit bei Planung und Bau
2524 wieder zu prüfen ist.

2525

2526 Aber nicht nur die Wohnungen sollen barrierefrei sein, sondern auch das Wohnumfeld. Dafür
2527 werden wir uns einsetzen.

2528

2529 Wir wollen

2530 - den Maßnahmeplan der Landesregierung zur Umsetzung des Übereinkommens der
2531 Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen „Mecklenburg-
2532 Vorpommern auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft“ auf den Prüfstand stellen
2533 und weiterentwickeln.

2534 - das Landesbehindertengleichstellungsgesetz an die UN-Behindertenrechtskonvention
2535 anpassen.

2536 - erreichen, dass insbesondere auch private Anbieter und Investoren wirksam zur
2537 Beseitigung von Barrieren verpflichtet werden. Dazu bedarf es verbindlicher Regelungen
2538 für mehr Zugänglichkeit etwa beim Wohnen, Einkaufen, in der Freizeit und im Tourismus.

2539

2540 Wohnkosten bezuschussen

2541 In Mecklenburg-Vorpommern gibt es doppelt so viele Wohngeldhaushalte wie im
2542 Bundesdurchschnitt. Über die Hälfte davon sind Haushalte von Rentner*innen. Die Kosten für

2543 das Wohngeld tragen jeweils zur Hälfte Bund und Länder. Das Wohngeld wird ab 2022 alle zwei
2544 Jahre an die Entwicklung der Wohnkosten und Verbraucherpreise angepasst, das ist auch unser

2545 Erfolg. Seit Beginn dieses Jahres gibt es eine neue CO₂-Komponente bei den Heizkosten. Diese
2546 federt jedoch nur die höheren Brennstoffkosten durch die CO₂-Bepreisung ab.

2547

2548 Wir wollen

2549 - uns weiterhin dafür einsetzen, dass das Wohngeld auf Basis der Bruttowarmmiete
2550 berechnet wird, also die Heizkosten voll einbezieht.

2551 - Wir wollen die Landkreise bzw. kreisfreien Städte unterstützen, in den KdU-Richtlinien
2552 eine Klimakomponente zu verankern. Richtwerte für die Angemessenheit der
2553 Unterkunftskosten sollen gestaffelt nach dem Endenergieverbrauch aufgenommen
2554 werden. Damit werden höhere Unterkunftskosten bei gutem energetischem Zustand
2555 anerkannt.

2556

2557 Wohnungsunternehmen wirtschaftlich stabilisieren und stärken

2558 Dem Großteil der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen geht es
2559 wirtschaftlich gut. Sie sind gut für die Zukunft aufgestellt und ein wichtiger Partner bei der
2560 Sicherung des sozialen Wohnens und der Aufgabe, jeder und jedem ein Dach über dem Kopf
2561 zu gewähren und Wohnungslosigkeit zu unterbinden. Doch sind weiterhin
2562 Wohnungsunternehmen in ihrer Existenz gefährdet. Die Altschulden kommunaler
2563 Wohnungsunternehmen liegen zumeist im Millionenbereich. In M-V haben kommunale
2564 Wohnungsunternehmen rund 320 Mio. Euro und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen
2565 noch rund 200 Mio. Euro Altschulden. Für die Genossenschaften zeichnet sich bis heute keine
2566 Lösung für die Altschuldenentlastung ab. Der Bund ignoriert dieses rein ostdeutsche Problem
2567 beharrlich. Ein von der Landesregierung begonnenes Verfahren zur Entlastung betroffener
2568 Kommunen (Entschuldungsfonds) wird noch Monate dauern und selbst dann ist die
2569 beschlossene Entlastung ein Tropfen auf den heißen Stein. Leidtragende sind vor allem
2570 Mieter*innen in ländlichen Regionen, die weiter auf Modernisierung, energetische Sanierung
2571 und den Abbau von Barrieren warten. Mit der Wiedervereinigung wurde politisch entschieden,
2572 den Wohnungsbeständen eine Schuldenlast aus DDR-Wohnungsbaukrediten zuzuordnen. Der
2573 Plan, dass die Schulden durch die Mieteinnahmen schnell abgetragen werden, ging nicht auf.
2574 Verdient haben nur die Banken, und sie tun es noch – denn die Gebäude mussten zunächst
2575 zudem mit weiteren Krediten modernisiert werden. Bei hohem Leerstand brachen die
2576 Einnahmen ein. Selbst bei Abriss verblieben die Altschulden und müssen weiter bedient
2577 werden.

2578

2579 Wir wollen

2580 - die wirtschaftliche Stabilität kommunaler und genossenschaftlicher
2581 Wohnungsunternehmen sichern und erhalten.

2582 - keinen Verkauf von Anteilen oder Wohnungen kommunaler Wohnungsgesellschaften.

2583 - den gemeinwohlorientierten, solidarischen Genossenschaftsgedanken fördern und
2584 Vorhaben einer neuen gemeinnützigen Wohnungswirtschaft unterstützen.

2585 - die Entlastung der Kommunen und Wohnungsunternehmen von Altschulden aus dem
2586 DDR-Wohnungsbau. Dafür sind jährlich 25 Mio. Euro einzuplanen.

2587

2588 Mietenanstieg entgegenwirken

2589 Für Rostock und Greifswald gelten Verordnungen, die den Mietanstieg für bestehende
2590 Mietverträge als auch bei Wiedervermietung begrenzen sollen. Dort und in weiteren Orten oder

2591 Ortsteilen des Landes mit Wohnungsknappheit gilt es Maßnahmen gegen Wohnraumknappheit
2592 und die Ausweitung des Angebots für bezahlbaren Wohnraum zu unterstützen. Dies schließt
2593 etwa das Erschweren der Zweckentfremdung von Wohnraum, die Sicherung des Milieuschutzes
2594 oder den Ankauf von Belegungsrechten mit ein.

2595

2596 Wir wollen

- 2597 - Kommunen unterstützen, die Umnutzung von Wohnraum zu verhindern bzw. zu
2598 drosseln,
- 2599 - die Wohnraumförderung auch zu öffnen für den Anlauf von Belegungsrechten und
2600 Förderrichtlinien weiterzuentwickeln, etwa um energetische Sanierung
2601 wärmietenneutral zu ermöglichen.
- 2602 - die weitere Absenkung bis hin zur Streichung der Modernisierungumlage unterstützen.
- 2603 - uns für einen sozial gerechten und mietspreisdämpfenden Mietspiegel einsetzen. In
2604 einem zweiten Schritt wollen wir die Kommunen motivieren, qualifizierte Mietspiegel
2605 aufzustellen und den Betriebskostenspiegel als Ergänzung des Mietspiegels
2606 durchsetzen.
- 2607 - Für Wohnungsbau geeignete Landesflächen sind für soziale Wohnbauvorhaben zu
2608 nutzen bzw. in einem Bodenfonds vorzuhalten. Kommunale Grundstücke sollen
2609 möglichst nicht veräußert werden, sondern über Erbpacht bezahlbarer Wohnraum
2610 geschaffen werden können. Ankäufe zur Bodenbevorratung für sozialen Wohnungsbau
2611 müssen für Kommunen erleichtert möglich sein. Ein Verkauf von Grundstücken soll
2612 allenfalls über Konzeptvergaben erfolgen und Mietpreise und soziale Zusammensetzung
2613 der Bevölkerung positiv beeinflussen. Wir wollen auf diese Weise auch innovative
2614 Wohnprojekte wie gemeinschaftliche Eigentums- und Organisationsformen
2615 ermöglichen und eine alternative soziale Infrastruktur schaffen.
- 2616 - erstmals einen Wohnungsbericht einführen und eine regelmäßige Berichterstattung
2617 veranlassen. Auf Grundlage des Wohnungsberichts und eines Monitorings soll gezielt
2618 darauf reagiert werden.

2619

2620

2621 19. Innen

2622

2623 Für DIE LINKE. M-V beinhaltet persönliche und öffentliche Sicherheit die Wahrung der
2624 Grundrechte. Sie muss für alle in Mecklenburg-Vorpommern lebenden Menschen gewährleistet
2625 sein. Sicherheit ist auch ein Gefühl, wir schätzen es in keiner Weise gering, wenn Menschen in
2626 ganzen Regionen, Stadtteilen oder Dörfern sich nicht wirklich so sicher fühlen, wie sie es
2627 sollten. Aber den Menschen dieses Gefühl ausreden oder durch bloß symbolische Handlungen
2628 reduzieren zu wollen, ist für uns keine Option.

2629 Das Eintreten für soziale Gerechtigkeit stand und steht im Mittelpunkt unserer Politik. Deshalb
2630 ist neben den traditionellen sozialen Themen die weitere Demokratisierung der Gesellschaft ein
2631 Schwerpunkt und darum ist DIE LINKE. M-V auch in Fragen der Sicherheit eine kompetente
2632 Ansprechpartnerin. Die Einwohner*innen unseres Bundeslandes fordern zu Recht die
2633 Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit und Schutz vor Kriminalität. Wir beteiligen uns aber

2634 nicht an einem sicherheitspolitischen Wettrennen. Wir stellen dem konservativen Konzept vom
2635 „starken Staat“ unser Konzept der „Persönlichen und öffentlichen Sicherheit“ entgegen. In
2636 diesem Konzept, von der Linksfraktion im Landtag erarbeitet und mehrfach fortgeschrieben,
2637 sprechen wir uns für eine bürgernahe Polizei und für einen demokratischen Rechtsstaat als
2638 schützenswerte Errungenschaften aus. Für uns ist Polizei gegenwärtig und künftig ein
2639 erheblicher Faktor zur Gefahrenabwehr und Kriminalitätsbekämpfung.

2640

2641 Wir wollen

- 2642 - eine gut ausgestattete, gut ausgebildete und gut organisierte bürgernahe Polizei als
- 2643 unverzichtbarer Bestandteil persönlicher und öffentlicher Sicherheit.
- 2644 - Strukturentwicklungen und Personalbedarfsplanungen bei der Polizei künftig anhand
- 2645 solcher Parameter wie etwa Kriminalitätsentwicklung, Verkehrssicherheit und
- 2646 Entwicklung der Belastungssituation vornehmen.
- 2647 - eine ihren Aufgaben entsprechende, modernen Erkenntnissen Rechnung tragende
- 2648 personelle und sachliche Ausstattung der Polizei. Unsere Grundposition dabei bleibt:
- 2649 Polizeiliche Ausrüstung ja, polizeiliche Aufrüstung nein.

2650

2651 Ein verantwortungsbewusstes Wirken der Polizei ist zu achten. Deshalb und weil für DIE LINKE.
2652 M-V Gewalt kein Mittel der politischen Auseinandersetzung ist, lehnen wir Gewalt und Angriffe
2653 auf Polizeikräfte, Feuerwehrlaute und Rettungskräfte ab. Diese Auseinandersetzung mit dem
2654 Gewaltthema darf aber nicht als Mittel genutzt werden, um legitimen politischen Protest zu
2655 kriminalisieren. So werden wir auch weiterhin zu gewaltfreien Demonstrationen und wo nötig
2656 zu Sitzblockaden aufrufen und den Beschluss des Landtag Mecklenburg-Vorpommern zur
2657 Demonstrationskultur im Land mit Leben erfüllen. Polizeibeamt*innen sind
2658 Staatsbürger*innen in Uniform, die unseren Respekt verdienen. Sie agieren jedoch nicht im
2659 rechtsfreien Raum. Deshalb werden wir auch weiterhin Entwicklungen wie sie in der
2660 „Nordkreuz“-Affäre oder bei den Vorgängen im SEK oder bei Fällen des Datenmissbrauchs von
2661 Polizeibeamt*innen oder beim Verfassungsschutz deutlich wurden, entschieden
2662 entgegenzutreten, Aufklärung und Konsequenzen einfordern. Dazu gehört auch die Erarbeitung
2663 einer „Racial-Profilings-Studie“ in der Landespolizei.

2664 Auch bleiben wir bei unserer Forderung nach einer unabhängigen Polizei-Beschwerdestelle mit
2665 eigenen Ermittlungsbefugnissen für alle Menschen. Der enorme Zuwachs an polizeilichen
2666 Eingriffsbefugnissen erfordert entsprechende Mechanismen zur Kontrolle und zur Aufklärung
2667 von Fehlverhalten. Bisher im Land getroffene Regelungen entsprechen diesen Anforderungen
2668 nicht.

2669

2670 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit stärken

2671 DIE LINKE. M-V setzt sich für ein friedliches und partnerschaftliches Zusammenleben in Europa
2672 und der Welt ein. Wir sind bestrebt, die Europäische Union hin zu einer sozialen und
2673 solidarischen Gemeinschaft zu entwickeln. Europäische Integration und grenzüberschreitenden
2674 Zusammenarbeit haben für uns deshalb einen hohen Stellenwert. Insbesondere im Ostseeraum
2675 sind wir an einer verstärkten Zusammenarbeit interessiert und unterstützen entsprechende

2676 Gremien. Die angespannten Beziehungen zu Russland müssen wieder entspannt werden. Ein
2677 sicheres und friedliches Europa kann es nur mit und nicht gegen Russland geben.

2678

2679

2680 20. Kommunales

2681

2682 Die Städte und Gemeinden sind das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen.
2683 Wir wollen sie unterstützen, vor Ort mitzugestalten und mitzuwirken. Das heißt für uns, Kinder
2684 und Jugendliche stärker und verbindlicher einzubeziehen und zu beteiligen.
2685 Kommunale Haushalte müssen transparent und bürgernah aufbereitet werden.
2686 Bürger*innenhaushalte sehen wir als Element von Beteiligungskultur.

2687

2688 Für starke Kommunen, die sich selbstbestimmt entwickeln

2689 Grundlage dafür ist, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken und die kommunale
2690 Finanzkraft zu stabilisieren, gar weiter zu erhöhen.
2691 Wir wollen eine Abkehr von der Politik der goldenen Zügel. Kommunen benötigen mehr
2692 pauschale Zuweisungen, etwa eine deutlich höhere Infrastrukturpauschale und
2693 Regionalbudgets. Nur so können sie eigenständig, rasch und mit weniger Verwaltungsaufwand
2694 entscheiden, wofür die Mittel einzusetzen sind. Starre bürokratische Förderprogramme sorgen
2695 dagegen für erheblichen personellen Aufwand und decken die tatsächlichen Bedarfe häufig
2696 nicht ab. Daher setzen wir uns für einen Paradigmenwechsel in der Förderpolitik ein.

2697 Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, die Amtsverwaltungen vor allem personell zu stärken und
2698 bei der Schaffung von optimalen Strukturen zu unterstützen.
2699 Die Entschuldung kommunaler Gebietskörperschaften ist weiter voranzutreiben, damit alle
2700 langfristig voll handlungsfähig sind.

2701

2702

2703 21. Justiz

2704

2705 Personalbedarf sicherstellen

2706 Der Justiz steht eine erhebliche Ruhestandswelle bevor. Mehr als die Hälfte aller Richter*innen
2707 sowie Staatsanwält*innen werden bis 2031 in den Ruhestand gehen. Der landeseigene
2708 Juristennachwuchs kann diese Welle nicht abfangen.

2709

2710 Wir wollen

- 2711 - vor allem die juristische Ausbildung forcieren. Die Studienbedingungen im Studiengang
2712 Rechtswissenschaften an der Universität Greifswald müssen verbessert werden.
- 2713 - diesen Studiengang auch wieder in Rostock anbieten.

2714

2715 Bürgernähe

2716 Die letzte Gerichtsstrukturreform mit einer Halbierung der Zahl der Amtsgerichte und der
2717 Einrichtung von Zweigstellen hat zu einem Verlust bürgernaheer Justiz in Mecklenburg-

2718 Vorpommern geführt. Längere Fahrwege für Verfahrensbeteiligte und Zeugen sind
2719 allgegenwärtig. Gerichtsverfahren bei geringen Streitwerten sind unwirtschaftlich geworden.

2720

2721 Wir wollen

2722 - amtsgerichtliche Zweigstellen wieder zu Vollgerichten umwandeln.

2723 - die Digitalisierung in der Justiz vorantreiben.

2724

2725 Strafvollzug modernisieren

2726 Die Strafvollzugsgesetze des Landes stellen die Resozialisierung von Straftätern in den
2727 Mittelpunkt. Strafvollzug soll Wiederholungstaten verhindern und ist deshalb eine wichtige
2728 Form der Kriminalprävention. Um den Resozialisierungsanspruch der Strafvollzugsgesetze
2729 umsetzen zu können, ist vor allem eine angemessene Personalausstattung im
2730 Strafvollzugsdienst nötig.

2731

2732 Wir wollen

2733 - die nötigen Stellen schaffen und dabei vor allem die Attraktivität des Berufsbildes
2734 steigern.

2735 - eine auf konkrete Dienstpostenbeschreibungen basierende neue
2736 Dienstpostenbewertungen. Besoldung und Aufstiegsmöglichkeiten sind dem
2737 anzupassen.

2738

2739 Justiz und Digitalisierung

2740 In einer insgesamt zunehmend digitalisierten Gesellschaft ist es fatal, wenn die Justiz den
2741 Anschluss verlieren würde. Der elektronische Rechtsverkehr wird derzeit eingeführt. Die
2742 Einführung der elektronischen Akte muss zum 1. Januar 2026 abgeschlossen sein.
2743 Rechtsanwälte müssen ihr elektronisches Anwaltspostfach bis zum 1. Januar 2022 aktiv
2744 nutzen. Über 80 Prozent der niedergelassenen Rechtsanwälte nutzen dieses bereits. Zudem
2745 gibt es Vorschläge, ein Bagatell-Onlineverfahren zu entwickeln, wo sich ein Verbraucher auch
2746 ohne Anwalt mit einer Eingabemaske im Internet an ein Gericht wenden kann.

2747 Es wird auch diskutiert, in rechtlich unkomplizierten Massenverfahren die Rechtsprechung
2748 selbst zu digitalisieren. Da die derzeitigen Prozessordnungen auf schriftliche Vorverfahren
2749 ausgelegt sind, muss sie an die digitalisierte Welt angepasst werden.

2750 Ein großes Defizit dabei ist, dass diese Entwicklung in der juristischen Ausbildung noch keine
2751 Rolle spielt. Studierenden und Referendaren fehlt häufig ein grundsätzliches Verständnis von
2752 der Bedeutung der Digitalisierung. Die Möglichkeiten sind ihnen ebenso wenig bekannt, wie die
2753 Risiken, insbesondere deren rechtliche Hintergründe. In der juristischen Fakultät in Greifswald
2754 gibt es keine Lerninhalte mit Bezug zu Digitalisierung und Legal Tech. Im Vorbereitungsdienst
2755 erfolgt die Vermittlung digitaler Kompetenzen lediglich als beiläufiges Briefing durch die
2756 Stationsausbilder.

2757

2758

2759

2760

2761 Wir wollen

- 2762 - der Digitalisierung in der Justiz mehr Aufmerksamkeit widmen. Neben einer
2763 Beschleunigung dieser Digitalisierungsprozesse muss auch die juristische Ausbildung
2764 verändert werden.

2765

2766 Nicht nur die Gerichte und Staatsanwaltschaften, sondern auch die juristischen Fakultäten
2767 müssen bei der technischen Ausstattung auf den neusten Stand gebracht werden.
2768 Prozessordnungen gehören an eine digitale Gesellschaft angepasst. In ausbildungsrelevanten
2769 Paragrafen des Deutschen Richtergesetzes müssen digitale Kompetenzen verankert werden.

2770

2771 Wir wollen

- 2772 - das juristische Studium und der Vorbereitungsdienst enger vernetzen. Der eher
2773 praxisrelevante Umgang mit digitalen Aspekten - wie etwa Legal Tech - muss bereits im
2774 Studium eine Rolle spielen. Die Hochschulen müssen den praktischen Teil der
2775 Ausbildung mit Technik und Fachkompetenz unterstützen. Außerdem muss die
2776 juristische Ausbildung im Bereich Digitalisierung und Legal Tech
2777 fachbereichsübergreifend durch Mitarbeitende der anderen Fachbereiche wie
2778 Digitalisierung, Automation, Innovation erfolgen.

2779

2780

2781 22. Haushalt und Finanzen

2782

2783 Um in Zukunft gut haushalten zu können, muss es auf Bundesebene eine grundlegende
2784 Steuerreform geben, die für mehr Gerechtigkeit und höhere Einnahmen für die öffentlichen
2785 Haushalte sorgt. Eine Vermögensabgabe, die Multimillionäre und Milliardäre in Deutschland zur
2786 Kasse bittet, würde dem Land Mecklenburg-Vorpommern über einen bestimmten Zeitraum
2787 jährlich 300 Mio. Euro einbringen. Damit ließen sich die neuen Schulden, die zur Bewältigung
2788 der Corona-Krise aufgenommen werden mussten, problemlos tilgen.
2789 Sollten steuerpolitische Weichen nicht neu gestellt werden, verkleinern sich die finanziellen
2790 Spielräume des Landes in den nächsten Jahren dramatisch. Zum einen steigen die Ausgaben in
2791 Folge der Corona-Krise und aufgrund der Personalentwicklung, zum anderen ist mit weiteren
2792 Steuerausfällen zu rechnen. Die gesetzlich verankerte Schuldenbremse, eine Regelung, die wir
2793 für falsch halten, erlaubt es jedoch nicht, neue Kredite aufzunehmen.

2794

2795 Wir wollen

- 2796 - die Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen nicht durch ein Verbot neuer
2797 Kredite sichern, sondern nur durch ein Steuersystem, das Superreiche, Großkonzerne
2798 und Finanztransaktionen angemessen besteuern sowie Steuerschlupflöcher schließen.
2799 - die Schuldenbremse wieder abschaffen oder zumindest modifizieren.

2800

2801 Wir stehen für einen Landeshaushalt, der sozial gerecht und solidarisch ist. Er muss vor allem
2802 hohe Investitionen in die Zukunft sichern, Gestaltung und Konsolidierung ermöglichen.
2803 Haushaltspolitik ist für uns kein Selbstzweck, sondern dient dazu, das umzusetzen, was das

2804 Land voranbringt, insbesondere in den Bereichen Bildung, Arbeit, Soziales, Wirtschaft und
2805 Kommunen. Das Land braucht eine gut funktionierende Einnahmeverwaltung. Daher legen wir
2806 den Fokus auf die bestmögliche Entwicklung der öffentlichen Finanzverwaltung.

2807

2808

2809 23. Schlussbemerkung

2810

2811 Danke, dass Sie unser Wahlprogramm in die Hand genommen haben. Nun wissen Sie, was wir
2812 in den kommenden Jahren vorhaben. Dieses Programm ist ein Angebot, an mögliche politische
2813 Partner*innen, an die Vereine, Verbände und Initiativen und nicht zuletzt auch an Sie.

2814

2815 Nehmen Sie uns beim Wort. Versprochen!

2816

2817

2818

2819

2820

2821

2822

2823

2824

2825

2826

2827

2828

2829

2830

2831

2832

2833

2834

2835

2836

2837

2838

2839

2840

2841

2842

2843

2844 Abstimmungsergebnis:

Ohne Veränderungen	Mit Veränderungen	Für	Gegen	Enthaltung

2845